

MoVimento 5 Stelle – Fortführung des italienischen Rechtspopulismus?

Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
einer Magistra Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Regine Krollmann

aus Bad-Kreuznach

2013

Erstgutachterin:

Zweitgutachter:

Inhaltsverzeichnis

TABELLENVERZEICHNIS

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
2	THEORETISCHER RAHMEN	4
2.1	2.1 WAS IST RECHTSPOPULISMUS?	4
2.1.1	2.1.1 <i>Populismus</i>	5
2.1.2	2.1.2 <i>Nationalismus</i>	8
2.2	2.2 CHARAKTERISTIKA RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN WESTEUROPAS	10
2.2.1	2.2.1 <i>Programmatik</i>	11
2.2.1.1	2.2.1.1 Positionen der horizontalen Abgrenzung	14
2.2.1.2	2.2.1.2 Positionen der vertikalen Abgrenzung	18
2.2.2	2.2.2 <i>Organisation</i>	23
2.2.2.1	2.2.2.1 <i>Interne Organisationsstruktur</i>	29
2.2.2.1.1	2.2.2.1.1 <i>Charismatischer Parteivorsitzender</i>	30
2.2.2.1.2	2.2.2.1.2 <i>Charismatische Führung</i>	32
2.2.2.2	2.2.2.2 <i>Kommunikation</i>	35
2.2.2.2.1	2.2.2.2.1 <i>Mediennutzung</i>	35
2.2.2.2.2	2.2.2.2.2 <i>Sprache</i>	38
3	RECHTSPOPULISMUS IN ITALIEN	40
3.1	3.1 RECHTSPOPULISMUS – EINE TRADITION IN ITALIEN?	40
3.2	3.2 <i>MOVIMENTO 5 STELLE</i> – NEUESTE FORM DES ITALIENISCHEN RECHTSPOPULISMUS?	46
3.2.1	3.2.1 <i>Forschungsstand zum Movimento 5 Stelle</i>	49
3.2.2	3.2.2 <i>Hypothesen</i>	50
4	EMPIRISCHE ANALYSE	52
4.1	4.1 PROGRAMMANALYSE	52
4.1.1	4.1.1 <i>Entstehungskontext</i>	53
4.1.2	4.1.2 <i>Formale Analyse</i>	55
4.1.3	4.1.3 <i>Inhaltliche Analyse</i>	57
4.1.3.1	4.1.3.1 Positionen der horizontalen Abgrenzung	57
4.1.3.2	4.1.3.2 Positionen der vertikalen Abgrenzung	64
4.1.4	4.1.4 <i>Zusammenfassung</i>	70
4.2	4.2 ORGANISATIONSANALYSE	75
4.2.1	4.2.1 <i>Interne Organisationsstruktur</i>	75
4.2.1.1	4.2.1.1 <i>Charismatischer Parteivorsitzender</i>	77
4.2.1.2	4.2.1.2 <i>Charismatische Führung</i>	80
4.2.2	4.2.2 <i>Zusammenfassung</i>	91
4.2.3	4.2.3 <i>Kommunikation</i>	95
4.2.3.1	4.2.3.1 <i>Mediennutzung</i>	95
4.2.3.2	4.2.3.2 <i>Sprache</i>	100
4.2.4	4.2.4 <i>Zusammenfassung</i>	104
5	FAZIT	107
	LITERATURVERZEICHNIS	113

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1 Programmatik rechtspopulistischer Parteien	14
Tabelle 2.2 Organisation rechtspopulistischer Parteien	29
Tabelle 4.1 Überschriften der Programme von PDL und M5S	56
Tabelle 4.2 Rechtspopulistische Positionen von PDL und M5S	70
Tabelle 4.3 Interne Organisationsstruktur von FI/PDL und M5S	92
Tabelle 4.4 Kommunikation von FI/PDL und M5S	104
Tabelle 5.1 Rechtspopulistische Charakteristika von FI/PDL und M5S	107

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1 Parteiensymbol M5S	48
--	----

1 Einleitung

„Wenn wir wollen, daß alles bleibt wie es ist, dann ist nötig, daß alles sich verändert“¹

Dieses Zitat aus Giuseppe Tomasi di Lampedusas *Der Leopard* wurde in unzähligen Publikationen auf die politische Situation Italiens bezogen. Denn große Veränderungen in der italienischen Geschichte und Politik haben sich meist als die Fortführung bereits dominanter Muster herausgestellt. Auch der neueste Akteur in der „chaotic world of Italian national politics“ (Declair 1999: 199) kann in das Paradigma von Wandel und Kontinuität eingeordnet werden. Denn mit dem *Movimento 5 Stelle* (M5S) ist eine neue Partei entstanden, die starke Parallelen zu bereits bestehenden Parteien aufweist: den rechtspopulistischen Parteien *Popolo della libertà* (PDL) und *Lega Nord* (LN).

Wie diese Parteien wurde auch das M5S auf die Initiative eines politischen Außenseiters hin gegründet. Sein Gründer, der Komiker Beppe Grillo, betreibt seit 2005 einen politischen Blog, der sich innerhalb kurzer Zeit zum „meistgelesenen Italiens“ (Brandau 2013: 87) entwickelte. Aus diesem Blog entstanden im gleichen Jahr die ersten lokalen Gruppen, die bis heute Bestandteil der Parteiorganisation des M5S sind. Landesweite öffentliche Aufmerksamkeit erlangte die neue politische Gruppierung erstmals im September 2007, als sie mit dem *V-Day*² ihre erste national koordinierte Großveranstaltung organisierte. Ziel dieser Veranstaltung war die Durchsetzung einer Gesetzesinitiative, die dem Ausschluss rechtskräftig verurteilter Parlamentarier aus dem Parlament dienen sollte. Hierbei präsentierte die Gruppierung eines der wichtigsten Themen der späteren Partei: die Kritik an der politischen Elite Italiens. Denn das M5S kritisiert die Politiker als korrupt und die Parteien als überflüssige Institutionen, die nur eigenen Interessen dienen. Sich selbst stilisiert das M5S als die einzig wahre Alternative zu den bestehenden Parteien und die einzig legitimen Vertreter des ‚Volkswillens‘. Darum lehnt das M5S auch die Bezeichnung Partei für sich ab, stattdessen stellt sie sich als eine soziale Bewegung dar, was sich auch im Namen *5-Sterne-Bewegung* widerspiegelt. Offiziell als Partei gegründet wurde das M5S im Oktober 2009. Seitdem ist es zu Wahlen auf Kommunal- und Regionalebene angetreten. Im Februar 2013 trat das M5S erstmals bei nationalen Wahlen an. Obwohl es bereits 2012 die stärkste politische Kraft in Sizilien wurde und in Parma erstmals ein Vertreter des M5S Bürgermeister einer Provinzhauptstadt wurde, erstaunte das Ergebnis der nationalen Wahlen die Beobachter. Denn aus den Parlamentswahlen ging das M5S als zweitstärkste Partei hervor (vgl. Ministero dell’Interno 2013).

¹ Da es sich hierbei um einen literarischen Text handelt, wurde auf die publizierte Übersetzung (vgl. Tomasi di Lampedusa 1959: 33) zurückgegriffen. Alle anderen in dieser Arbeit vorgenommenen Übersetzungen aus dem Italienischen stammen von der Verfasserin.

² V-Day: Vaffanculo-Day, dt. Leck mich am Arsch!-Tag.

Diese neugegründete Partei lässt sich insofern in das Paradigma von Kontinuität und Wandel einordnen, als es starke Parallelen zu den bestehenden rechtspopulistischen Parteien *Popolo della libertà* und *Lega Nord* aufweist. Wie diese Parteien kritisiert das M5S die politische Elite Italiens und lehnt Parteien ab. Organisatorisch ähneln sie sich dadurch, dass alle drei Parteien auf die Initiative eines politischen Außenseiters gegründet wurden. So entstand die *Lega Nord* Ende der 1980er Jahre durch den Zusammenschluss von mehreren regionalen Ligen unter der Führung Umberto Bossis (vgl. Tarchi 2002: 126). Die Partei *Popolo della libertà* ist nicht viel mehr als eine Umbenennung der ebenfalls rechtspopulistischen *Forza Italia* (FI), die 1994 von dem Unternehmer Silvio Berlusconi gegründet wurde (vgl. Maraffi 1995: 249). Außerdem zeichnen sich die drei Persönlichkeiten durch kommunikative Charakteristika aus, die sie von den anderen Politikern unterscheiden, denn sie erregen durch spektakuläre Auftritte und eine Sprache, die nicht der *Political Correctness* entspricht, Aufmerksamkeit.

Mit ihrer programmatischen und organisatorischen Ausrichtung sind diese Parteien jedoch nicht allein in Europa. Sie lassen sich vielmehr in die Gruppe der rechtspopulistischen Parteien einordnen, die seit den 1980er Jahren in Westeuropa beständig an Relevanz gewonnen hat. Mit Parteien wie der französischen *Front National* (FN), der österreichischen *Freiheitlichen Partei* (FPÖ) und der norwegischen *Fortschrittspartei* (FrP) hat der Rechtspopulismus derart an Einfluss gewonnen, dass Experten einen „populist *Zeitgeist*“ (Mudde 2004) konstatieren. Diese Parteien polemisieren nicht nur gegen Politiker und Parteien, sondern stellen auch die Legitimität von Minderheitenrechten und die Prinzipien der repräsentativen Demokratie in Frage. Organisatorisch gruppieren sie sich um einen charismatischen Anführer³, dessen Anspruch es ist, die ‚Stimme des Volkes‘ zu repräsentieren. Besonders im Hinblick auf die Konzentration auf den Parteivorsitzenden wurde anfänglich von einem schnellen Ende dieser Entwicklung ausgegangen. Die nunmehr 30-jährige Geschichte der rechtspopulistischen Parteien stellt jedoch das Gegenteil unter Beweis. Viele dieser Parteien überlebten das politische Ende ihrer Vorsitzenden. Darüber hinaus entstanden in den letzten Jahren neue rechtspopulistische Parteien wie zuletzt in Finnland mit der Partei *Wahre Finnen* (vgl. Arter 2010: 485). Gegenstand der vorliegenden Untersuchung wird sein, ob mit dem *MoVimento 5 Stelle* ein weiterer Vertreter des westeuropäischen Rechtspopulismus entstanden ist. Damit lautet die Fragestellung dieser Arbeit: Ist das *MoVimento 5 Stelle* eine rechtspopulistische Partei?

Das M5S soll jedoch nicht nur vor dem Hintergrund ähnlicher westeuropäischer Parteien analysiert werden, sondern auch im Bezug auf das italienische Parteiensystem. Denn die-

³ Im Folgenden wird stets das generische Maskulinum verwendet.

ses Parteiensystem kennt mit PDL und LN bereits zwei Vertreter des Rechtspopulismus. Darüber hinaus handelt es sich in Italien um ein parteipolitisches Phänomen, das seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich Bestand hat. Dies ist insofern eine Besonderheit, als die Entstehung dieser Parteien in anderen Ländern Europas einen Gegensatz zu der Nachkriegszeit darstellte (vgl. Zaslove 2008: 319). In Italien bildete sich die erste rechtspopulistische Partei hingegen in den letzten Jahren des Krieges. Seitdem sind rechtspopulistische Parteien immer wieder Bestandteil des italienischen Parteiensystems gewesen. Darum wird Italien als „country of many populisms“ (Tarchi 2008: 84) bezeichnet. Der parteiförmige Rechtspopulismus lässt sich hier nicht nur quantitativ von dem in anderen europäischen Ländern unterscheiden, sondern auch qualitativ. So hat die Koalition aus FI und LN die am längsten bestehende Regierung der italienischen Nachkriegszeit gestellt. Trotz der andauernden Präsenz und des offensichtlichen Wahlerfolges der bestehenden rechtspopulistischen Parteien scheint sich mit dem M5S ein neuer Vertreter des Rechtspopulismus gebildet zu haben. Daran schließt sich die zweite Frage dieser Arbeit an: Führt das M5S den italienischen Rechtspopulismus fort?

Um die erste Frage zu klären, ob es sich bei dem M5S um eine rechtspopulistische Partei handelt, muss zunächst begriffliche und konzeptuelle Klarheit geschaffen werden. Denn obwohl dem Rechtspopulismus sowohl in der wissenschaftlichen Forschung, als auch in den Medien in den letzten Jahren wachsende Aufmerksamkeit geschenkt wurde, herrschen noch immer Unklarheiten bezüglich der zentralen Merkmale dieser Parteien vor. Die konzeptuelle Unklarheit ist maßgeblich in definitorischen Schwierigkeiten begründet. Denn einen Konsens, ob es sich bei Rechtspopulismus um „an ideology, a syndrome, a political movement or a political style“ (Mudde 2004: 543) handelt, gibt es nicht. Das liegt auch daran, dass es wenig empirisch vergleichende Studien zum Thema gibt. Stattdessen herrschen Fallanalysen vor, die meist einer theoretischen Grundlage entbehren. Bei dieser Arbeit handelt es sich ebenfalls um eine Fallanalyse, die jedoch auf der Basis von definitorischer und konzeptueller Klarheit durchgeführt werden soll.

Zu diesem Zweck wird im theoretischen Rahmen der Rechtspopulismus in seine Bestandteile Populismus und Nationalismus aufgeschlüsselt. Nach einer Definition des Populismus wird erörtert, inwiefern der Nationalismus den Populismus in eine Ideologie rechter Prägung umwandelt, die den rechtspopulistischen Parteien als Grundlage für ihre programmatische und organisatorische Ausgestaltung dient. Mithilfe eines induktiven Verfahrens werden im zweiten Teil des theoretischen Rahmens die zentralen Charakteristika der rechtspopulistischen Parteien Westeuropas aufgestellt und in einem Analyseraster systematisiert. Die beiden Analysedimensionen sind Programmatik und Organisation.

Im Bereich der Programmatik werden die zentralen Positionen der Rechtspopulisten erörtert. Im Bereich der Organisation werden die interne Organisationsstruktur und die Kommunikation der Rechtspopulisten betrachtet, da hier der größte Unterschied zu anderen Parteien besteht. Im darauf folgenden Kapitel ‚Rechtspopulismus in Italien‘ wird die Geschichte rechtspopulistischer Parteien und Akteure seit dem Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet. Dadurch sollen die zentralen Gemeinsamkeiten dieser Gruppierungen herausgestellt werden. Im Anschluss wird die bisherige Entwicklung des M5S diskutiert, bevor auf der Basis des bislang lückenhaften Forschungsstands Hypothesen zum rechtspopulistischen Charakter des M5S entwickelt werden. In der empirischen Analyse wird das M5S vor dem Hintergrund des theoretisch hergeleiteten Analyserasters rechtspopulistischer Parteien analysiert. Dies geschieht auf der Basis von Parteidokumenten und Experteneinschätzungen. Die Programmatik des M5S wird mittels eines hermeneutischen Verfahrens anhand der wichtigsten programmatischen Schrift des M5S analysiert. Zur Analyse der charismatischen Führung der Partei werden das Parteistatut sowie externe Experteneinschätzungen und Interviews mit Parteimitgliedern herangezogen. Die Kommunikationsanalyse wird auf der Basis von Parteidokumenten und der Literatur durchgeführt. Im Zentrum dieser empirischen Analyse wird die Frage stehen, ob es sich beim M5S um eine rechtspopulistische Partei handelt. Der Untersuchungszeitraum umfasst dabei die Spanne zwischen dem Jahr 2009, indem das M5S offiziell gegründet wurde, und den Parlamentswahlen im Februar 2013.

Um die zweite Frage zu klären, ob das M5S den italienischen Rechtspopulismus fortführt, wird der Vergleich mit einer zweiten rechtspopulistischen Partei Italiens gesucht. Dabei fiel die Wahl auf Berlusconis Parteien PDL beziehungsweise ihren direkten Vorgänger die FI. Da die Kontextbedingungen möglichst konstant bleiben sollen, wurde eine zeitgenössische italienische Partei gewählt. Dabei bot sich die Partei Berlusconis an, weil diese im Gegensatz zur *Lega Nord* eine nationale Partei ist. Der Vergleich von FI/PDL und M5S findet ebenfalls auf der Grundlage des theoretisch hergeleiteten Analyserasters statt. Damit soll offengelegt werden, ob sich auch das M5S in das in der italienischen Politik dominante Paradigma von Kontinuität durch Wandel einordnen lässt.

2 Theoretischer Rahmen

2.1 Was ist Rechtspopulismus?

Sowohl in der wissenschaftlichen Forschung, als auch in den Medien wurde dem westeuropäischen Rechtspopulismus in den letzten 30 Jahren wachsende Aufmerksamkeit ge-

schenkt. Angesichts dieses großen Interesses und der Relevanz des Themas erstaunt die begriffliche Unklarheit, die in der Rechtspopulismus-Forschung weiterhin vorherrscht. Um diese Unklarheit aufzuheben ist es notwendig den Begriff in seine beiden Komponenten zu zerlegen und diese einzeln zu betrachten (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2012a: 1). Der Rechtspopulismus ist ein Populismus, der sich mit rechten politischen Ideologien verbindet. Hierbei ist der Nationalismus als das entscheidende ideologische Element der politischen Rechten identifiziert worden (vgl. Mudde 2007: 15-17). Im Folgenden sollen zunächst Populismus, dann Nationalismus definiert und diskutiert werden.

2.1.1 Populismus

Die definitorischen Probleme liegen in der Unklarheit des Begriffes ‚Populismus‘ begründet. Dabei lassen sich zwei Hürden, die einer unmissverständlichen, wissenschaftlichen Definition im Wege stehen, identifizieren. Erstens wird der Begriff meist normativ gebraucht. So verwenden Politiker und Journalisten ‚Populismus‘ als „politische[n] Kampfbegriff“ (Rensmann 2006: 59) zur Diskreditierung anderer Politiker. Sie spielen damit entweder auf eine bestimmte Art des politischen Diskurses, der gleichbedeutend mit dem Begriff ‚Demagogie‘ ist, an oder sie meinen einen ausschließlich an den Wählerpräferenzen orientierten Politikstil, der gleichbedeutend mit ‚Opportunismus‘ ist (vgl. Mudde 2004: 543).

Die Normativität, die im tagespolitischen und journalistischen Gebrauch vorherrscht, hat sich auf den wissenschaftlichen Diskurs übertragen. Der Grund dafür ist, dass die Frage nach der Bedeutung des Populismus für die Demokratie immer im Fokus der wissenschaftlichen Untersuchung stand (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2012a: 1). Denn Populismus wurde größtenteils als Gefahr für die Demokratie und damit negativ bewertet. In den letzten Jahren hat jedoch zunehmend auch eine positive Bewertung stattgefunden. Diese fokussiert die Forderungen der Populisten nach direktdemokratischen Maßnahmen und schlussfolgert, man könne ihm eine „positive Korrektivfunktion“ (Decker 2006: 25) zugestehen. Unabhängig davon wie der Populismus normativ bewertet wird, muss konstatiert werden, dass diese Normativität einer wissenschaftlich neutralen Behandlung des Themas hinderlich ist.

Die zweite Hürde, die einer wissenschaftlichen Definition des Populismus im Wege steht, ist dessen inkonsistenter Gebrauch, der sich sowohl im theoretischen, als auch im empirischen Bereich widerspiegelt. Der inkonsistente Gebrauch des Begriffes in den Medien hat sich teilweise auf die Forschung übertragen. Diese Inkonsistenz ist nicht nur für die theoretische Dimension problematisch, denn solange es in der Forschung keinen

Konsens darüber gibt, ob es sich bei Populismus um “an ideology, a syndrome, a political movement or a political style“ (Mudde 2004: 543) handelt, werden empirische Unklarheiten Bestand haben.

Am weitesten verbreitet ist die Einschätzung, wonach Populismus ein politischer Stil ist. Hierfür spricht die starke Personalisierung und die typische „Agitationstechnik“ (Rensmann 2006: 63), die man bei Populisten vorfindet. Dagegen spricht, dass es als definitorisches Merkmal zu vage ist und sich nicht als distinktives Merkmal eignet, weil es sich um ein verbreitetes Stilmittel handelt, dessen sich längst etablierte Politiker und Parteien bedienen (vgl. Taggart 2000: 3). Verbreitet ist außerdem eine Charakterisierung des Populismus anhand seiner organisatorischen Merkmale wie einer bestimmten Kommunikationsform oder der Tatsache, dass er oft auf die Leitung durch einen starken Führers aufbaut. Es muss jedoch konstatiert werden, dass „charismatic leadership and direct communication [...] *facilitate* rather than define populism“⁴ (Mudde 2004: 545).

Problematisch gestaltet sich auch die Einordnung der empirisch beobachtbaren Phänomene. Betrachtet man wie Taggart (2000: 7) nur die wichtigsten Beispiele des Populismus, wird deren regionale und historische Spannweite deutlich. Hier reichen die Untersuchungsgegenstände von der russischen Bauernbewegung der *Narodniki* im 19. Jahrhundert, über die populistischen Führer Lateinamerikas der siebziger Jahre, bis hin zum sogenannten *new populism*, der zwar vor allem die Politik des zeitgenössischen Europas auszeichnet, aber nicht auf diese Region beschränkt bleibt (vgl. ebd. 83). Auch Afrika und Asien sind nicht frei von Populismus (vgl. Lucardie 2011: 17f.).

Anhand dieser regionalen und historischen Spannweite wird nun einerseits die Heterogenität der populistischen Phänomene deutlich, andererseits die Schwierigkeit das Gemeinsame dieser Phänomene zu beschreiben. Eine wissenschaftlich nützliche Definition sollte jedoch sowohl das Gemeinsame dieser Phänomene herausstellen, eine klare Einordnung der empirischen Phänomene zulassen, als auch theoretische Klarheit schaffen und nicht normativ sein. Die Definition von Cas Mudde (2004: 543) wird den theoretischen und empirischen Anforderungen gerecht. Darum wird sie Grundlage dieser Arbeit sein. Populismus wird definiert als:

*„an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“⁵ (Mudde 2004: 543).*

⁴ Kursivdruck im Original.

⁵ Kursivdruck im Original.

Populismus wird als Ideologie definiert, deren Kernelement die Auffassung ist, dass die Gesellschaft in zwei Teile geteilt ist, die einander gegensätzlich, aber in sich homogen sind. Diese Homogenität zeichnet auch den politischen Willen des Volkes, die „volonté générale“ (Mudde 2004: 543), aus. Die „Dichotomie Volk-Elite“ (Rensmann 2006: 64) stellt die Grundlage des Populismus dar. Denn dem moralisch integren *Volk* steht die korrupte *Elite* gegenüber, die nicht im Sinne des Volkswillens agiere (vgl. Mudde 2004: 543). Der Grund für die Bedrohung liege in der moralischen Verkommenheit der Elite, die nur am eigenen Vorteil orientiert und korrupt sei. Im Gegensatz dazu sei das Volk moralisch integer und dadurch der Elite überlegen. Folglich sind Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus die zentralen Merkmale der populistischen Ideologie (vgl. ebd. 544). Diese Elemente haben alle Populisten unabhängig von regionaler und historischer Zugehörigkeit gemeinsam.

Das selbsterklärte Ziel aller Populisten ist die Umsetzung des politischen Willens des Volkes. Ihr Demokratieverständnis besteht in der direkten, von vermittelnden Institutionen unabhängigen Umsetzung des Volkswillens in Politik. Die Populisten behaupten, dass dieser einheitliche Wille bedroht sei, weswegen es ihrer Vermittlung bedürfe. Sie seien als ‚einzig wahre Demokraten‘ in der Lage, dem Volk die Ausübung seiner politischen Rechte zu garantieren. Dazu sei es notwendig, „die herrschende politische Klasse soweit wie möglich ihrer Macht zu berauben“ (Betz 1998: 5).

Auch wenn der Begriff der Ideologie in der Forschung nicht unumstritten ist, wird er in dieser Definition verwendet. Was aber rechtfertigt diese Klassifikation? Populismus ist deswegen eine Ideologie, weil sie den betreffenden Akteuren als „unentbehrliches Gerüst und Bezugsrahmen zur Wahrnehmung, Deutung und Selbstverortung“ (Schmidt 2010: 347) dient. Populisten nutzen diese Ideologie zur Interpretation der gegenwärtigen sozialen und politischen Verhältnisse, greifen sie in ihren Diskursen auf und nutzen sie zur Abgrenzung nach außen. Populistischen Politikern, Bewegungen und Parteien dient sie als *dominantes* Deutungsmuster, denn ihre zentrale Gemeinsamkeit ist die „fortwährende und grundsätzlich von Detailthemen unabhängige Entgegensetzung von Volk und Elite“ (Geden 2006: 35).

Es gibt jedoch einen entscheidende Unterschied zu den klassischen Ideologien wie Sozialismus und Liberalismus: Dem Populismus fehlt es an intellektueller Differenzierung und Konsistenz (vgl. Mudde 2004: 544). Einige Forscher schlussfolgern deswegen, dass der Populismus als Ideologie anderen Ideologien nicht ebenbürtig sei. Beispielsweise konstatiert Hans-Georg Betz, dass es dem Populismus an „grand visions or comprehensive ideological projects“ (Betz 1994: 107) fehle. Diese Einschätzung gewinnt angesichts der

vielfältigen Ausdrucksformen und Inhalte an Evidenz. Ursächlich dafür ist, dass Populismus häufig in Verbindung mit anderen Ideologien auftritt. Im Falle des Rechtspopulismus verbindet er sich mit Nationalismus, bei Linkspopulismus mit Sozialismus (vgl. Mudde 2007: 48). Aber auch Vertreter anderer Ideologien bedienen sich punktuell des Populismus (vgl. Taggart 2000: 3).

Der entscheidende Unterschied zwischen den klassischen Ideologien und dem Populismus liegt darin, dass es sich bei Populismus nicht um ein „Ideengebäude“ (Schmidt 2010: 347) handelt. Er hat einen ideologischen Kern, der allerdings die Verbindung mit anderen Ideologien möglich macht. Das macht ihn zu einer „thin-centred ideology“ (Mudde 2004: 544). Dieser von Michael Freedon geprägte Begriff meint solche Ideologien, die einen „restricted core attached to a narrower range of political concepts“ (Freedon 1998: 750) haben. Sie unterscheiden sich von anderen Ideologien im Hinblick auf ihre mangelnde Ausdifferenzierung, die sie durch die Annahme von Elementen anderer Ideologien ausgleichen (vgl. Freedon 1996: 485). Da der Kern des Populismus aus der Gegenüberstellung von Volk und Elite besteht und davon abgesehen sehr variabel ist, ist es plausibel ihn als *thin-centred* Ideologie zu konzeptualisieren. Die vorgestellte Definition ist folglich auch deswegen geeignet, weil sie der inhärenten Neigung des Populismus, sich mit anderen Ideologien zu verbinden, Rechnung trägt, indem sie nicht zu spezifisch auf ideologische Anhänge eingeht, sondern nur den Kern beschreibt.

2.1.2 Nationalismus

Durch die Verbindung mit dem Nationalismus wandeln die Rechtspopulisten die populistische Ideologie, die weder links noch rechts ist, in eine Ideologie rechter Prägung um. Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus, die Kernelemente der populistischen Ideologie, sind keine genuin rechten Elemente. Im Gegenteil, der Gedanke, dass das Volk von einer dominanten Elite unterdrückt wird, ist typisch für linke Ideologien (vgl. Albertazzi/McDonnell 2008: 3). Der Anti-Pluralismus evoziert eine von Spaltungen und unterschiedlichen Meinungen freie Gesellschaft (vgl. Rensmann 2006: 64), was ebenfalls kein genuin rechtes Element ist.

Für die rechte Variante des Populismus ist die Volkskonzeption zentral. Obwohl der Begriff ‚Volk‘ sich etymologisch hinter dem Begriff ‚Populismus‘ verbirgt, ist es keineswegs eindeutig, auf welche Gruppe damit referiert wird. Das Volk der Populisten ist zwar moralisch integer, worin aber genau die guten Eigenschaften bestehen, die für die moralische Überlegenheit des Volkes verantwortlich sind, bleibt unklar. Das bedeutet, dass Populisten "may not know who they are, but they know who they are not" (Taggart

1995: 37). Tatsächlich hat die Vagheit des Begriffs unterschiedlichen Interpretationen Vorschub geleistet, die von der Banalisierung des Volks-Begriffes als bloßes rhetorisches Stilmittel des populistischen Diskurses bis hin zur Klasseninterpretation reichen (vgl. Mudde 2004: 545). Darum muss davon ausgegangen werden, dass jede populistische Gruppierung ihre eigene Bezugsgruppe hat.

Das Gemeinsame aller populistischen Gruppierung ist, dass sie das Volk *ex negativo* definieren (vgl. Mudde 2007: 64). Das bedeutet, dass die Identität des Volkes in Abgrenzung zu einer anderen Gruppe konstruiert wird. Wenn Populisten auf das Volk rekurrieren, meinen sie damit in erster Linie den „Teil des Staatsvolkes, der nicht zu den politischen und gesellschaftlichen Eliten zählt“ (Schmidt 2010: 866). Diese Definition stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen populistischen Volkskonzeptionen dar. Sie gilt deswegen auch für die Volkskonzeption der westeuropäischen Rechtspopulisten. Der Rechtspopulismus ergänzt jedoch die populistische Volkskonzeption um ein kulturelles Element. Dieses Element ist für das Verständnis der besonderen Merkmale des Rechtspopulismus zentral.

Dazu ist es wichtig zunächst zwei Bedeutungen des Begriffes ‚Volk‘ zu unterscheiden: *ethnos* und *demos*. *Demos* meint das „Volk im Sinne der Vollbürger, die berechtigt sind, an der Meinungs- und Willensbildung in öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken“ (ebd. 168). Ein Individuum ist dann Teil des *demos*, wenn es ein vollwertiger Staatsbürger ist. Schon in antiken Demokratiekonzeptionen stellte das *demos* die Basis der politischen Herrschaft aufgrund seiner Eigenschaft als „the final source of power“ (Pelinka 2013a: 3) dar. *Ethnos* bezeichnet eine

„nach Sitten, Bräuchen, Institutionen, Verwandtschaftsbeziehungen und Selbstdeutung von anderen Kulturen unterscheidbare, zu einem sozialen Verband zusammengeschlossene Menschengruppe“ (Schmidt 2010: 228f.).

Volk als *demos* zu verstehen heißt seine politische Komponente zu betonen, es als *ethnos* zu verstehen seine kulturelle Komponente hervorzuheben. Die Rechtspopulisten führen diese beiden Bedeutungen zusammen. Gemäß ihrer Vorstellung vom idealen Volk sind *ethnos* und *demos* eine untrennbare Einheit. Die politischen Rechte des *demos* stehen demnach nur denjenigen zu, die Teil des *ethnos* sind. Das impliziert, dass staatsbürgerliche Rechte und Pflichten an die gemeinsame kulturelle Basis geknüpft sind. Der Staat stellt den „sozialen Verband“ (ebd. 229) dar, zu dem sich die Menschen eines *ethnos* zusammengeschlossen haben. Für die Rechtspopulisten bedeutet dies, dass nur „longstanding citizens can be full members of civil society“ (Betz 2001a: 393). Folglich sollten auch nur sie von „society’s benefits“ (ebd. 393) profitieren.

Die Volkskonzeption, die auf der „congruence of the cultural and political unit“ (Mudde 2007: 16) aufbaut, ist das Kernelement des Nationalismus. Allgemein wollen Populisten den Volkswillen in Politik umsetzen. Die Rechtspopulisten wollen den *nationalen* Volkswillen in Politik umsetzen. Sie richten ihr Hauptaugenmerk auf die „Förderung des Anliegens einer Nation“ (Schmidt 2010: 530). Da sich sowohl Anti-Elitismus, als auch Anti-Pluralismus immer auf das Volk beziehen, geben die Rechtspopulisten durch ihre nationalistische Volkskonzeption beiden Kernelementen des Populismus eine rechte Ausrichtung. So drückt sich der Anti-Elitismus nicht nur als allgemeine Ablehnung der Elite aus, sondern wird nationalistisch begründet. Das heißt, Rechtspopulisten unterbreiten die Vorstellung, dass die Elite nicht im Sinne der Interessen der Nation handelt. Das Gleiche gilt für den Anti-Pluralismus. Für die Rechtspopulisten haben diejenigen, die nicht Teil der Nation sind, keinen Anspruch auf staatsbürgerliche Rechte (vgl. Taggart 2000: 93). Der Nationalismus der Rechtspopulisten ist unvereinbar mit den Prinzipien einer pluralistischen Gesellschaft. Denn er baut auf der Vorstellung auf, dass es naturgegebene Grenzen zwischen der Nation und alldenjenigen gibt, die nicht zur Nation gehören (vgl. Pelinka 2013a: 5f.). Dabei werden die Unterschiede innerhalb der Nation negiert; Spaltungen sozialen, ökonomischen oder religiösen Ursprungs werden nicht anerkannt (vgl. ebd. 6). Repräsentative Institutionen, stellen für die Rechtspopulisten deshalb eine Gefahr dar, weil sie nicht den homogenen, nationalen Volkswillen repräsentieren, sondern dem pluralistischen Interessenausgleich und der Konsensfindung dienen.

2.2 Charakteristika rechtspopulistischer Parteien Westeuropas

Denn Kern der vorgeschlagenen Definition von Populismus ist die Gegenüberstellung von Volk und Elite, wobei beide Gruppen in sich homogen sind. Damit sind Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus die zentralen Merkmale der populistischen Ideologie (vgl. Mudde 2004: 544). Durch die Verbindung mit Nationalismus, wird das Volk als Nation konstruiert. Die Rechtspopulisten machen die populistische Ideologie durch die Verbindung mit Nationalismus zu einer Ideologie rechter Prägung. Die Definition lässt sich, wie bereits erwähnt, über regionale und historische Grenzen hinweg auf rechtspopulistische Phänomene beziehen. Zur Erstellung eines theoretischen Rahmens müssen die in Frage kommenden Fallbeispiele jedoch eingegrenzt werden.

Da die Frage, ob das *Movimento 5 Stelle* eine rechtspopulistische Partei ist, Gegenstand dieser Arbeit sein wird, wird das Analyseraster für rechtspopulistische Parteien in Westeuropa aufgestellt. Die Beschränkung auf diese Region hat den Vorteil, dass Kontextbedingungen konstant gehalten werden und die größten Schnittmengen zu erwarten sind.

Das Einbeziehen anderer rechtspopulistischer Organisationen würde die Aussagekraft des Analyserasters wegen der Heterogenität dieser Gruppierungen schmälern. Denn rechtspopulistische Parteien gibt es weltweit. Die osteuropäischen Rechtspopulisten werden hier ausgeschlossen, weil sie auf einem anderen historischen Hintergrund aufbauen und zudem große soziale und politische Unterschiede zu Westeuropa bestehen. Auch wenn Vergleichspunkte vorhanden sind (vgl. Mudde 2007: 3), überwiegen doch die historisch bedingten Unterschiede. Außerdem werden die nordamerikanischen Populisten ausgeschlossen. Obwohl sich der systemische Hintergrund etablierter Demokratien gleicht, unterscheidet sich ihr Rechtspopulismus doch fundamental vom europäischen, aufgrund ihrer historischen Disposition als traditionelle Einwanderungsländer (vgl. Rydgren 2005: ix), was wiederum Folgen für ihren Nationalismus hat.

Da Rechtspopulismus als Kombination aus Populismus und Nationalismus das Kernelement der zu analysierenden Parteien ist, werden sie in dieser Arbeit als rechtspopulistische⁶ Parteien bezeichnet. Die wichtigsten Vertreter des Rechtspopulismus sind die französische *Front National* (FN), die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), die *Dänische Volkspartei* (DV), die norwegische *Fortschrittspartei* (FrP), die niederländische *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) und ihre Nachfolgepartei *Partij voor de Vrijheid* (PVV), die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) und die *Partei der Wahren Finnen* (Perussuomalaiset - PS). Da in dieser Untersuchung ausschließlich nationale Parteien analysiert werden, werden rechtspopulistische Regionalparteien⁷ ausgeschlossen. Mithilfe eines induktiven Verfahrens werden im Folgenden die zentralen Charakteristika der rechtspopulistischen Parteien Westeuropas aufgestellt.

2.2.1 Programmatik

Vergleicht man die Programmatik der rechtspopulistischen Parteien Westeuropas miteinander, so fällt eine große Vielfalt an unterschiedlichen Themenschwerpunkten auf. Angesichts der „variable[n] Programmatik des Rechtspopulismus“ (Heinisch 2004: 253) wird der chamäleonhafte Charakter des Populismus deutlich (vgl. Taggart 2000: 4). Das heißt, Populismus „always takes on the hue of the environment in which it occurs“ (ebd. 4). Erlaubt wird diese inhaltliche Variabilität durch den Charakter des Populismus als *thin-centred* Ideologie. Auch wenn Populismus grundsätzlich diese Eigenschaft besitzt, so

⁶ Die rechtspopulistischen Parteien werden unter verschiedenen Begriffen subsummiert. Besonders verbreitet sind die Bezeichnung ‚Rechtsextremismus‘ (Ignazi 2003, Mudde 1996), ‚Rechtsradikalismus‘ (Kitschelt/McGann 1995), ‚radikaler Rechtspopulismus‘ (Rydgren 2005, Betz 1994, 2002), ‚Neopopulismus‘ (Betz/Immerfall 1998, Stewart/Mazzoleni/Horsfield 2003) und ‚neuer Populismus‘ (Taggart 1995, 2000). Der Grund für diese Vielfalt liegt in der unklaren Definition (vgl. Mudde 2007: 12).

⁷ Die wichtigsten rechtspopulistischen Regionalparteien sind die italienische *Lega Nord* (LN), die schweizerische *Lega dei Ticinesi* (LdT) und die belgische *Vlaams Belang* (VB) (vgl. Mudde 2007: 56).

lässt sich für die Wandelbarkeit im Falle der rechtspopulistischen Parteien eine spezifische Erklärung finden; die Bindung an den nationalen Kontext, insbesondere das Parteiensystem. Denn ausschlaggebend für die programmatische Ausdifferenzierung ist in erster Linie das programmatische Angebot der anderen nationalen Parteien (vgl. Heinisch 2004: 254).

Dies war insbesondere für die Entstehungsphase der rechtspopulistischen Parteien relevant. Um möglichst große Aufmerksamkeit zu erreichen, griffen sie kontroverse Themen auf, die ein nationales Tabu brachen (vgl. Betz 2002: 200). Immigration diente den Rechtspopulisten in den meisten Ländern als ein solches Thema (vgl. ebd. 200). Da es sich um tabuisierte Themen handelte, entstand daraus ein großes Mobilisierungspotential. Auf dieses Potential aufmerksam geworden, nahmen auch die etablierten Parteien diese Themen auf (vgl. van Spanje 2010: 578). Die Rechtspopulisten dienten folglich als Agenda-Setter.

Damit hatten sie zwar ihr Ziel erreicht, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Die Tatsache aber, dass die etablierten Parteien das Thema aufgenommen hatten, schränkte die Nachfrage ein, was wiederum einen Einfluss auf das rechtspopulistische Angebot hatte. Sie versuchten aus dem eingeschränkten Angebot einen Nutzen zu ziehen, indem sie sich durch ihre Wandelbarkeit den Bedürfnissen neuer Wählergruppen anpassten (vgl. Heinisch 2004: 254). Das ist die zweite Strategie der programmatischen Ausdifferenzierung. Rechtspopulisten passen sich flexibel an aktuelle Themen und Strömungen an. Eine Folge davon ist, dass kurzfristige programmatische Änderungen eher die Regel als die Ausnahme darstellen (vgl. ebd. 252).

Doch trotz der inhaltlichen Variabilität lassen sich Gemeinsamkeiten in der Programmatik der rechtspopulistischen Parteien Westeuropas feststellen. Das liegt an der gemeinsamen ideologischen Basis. Diese lässt zwar einen programmatischen Spielraum, andererseits sind die Kernelemente von Populismus und Nationalismus aber auch prägnant genug, um die rechtspopulistischen Parteien als eine eigene Gruppe mit inhaltlichen Gemeinsamkeiten von anderen abzugrenzen.

Wie bereits in Kapitel 2.1.1 erwähnt, ist das zentrale politische Ziel der Rechtspopulisten die Umsetzung des als homogen aufgefassten Volkswillens in Politik. Folgt man ihrer Argumentation, so werden sie deshalb politisch aktiv, weil sie diese Umsetzung als gefährdet erachten (vgl. Taggart 2000: 4). Um dieser Gefahr zu entgehen, nutzen sie Mittel der Abgrenzung sowohl gegen Personengruppen, als auch gegen Institutionen. Sie untergraben die Legitimität bestimmter Gruppen, indem sie ihnen Eigenschaften unterstellen, die dem ‚Wohl der Nation‘ entgegen gesetzt seien. Darüber hinaus streben sie Verände-

rung von repräsentativen Institutionen an, die ihres Erachtens nach der Verwirklichung von „true democracy“ (Pelinka 2013a: 3) hinderlich sind.

Die Abgrenzung ist ein zentrales Merkmal rechtspopulistischer Programmatik. Sie spiegelt sich bereits in den Kernelementen des Populismus - Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus - wider, da die Vorsilbe ‚Anti‘ eine abwehrende Haltung ausdrückt. Die länderübergreifende Konstante der rechtspopulistischen Programmatik ist folglich die „core logic of exclusion“ (Taggart 1995: 37). Aufgrund dieser Gemeinsamkeit ist in der Literatur auch von „exclusionary populism“ (Betz 2001a: 393) gesprochen worden. Die Programmatik der Rechtspopulisten spiegelt zwei Arten der Ausgrenzung wider. Es gibt zum einen Positionen, die einer horizontalen Abgrenzung dienen und zum anderen Positionen, die einer vertikalen Abgrenzung dienen (vgl. Rensmann 2006: 63). Mit horizontaler Abgrenzung ist jene nach oben, mit vertikaler Abgrenzung ist jene nach außen gemeint (vgl. ebd. 63).

Mithilfe von Positionen der horizontalen Abgrenzung grenzen Rechtspopulisten Volk und Elite voneinander ab. Hierbei finden sich erstens Positionen gegen das Establishment, das heißt, gegen den Teil der Nation, der als Elite aufgefasst wird. Zweitens finden sich hier Positionen gegen bestimmte Elemente des jeweiligen politischen Systems, die nach der rechtspopulistischen Auffassung die Privilegien von Elite und Minderheiten schützen und somit Ursache für die Entmündigung des Volkes seien. Sie schlagen institutionelle Veränderungen vor, die zur Wiederherstellung der vermeintlich verloren gegangenen Verbindung zwischen Volk und Politik dienen sollen (vgl. Taggart 2000: 75)

Die zweite thematische Gruppe drückt eine vertikale Abgrenzung aus, das heißt, sie richtet sich „gegen die außen“ (Rensmann 2006: 65). Hier finden sich Positionen gegen „Personen [...], deren Zugehörigkeit zum Volk grundsätzlich bestritten wird“ (ebd. 65). Dies betrifft in erster Linie nicht-nationale Minderheiten, bleibt aber nicht auf diese beschränkt. Weiterhin sind in diesem Bereich die Positionen zu verorten, die innenpolitische und außenpolitische Abwehrmechanismen darstellen. Aus den thematischen Schwerpunkten ergibt sich folgendes Bild für die Programmatik rechtspopulistischer Parteien Westeuropas (vgl. Tab. 2.1).

Tabelle 2.1 Programmatik rechtspopulistischer Parteien

Positionen der horizontalen Abgrenzung	Positionen der vertikalen Abgrenzung
Anti-Establishment <ul style="list-style-type: none"> - Politische Elite - Wirtschaftliche Elite - Kulturelle Elite 	Ablehnung von Minderheiten <ul style="list-style-type: none"> - Immigranten - Muslime - Homosexuelle
Anti-System <ul style="list-style-type: none"> - Gegen Parteien - Für direktdemokratische Maßnahmen - Stärkung der Exekutive - Neoliberalismus 	Abwehrmechanismen <ul style="list-style-type: none"> a) innenpolitische <ul style="list-style-type: none"> - Wohlfahrtschauvinismus - ‚Law and order‘ - Schutz und Pflege der nationalen Kultur b) außenpolitische <ul style="list-style-type: none"> - Gegen EU - Gegen Deutschland - Gegen USA - Gegen Globalisierung

Quelle: Eigene Darstellung, Gliederung vgl. Rensmann 2006: 63.

2.2.1.1 Positionen der horizontalen Abgrenzung

Mithilfe der Positionen der horizontalen Abgrenzung wird die Abgrenzung „nach oben“ (Rensmann 2006: 63) angestrebt. Dies betrifft in erster Linie die nationale Elite. Der Terminus ‚Elite‘ referiert auf „a broad and indeterminate amalgam of political, economic, and cultural actors“ (Mudde 2007: 65). Diese Gruppe wird kritisiert, obwohl sie den Anforderungen der Kongruenz von Staat und Nation gerecht wird. Die ideologische Grundlage für diese Kritik liefert der populistische Anti-Elitismus.

Die Rechtspopulisten referieren mit dem Terminus ‚Establishment‘ auf diese Gruppe. Dies meint die „Gesamtheit der Personen, Institutionen und Verwaltungseinheiten, welche die sozioökonomische und politische Macht in einer Gesellschaft innehaben“ (Hartleb 2006: 117). Der Meinung der Rechtspopulisten nach verhindert das Establishment die Umsetzung des Volkswillens, weshalb sie seine Absetzung oder zumindest Einschränkung derer Privilegien zu ihrem politischen Ziel erklären. Gemäß der rechtspopulistischen Vorstellung beraubt das Establishment das Volk seiner demokratischen Rechte. Als Grund dafür identifizieren sie deren vermeintliche moralische Verkommenheit, deren deutlichste Zeichen Klientelismus und Korruption seien (vgl. Taggart 2000: 75). Diese dienen ausschließlich der Machtsicherung des Establishments und seien zum Nachteil des Volkes, das die (finanziellen) Kosten dieser Praktiken zu tragen habe (vgl. Fennema 2005: 19f.).

In den *Anti-Establishment-Positionen* der Rechtspopulisten drückt sich allerdings nicht nur ihr Anti-Elitismus aus, sondern auch ihr Anti-Pluralismus und Nationalismus. Denn sie argumentieren, dass das Establishment in den Schutz von Minderheitenrechten involviert sei. Vor allem im Bereich der Immigration pflegen Rechtspopulisten die Auffas-

sung, dass die nationale Elite hauptverantwortlich für Massenimmigration und die damit verbundenen Folgen seien. Beispielsweise sehen Rechtspopulisten:

„mass immigration as a conspiracy of the left-wing parties, trade unions, and big business in which the first two want to (artificially) increase their support base, and the latter their pool of cheap labor“ (vgl. Mudde 2007: 66).

Die Abwehrhaltung der Rechtspopulisten bezieht sich in erster Linie auf politische Eliten, besonders auf Berufspolitiker, die angeblich nur ihren finanziellen Vorteil und ihre persönliche Macht anstreben (vgl. Zaslove 2008: 323). Die Rechtspopulisten vertreten die Vorstellung, dass die „egoistische Interessenverfolgung der Elite“ (Rensmann 2006: 64) der Umsetzung des Volkswillens im Wege stehe. Den Berufspolitikern wird darüber hinaus vorgeworfen, verantwortlich für gesellschaftliche Probleme zu sein (vgl. Pasquino 2008: 21). Auch wenn politische Eliten am schärfsten kritisiert werden, gehen die Anti-Establishment-Positionen der Rechtspopulisten über diese Gruppe hinaus. Sie beziehen sich auch auf wirtschaftliche und kulturelle Eliten, deren Verbindung und Zusammenarbeit mit der politischen Elite in der „paranoid worldview“ (Mudde 2007: 74) der Rechtspopulisten einen zentralen Platz einnimmt.

Wirtschaftliche Eliten werden auf ähnliche Art und Weise als korrupt, machtbesessen und moralisch verdorben kritisiert wie politische Eliten (vgl. ebd. 67). Ein weiteres Ziel rechtspopulistischer Kritik sind kulturelle Eliten. Dabei sehen sich vor allem die Medien häufig „tactical attacks“ (Mazzoleni 2008: 56) ausgesetzt. Der Vorwurf lautet, dass die Medien sich von der politischen Elite zu deren Zweck instrumentalisieren ließen. Folglich würden sie nicht den Volkswillen ausdrücken, sondern die Vorstellungen der politischen Elite (vgl. Mudde 2007: 67). Ebenso skeptisch stehen Rechtspopulisten Intellektuellen gegenüber.

Das wichtigste politische Ziel der Rechtspopulisten ist die Umsetzung des Volkswillens (vgl. Mudde 2004: 543). Gemäß ihrer Vorstellung gibt es jedoch bestimmte Elemente der zeitgenössischen Demokratien, die dieser Umsetzung im Wege stehen. Diese Elemente ihres nationalen politischen Systems werden in *Anti-System-Positionen* aufgegriffen. Die Grundlage dieser Positionen stellt die Auffassung dar, wonach die Organisation des Staates „largely illegitimate, over-extended and ineffective“ (Taggart 1995: 38) sei. Abhängig vom nationalen Kontext kritisieren die Rechtspopulisten unterschiedliche Elemente, die sie als Grund für das Versagen des Staates ansehen. Allgemein werden repräsentative Institutionen kritisiert, die der „true democracy“ (Pelinka 2013a: 3) im Wege stünden. Da diese nicht den homogenen Volkswillen repräsentieren würden, stellten sie eine Bedrohung für die Nation dar. Dadurch dass der Staatsapparat aus repräsentativen Institutionen bestehe, sei er folglich für bedrohliche gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich.

Oberflächlich streben Rechtspopulisten zwar eine Veränderung des institutionellen Rahmens an, jedoch steht dahinter selten ein konsistentes politisches Programm, das zur Veränderung des Regimes führen könnte (vgl. Fennema 2005: 11). Denn oft bieten sie einfache Lösungen für komplexe Probleme an (vgl. Decker 2004: 35). Folglich hat die Systemkritik oftmals nur rhetorischen Charakter. Rechtspopulisten identifizieren Elemente des institutionellen Rahmens des politischen Systems, die sie als ursächlich für die vermeintlich fehlende Volksnähe der Politik erachten. Mit der Lösung dieses Systemfehlers wird auch die Lösung der fehlenden Volksnähe in Aussicht gestellt. Darum stellen Anti-System-Positionen ein zentrales rechtspopulistisches Thema dar, das jeweils mit unterschiedlichen nationalen Schwerpunkten ausgefüllt wird.

Als das größte Hindernis für die Umsetzung des Volkswillens erachten die Rechtspopulisten die politischen Parteien (vgl. Pasquino 2008: 21). Die Kritik, korrupt und einzig am Machterhalt orientiert zu sein, wird auch an den Parteien geübt. Dabei würden die Parteien lediglich der Sicherung der Privilegien der politischen Elite dienen und nicht die Bevölkerung repräsentieren. Darüber hinaus behaupten die Rechtspopulisten die Artikulations- und Repräsentationsfunktion der Parteien sei obsolet. Eine der Funktionen, die Parteien erfüllen, ist die Repräsentation partikularer Interessen (vgl. Schmidt 2010: 578). Das impliziert, dass unterschiedliche Parteien unterschiedliche gesellschaftliche Interessen repräsentieren. Da der Volkswille aber gemäß der rechtspopulistischen Ideologie homogen ist, das heißt frei von Meinungspluralismus, ist es nicht überraschend, dass sie die Repräsentationsfunktion der Parteien als obsolet erachten. Daher schlussfolgern sie, dass unterschiedliche Parteien überflüssig seien und die rechtspopulistische Partei allein dazu genüge, den homogenen Volkswillen zu artikulieren (vgl. Albertazzi/McDonnell 2008: 2).

Das ist nicht nur der Grund für die Ablehnung von Parteien, sondern für die grundsätzliche Ablehnung repräsentativer Institutionen und Prozesse. Stattdessen streben rechtspopulistische Parteien die Einführung direktdemokratischer Verfahren und Maßnahmen an (vgl. Pelinka 2013a: 4). Dahinter steht die Überzeugung, dass sämtliche gesellschaftlichen und politischen Probleme gelöst werden könnten, wenn die Politik nur zurück in die ‚Hand des Volkes‘ gelange (vgl. Mudde 2004: 546). Vorgeschlagene direktdemokratische Mittel sind das Plebiszit und die Direktwahl des politischen Personals. Daran wird deutlich, dass für sie durch das Primat des Volkswillens auch die Funktion der Parteien als intermediäre Instanz zwischen Staat und Gesellschaft obsolet wird.

Mithilfe des Homogenitätspostulats lässt sich noch eine weitere politische Forderung der Rechtspopulisten begründen: die Forderung nach einer starken Exekutive oder

Präsidentalismus. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass dem Volkswillen nicht nur mithilfe direktdemokratischer Maßnahmen Ausdruck verliehen werden kann, sondern auch mithilfe präsidentieller Elemente (vgl. Rensmann 2006: 67). Die Einführung präsidentieller Elemente scheint auf den ersten Blick nicht mit dem Anti-Elitismus des Populismus vereinbar. Aber die Vorstellung, dass eine einzelne Person die Umsetzung des Volkswillens garantieren soll, wird vor dem Hintergrund des populistischen Homogenitätspostulats nachvollziehbar. Denn präsidentielle Elemente erfüllen die Homogenitätsklausel und sorgen dafür, dass der eine Mann, der repräsentativ für das ‚gute‘ Volk einsteht, die Regierung stellt und so die ‚bösen‘ Eliten ablöst. Für die Rechtspopulisten steht das parlamentarische System für pluralistische Gesellschaftsinteressen, fehlende Effektivität und Intransparenz. Die Forderung nach einem Präsidenten an der Spitze des Staates steht paradigmatisch für das rechtspopulistische Idealbild eines schlanken Staates. Teil dieser Konzeption ist auch der Bürokratieabbau. Eine ausgedehnte Bürokratie gilt Rechtspopulisten als sinnbildlich für die Ineffektivität des Staatsapparates.

Während der Staat als ineffektiv interpretiert wird, stellt der Markt für die meisten Rechtspopulisten das positive Gegenbild dar (vgl. Taggart 1995: 38). Folglich wurde die neoliberale Wirtschaftskonzeption ein Bestandteil rechtspopulistischer Programmatik (vgl. Betz 1994: 109). Eine neoliberale Wirtschaftsvorstellung wurde schon in der frühen Literatur zum Rechtspopulismus als zentraler programmatischer Standpunkt dargestellt (vgl. ebd. 109). Denn die Forscher sahen ein „dezidiertes Eintreten für individuelle Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative [...] als Grundlage sozioökonomischer Erneuerung“ (Betz 1998: 7). Aber der rechtspopulistische Neoliberalismus stellt keine widerspruchsfreie Wirtschaftskonzeption dar. So schließt er weder sozialstaatliche Prinzipien, noch Protektionismus grundsätzlich aus (vgl. Hartleb 2004: 143). Dahinter steht die Überzeugung, dass die Wirtschaft den Interessen der Nation untergeordnet sein sollte (vgl. Mudde 2007: 137).

Die Inkonsequenz des rechtspopulistischen Neoliberalismus ist vor dem Hintergrund der häufigen Neupositionierung und Anpassung zu interpretieren. So versuchen Rechtspopulisten mit ihrer Wirtschaftspolitik zum einen Protest gegenüber der Regierung auszudrücken und sich zum anderen an die Wünsche ihrer Wähler anzupassen (vgl. Betz 2001b: 179). Mit der Veränderung einer dieser beiden Faktoren wandelt sich die Position der Partei. Das hat ein „Sammelsurium neoliberaler Desiderate nach Privatisierung, Deregulierung, einem Abbau der direkten Steuern sowie der öffentlichen Sozialleistungen und Subventionen“ (Hartleb 2006: 132) zur Folge. Angesichts der Wandelbarkeit und der Unterschiedlichkeit zwischen den rechtspopulistischen Parteien kann nur von einer neo-

liberalen Grundausrichtung ausgegangen werden, die sozialstaatliche Maßnahmen, die nur der Nation zukommen sollen, jedoch nicht ausschließt.

2.2.1.2 Positionen der vertikalen Abgrenzung

Bei den rechtspopulistischen Positionen der vertikalen Abgrenzung handelt es sich um solche, die das Volk vor Bedrohung von „außen“ (Rensmann 2006: 64) bewahren sollen. Das betrifft zunächst die *Ablehnung von Minderheiten* gemeint. Rechtspopulisten richten sich wegen ihres Anti-Pluralismus gegen Minderheiten, da diese nicht der Homogenität des Volkswillens entsprechen würden (vgl. Mudde 2004: 544). Sie argumentieren jedoch auch, dass Minderheiten für die zerstörte Verbindung zwischen Volk und Elite verantwortlich seien (vgl. Taggart 2000: 75). Aufgrund des Nationalismus der Rechtspopulisten betrifft die Ablehnung in erster Linie nicht-nationale Minderheiten. Hierbei sind vor allem diejenigen Ziel rechtspopulistischer Programmatik, die sich im Nationalstaat befinden, obwohl sie nicht Teil der Nation sind: die Immigranten (vgl. Mudde 2007: 69). Viele Forscher haben die Abwehr gegen Immigration als Hauptcharakteristikum der rechtspopulistischen Parteien herausgestellt, was sich in der Bezeichnung „anti-immigrant parties“ (Gibson 2002: 1) widerspiegelt. Tatsächlich ist dieses Thema für den Großteil der rechtspopulistischen Parteien zentral. Dies kann angesichts des rechtspopulistischen Nationalismus insofern nicht überraschen, als eine der wichtigsten Mechanismen zur Konstruktion einer nationalen Identität die Abgrenzung nach außen ist.

Die Rechtspopulisten bauen ihre Abwehrhaltung gegen Immigration im Wesentlichen auf zwei Argumente auf. Das erste Argument betrifft die wirtschaftliche Komponente. Das zweite Argument betrifft die kulturelle Komponente. Mithilfe des ersten Argumentes wird eine Bedrohung für die ökonomische Situation der Nation konstruiert. Die Rechtspopulisten bauen auf die Vorstellung auf, dass Immigranten durch ihren Aufenthalt im jeweiligen Staat einen unrechtmäßigen wirtschaftlichen Nutzen ziehen (vgl. Betz 2002: 203). Dieser Nutzen drückt sich beispielsweise im Genuss wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen aus (vgl. ebd. 203). Dies sei zum Nachteil der Nation, da die Immigranten knappe Ressourcen beanspruchten. Ähnlich argumentieren sie auch, wenn es darum geht, ihren Standpunkt deutlich zu machen, dass Immigranten Arbeitsplätze stehlen würden und kriminell seien (vgl. Mudde 2007: 70).

Die Rechtspopulisten nutzen jedoch neben diesem wirtschaftlichen Argument gegen Immigration auch ein kulturelles. Sie behaupten, dass durch die Anwesenheit von Immigranten anderer Kulturen oder Nationalitäten die nationale Kultur bedroht sei. Dieses Argument betrifft vor allem eine Gruppe der Immigranten, die die Rechtspopulisten als

kulturell zu verschieden konstruieren, als dass es möglich sei, sie als Teil der nationalen Gesellschaft zu integrieren: Muslime (vgl. Betz 2013: 81). Die westeuropäischen Rechtspopulisten argumentieren, dass die Muslime schwieriger zu integrieren seien als andere Immigrantengruppen (vgl. ebd. 81). Der Grund sei die „incompatibility of Islam with the basic tenets of the European or native culture“ (Mudde 2007: 85). Diese Form der Islamophobie äußert sich ferner in der Betonung der christlichen Wurzeln Europas (vgl. ebd. 85), was angesichts der säkularen Ausrichtung dieser Parteien paradox erscheint.

Im Unterschied zu anderen Immigranten, die nur aufgrund ihres Aufenthalts im Staat als Bedrohung wahrgenommen werden, werden die Muslime und der Islam in- und außerhalb der Staatsgrenzen als Bedrohung dargestellt (vgl. ebd. 84). Muslime sind der „key enemy“ (ebd. 84) der zeitgenössischen rechtspopulistischen Parteien, da sie von allen Rechtspopulisten als Bedrohung dargestellt werden. Ein extremes Beispiel für eine Bedrohungssituation, die auf der Basis des Anti-Islamismus aufgebaut wird, stellt folgende Aussage des niederländischen Rechtspopulisten Gerd Wilders dar: „islamische Einwanderer randalieren und terrorisieren die Einheimischen“ (Wilders ohne Quelle, zit. nach Kirchner 2013).

Es gibt noch eine weitere Personengruppe, die von einem Großteil der rechtspopulistischen Parteien als Bedrohung für die Nation wahrgenommen werden, obwohl sie Teil der Nation sind: Homosexuelle. Die Bedrohung bestehe darin, dass Homosexuelle keinen Beitrag zum „survival of the nation“ (Mudde 2007: 68) leisten würden. Jedoch sehen nicht alle Rechtspopulisten Homosexualität als „a biological and social abnormality“ (Le Pen ohne Quelle, zit. nach ebd. 68). So stellte der Rechtspopulist Pim Fortuyn die „emancipation of homosexuals“ (Oudenampsen 2013: 204) als Errungenschaft der niederländischen Kultur dar.

Zum vermeintlichen Schutz der Nation werden verschiedene innen- wie außenpolitische Abwehrmechanismen ergriffen. Eine der wichtigsten *innenpolitischen Abwehrmechanismen* befindet sich im Bereich der Sozialpolitik. Die Rechtspopulisten streben Wohlfahrtschauvinismus an, der eine Haltung ausdrückt, „die den eigenen Wohlstand bewahren und ihn vor angeblich ungerechtfertigter Inanspruchnahme durch Dritte schützen will“ (Reuter 2011: 60f.). Im Umkehrschluss bedeutet es, dass für Rechtspopulisten grundsätzlich nur Mitglieder der Nation von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen profitieren dürfen. Diese Vorstellung findet sich beispielsweise bei der finnischen Partei die *Wahren Finnen*: „the welfare of the native population must come first and should not be deleteriously affected by immigration“ (Arter 2010: 499). Und diese auch nur, wenn sie einen Beitrag geleistet haben, das bedeutet, dass „those who can work but prefer social

benefits“ (Mudde 2007: 131) unabhängig von ihrer Herkunft ebenfalls von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen ausgeschlossen werden sollten. Sie werden als „Sozialschmarotzer“ (ebd. 67) bezeichnet, die den Wohlstand der Nation ohne einen Beitrag ausnutzen möchten.

Die Ablehnung von Immigration aus wohlfahrtschauvinistischen Gründen stellt oberflächlich eine moderate Form der Ablehnung dar. So wird der Vorwurf des Rassismus zwar auf der Oberfläche zerstreut, dennoch ist die Nähe von Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus nicht endgültig von der Hand zu weisen. Von Fall zu Fall verschieden benutzen Rechtspopulisten xenophobe und rassistische Standpunkte. Die Tatsache, dass radikalere Standpunkte vor allem in Wahlkampfkampagnen genutzt werden (vgl. Mudde 2007: 70), spricht zwar für einen strategischen Nutzen dieser Argumente, dennoch lässt sich diese Einschätzung nicht verallgemeinern. Dazu divergieren die westeuropäischen rechtspopulistischen Parteien zu stark. Während einige dem rechtsextremen beziehungsweise rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen sind, sind andere gemäßigt.

Ein weiteres innenpolitisches Mittel, das Rechtspopulisten nutzen um der vermeintlichen Bedrohung durch Immigranten entgegen zu wirken, ist sicherheitspolitischer Art. Sie nehmen ‚Law and order‘-Programmpunkte in ihren Parteiprogrammen auf (vgl. Betz 1998: 11). Dazu gehören die Forderung nach qualitativer und quantitativer Verstärkung der Polizei, Verschärfung des Strafgesetzes und der Überwachung (vgl. Hartleb 2004: 125f.). Mithilfe solcher Forderungen wollen Rechtspopulisten als „Bewahrer und Retter der nationalen Identität und einer kulturell homogenen Gemeinschaft gelten“ (ebd. 125). In der Kulturpolitik äußern sich die Abwehrmechanismen in Form von Betonung der Nation, nationaler Symbole und Traditionen. Hier wird die Nation nicht nur hervorgehoben, sondern der Schutz und die Pflege kultureller Elemente angestrebt. Die eigene Kultur wird dabei nicht offenkundig als anderen überlegen konzipiert, was ein Kennzeichen des Rechtsextremismus ist (vgl. Jamin 2013: 47), sondern dient vor allem der Abgrenzung nach außen.

Darüber hinaus gibt es *außenpolitische Abwehrmechanismen*, die sich in der Ablehnung all jener Akteure, die einen (tatsächlichen oder konstruierten) Einfluss auf die nationale Politik ausüben, äußern. Diesen Akteuren wird unterstellt ein Recht für sich zu beanspruchen, das nur der Nation zusteht. Diese Gruppe ist insofern leicht in die rechtspopulistische Ideologie einzuordnen, als dass Rechtspopulisten prinzipiell skeptisch gegenüber Außenseitern sind: „For them the world is a hostile place, in which everyone is believed to conspire against their nation (and state)“ (Mudde 2007: 74).

In Anbetracht der Tatsache, dass die Europäische Union einen stetig größer werdenden Einfluss auf nationale Politik ausübt (vgl. Mény/Surel 2002: 15), ist es nicht überraschend, dass sie zu einem Hauptziel rechtspopulistischer Kritik geworden ist. Aus der Perspektive von Nationalisten stellt eine supranationale Organisation notwendigerweise eine Bedrohung dar, weil sie den Interessen mehrerer Nationen gerecht werden muss.

Mit dem Ausbruch der Eurokrise im Jahr 2009 hat diese Kritik im rechtspopulistischen Bereich an Relevanz gewonnen. Die wirtschaftliche Situation in Europa seit dem Ausbruch der Finanzkrise bestätigt die Skepsis, die die Rechtspopulisten der Einführung des Euro entgegengebracht haben (vgl. Hartleb 2006: 137). Sie lenkt sie jedoch in eine andere Richtung. Denn der Wunsch nach Rückkehr zu den nationalen Währungen, der wesentlich von rechtspopulistischen Parteien genährt wird, hat seine Ursache weniger in kulturellen, als vielmehr in wirtschaftlichen Überlegungen. Das zeigt sich beispielsweise im elektoralen Durchbruch der euroskeptischen Partei die *Wahren Finnen* 2011 (vgl. Albertazzi/Mueller 2013: 344). Ähnlich gestaltet sich die Entwicklung der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), die sich im Bundestagswahlkampf 2013 auf die Abschaffung des Euro und die Rückkehr zur D-Mark konzentrierte. Die AfD weist starke Parallelen zu rechtspopulistischen Parteien auf (vgl. Bender/Schmidt 2013). Auch wenn die wissenschaftliche Einordnung der AfD bislang noch aussteht, wird anhand der Tatsache, dass diese Partei bei ihrem ersten Wahlantritt beinahe die Fünf-Prozent-Hürde überschritten hat, deutlich, welches Mobilisierungspotential von der Eurokrise ausgeht.

Die Rechtspopulisten bauen ihre Abwehr des Europäischen Integrationsprozesses auf die seit dem Vertrag von Maastricht steigende Unzufriedenheit (vgl. Eichenberg/Dalton 2007: 144). So werden auch die Institutionen der Europäischen Union als undemokratische kritisiert. Dabei unterstreicht die in der Forschung durchaus umstrittene Einschätzung⁸, die EU habe ein Demokratiedefizit, die rechtspopulistische Vorstellung, das Volk sei durch die Elite seiner demokratischen Rechte beraubt worden. Folglich nutzen sie ihren Anti-Elitismus als Argument gegen die EU, indem sie diese als Elitenprojekt darstellen, welche das Resultat eines internationalen Komplotts sei (vgl. Eatwell 2005: 107). Die in der Bevölkerung verbreitete Angst vor dem Verlust der nationalen Souveränität und die Vorstellung, die EU habe ein Demokratiedefizit, erklären, warum sich die Rechtspopulisten ebendiesem Themas angenommen haben.

⁸ Ein Darstellung und Diskussion der Debatte um das demokratische Defizit der EU findet sich beispielsweise in Hix/Hoyland 2011: 132-137.

Jedoch ist es nicht nur die Wahrnehmung des Europäischen Integrationsprozesses, die das Thema für die Rechtspopulisten zentral werden lässt. Denn der Integrationsprozess hat tatsächlich substantielle Folgen für die Politik der Nationalstaaten:

“the European integration process has had a deep impact on national politics and policies, shaking up the traditional cleavages, threatening ideological and political alignments, and calling for a restructuring of interests, parties and institutions“ (Mény/Surel 2002: 15).

Auf diese Folgen reagieren die Rechtspopulisten mit ihren typischen Abwehrmechanismen. Sie konstruieren eine Bedrohungssituation in Bezug auf die nationale Souveränität und Kultur ihrer Herkunftsländer. Sie bauen auf diffuse Ressentiments gegenüber Flüchtlingen und den Folgen der Globalisierung auf (vgl. Kirchner 2013).

Die Einführung des Euro, Erweiterungen und Eurokrise sind nur einige der Positionen, die die Rechtspopulisten aufgegriffen haben. Allgemein muss jedoch konstatiert werden, dass innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums eine große Varianz der jeweiligen Positionen gegenüber der EU vorherrscht: „Manche wollen die EU nur demokratischer machen und reformieren, andere fordern das Ende des Euro oder gleich die komplette Auflösung der Union“ (ebd.). Der kleinste gemeinsame Nenner ist die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der EU.

Im Zusammenhang mit der Eurokrise sind auch germanophobe Ressentiments vonseiten der Rechtspopulisten wieder aufgenommen worden. Sie warfen Deutschland vor die Interessen der Nationalstaaten zu missachten. So behauptete auch die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen, dass der Euro allein Deutschland nütze (vgl. Le Pen 2012: 60). Germanophobie ist jedoch keinesfalls neu. Rechtspopulisten reaktivieren vielmehr diffuse Ängste, indem sie die Vorstellung unterbreiten, von bestimmten Staaten - in diesem Fall Deutschland - gehe nach wie vor eine Bedrohung aus (vgl. Mudde 2007: 75).

Umstritten ist, inwiefern die USA den Rechtspopulisten als Feindbild dienen. Während einige rechtspopulistische Parteien sich dezidiert gegen die USA und die angeblich von ihr ausgehende Weltverschwörung richten (vgl. Eatwell 2005: 107), sind andere wie die FPÖ unter ihrem ehemaligen Vorsitzenden Jörg Haider „explicitly pro-American“ (Mudde 2007: 78).

Der letzte außenpolitische Abwehrmechanismus, die Abwehrhaltung gegenüber der Globalisierung, betrifft zwar keinen Akteur und ist strenggenommen nicht nur außenpolitischer Natur, wird aber dennoch in diese Kategorie eingeordnet, weil sie wie die anderen Elemente dieser Kategorie von den Rechtspopulisten als „unerfreulicher Eindringling“ (Hartleb 2004: 123) konstruiert wird. Sie nutzen dabei ähnliche Argumente wie gegen den europäischen Integrationsprozess. Denn sie identifizieren Souveränitätsverlust, Massenimmigration und eine „schädliche Freihandelsoffensive“ (ebd. 123) als Folgen der

Globalisierung. Während die EU als ein Eliteprojekt unter deutscher Führung dargestellt wird, wird die USA als die treibende Kraft hinter der Globalisierung vermutet (vgl. Mudde 2007: 196). Da die politischen Folgen der Globalisierung nicht genauso deutlich sichtbar werden, wie die politischen Folgen des europäischen Integrationsprozesses, hat sich hier eine der „most bizarre and extreme conspiracy theory“ (ebd. 196) im Bereich des Rechtspopulismus entwickelt. Sie reagieren auf die diffuse Bedrohung mit einer „Art nationalistischer Abkopplung“ (Hartleb 2004: 123): Protektionismus im wirtschaftlichen Bereich, Betonung der nationalen Souveränität im politischen Bereich und die Ablehnung von Immigration im gesellschaftlichen Bereich. Da diese Punkte ohnehin Teil der rechtspopulistischen Programmatik darstellen, ist es schwierig den Bezug zur Globalisierung zu identifizieren.

2.2.2 Organisation

Die Rechtspopulisten nehmen die Parteien als das größte Hindernis für die Umsetzung des Volkswillens wahr (vgl. Pasquino 2008: 21). Darum bleibt ihre Parteienkritik nicht auf die programmatische Ebene beschränkt, sondern drückt sich in organisatorischen Besonderheiten aus, mit deren Hilfe sie sich von den etablierten Parteien unterscheiden wollen. Um diese organisatorischen Besonderheiten identifizieren und lokalisieren zu können, bedarf es eines analytischen Rahmens, der auf alle Parteitypen angewendet werden kann. Deswegen werden im Folgenden zunächst allgemeine deskriptive Kriterien, die zur Klassifizierung unterschiedlicher organisatorischer Charakteristika herangezogen werden, dargestellt. Auf dieser Basis wird gezeigt, durch welche Strukturen sich die rechtspopulistischen Parteien auszeichnen. Dabei soll auch diskutiert werden, inwiefern die organisatorischen Besonderheiten der rechtspopulistischen Parteien ein Resultat ihrer Parteienkritik sind. Das abschließende Kapitel dient der Erörterung der politischen Kommunikation der Rechtspopulisten.

In der Parteienforschung wird zwischen vier Forschungssträngen unterschieden. Es gibt soziologische, organisationstheoretische, institutionelle und rationalistische Ansätze (vgl. Detterbeck 2011: 19f.). In dieser Arbeit soll der organisationstheoretische Ansatz verfolgt werden, weil sich die Besonderheiten der rechtspopulistischen Parteien mit dem Fokus dieses Ansatzes, der auf „organisatorischen Strukturen und [den] daraus resultierende Machtkonstellationen innerhalb von Parteien“ (ebd. 20) liegt, decken.

Als intermediäre Organisation stellen die Parteien die zentrale vermittelnde Instanz zwischen Gesellschaft und Staat dar (vgl. Sartori 2005: ix). Wie Gesellschaft und Staat sind auch die Parteien in sich keineswegs homogen. Sie sind vielmehr soziale Gruppierungen

von Menschen, die sich auf freiwilliger Basis organisieren und engagieren (vgl. Katz/Mair 1992: 4). Folglich sind Parteien keine monolithischen, sondern im Inneren heterogene Akteure. Dieser Heterogenität wird der organisationstheoretische Ansatz mit der analytischen Trennung in drei Aspekte, die sich im Inneren der Parteiorganisation identifizieren lassen, gerecht. Diese „three faces of party organization“ (Katz/Mair 1992: 4) werden folgendermaßen bezeichnet:

- Partei als Organisation freiwilliger Mitglieder (*party on the ground*)
- Partei als Regierungsorganisation (*party in public office*)
- Partei als bürokratische Organisation (*party in central office*)

Die drei Gesichter unterscheiden sich im Hinblick „of function, of motivation among members, and of power base of and constraints on leaders“ (vgl. ebd. 4). Anhand der Machtverhältnisse zwischen den Teilbereichen können Rückschlüsse auf den Parteityp gezogen werden.

Das erste Gesicht, die *party on the ground*, meint die Mitgliederorganisation und damit den numerisch größten Teil der Partei. Denn sie setzt sich aus all jenen Parteimitgliedern zusammen, die weder ein öffentliches Amt begleiten (*party in public office*), noch bei der Partei angestellt sind (*party in central office*). Das wichtigste Organ der Mitgliederorganisation ist der Parteikongress (vgl. ebd. 4). Dieser entscheidet über die grundlegenden prozessualen Regeln und *policies*, die in Parteistatuten beziehungsweise Grundsatprogrammen festgelegt sind, außerdem obliegt ihm in der Regel die Wahl der Parteileitung (vgl. Poguntke 1998: 161). Eine starke Mitgliederorganisation drückt sich darin aus, dass die Mandatsträger in ihren Entscheidungen an die Mitgliederorganisation gebunden sind. Eine schwache Mitgliederorganisation wird dann sichtbar, wenn die Befugnisse des Parteikongresses eingeschränkt sind (vgl. Katz/Mair 1992: 4). Häufig verfügen Parteien über einen Parteirat, oder „small party congress“ (Poguntke 1998: 162), dessen Mitglieder nach bestimmten Proporzregeln ausgewählt werden. Er ist zwar ein Gremium der Mitgliederorganisation, da aber der Parteikongress „the principal rule-making body“ (ebd. 164) der Partei ist, kann er ihn nicht ersetzen.

Das zweite Gesicht, die *party in public office*, setzt sich aus den Mitgliedern, die öffentliche Ämter betreuen, zusammen (vgl. Katz/Mair 1992: 5). Da der Verbleib und die Stellung dieser Mandatsträger vom Wahlgewinn abhängig sind, ist er das Ziel der *party in public office*. Zum Erreichen dieses Ziels ist die Zustimmung der Bevölkerung unabdingbar, was die gesellschaftliche Verankerung für diesen Parteibereich zentral macht. Dementsprechend orientieren sich die Mandatsträger am Input der Gesellschaft, da sich hier die relevanten Wählersegmente befinden (vgl. ebd. 5). Die Dominanz der *party in public*

office über die anderen Parteigesichter zeigt sich dann, wenn die Mandatsträger autonom entscheiden, wie und ob sie die Vorgaben der Mitgliederorganisation umsetzen. Die Grundlage für diese Unabhängigkeit bilden die von der Partei unabhängigen organisatorischen Strukturen. Beispielsweise hat eine Parlamentsfraktion Gremien, die nicht unmittelbar mit der Gesamtpartei verbunden sind. Die unabhängige Stellung der Mandatsträger wird darüber hinaus durch die „liberal tradition of the free mandate“ (Poguntke 1994: 206) gestärkt.

Das dritte Gesicht ist die *party in central office*, bestehend aus der „außerparlamentarischen Leitung“ (Detterbeck 2011: 88), das heißt dem Parteivorstand und dessen Mitarbeitern, und der gesamten bürokratischen Organisation der Partei. Da die Mitglieder der *party in central office* bei der Partei angestellt und finanziell von ihr abhängig sind, gilt ihr primäres Interesse ihrer individuellen Stellung innerhalb der Partei (vgl. Katz/Mair 1992: 6). Zu deren Verbesserung kann sowohl die Unterstützung der Mitgliederorganisation, als auch der Mandatsträger dienen. Die traditionelle Rolle der *party in central office* war die des „representative or guardian of the party on the ground“ (Mair 1994: 13) wider. Mit der stärkeren Ausrichtung auf das Erreichen von Regierungstätigkeit, wurde die Verbindung zu den Mandatsträgern relevanter. Deswegen wird die Stärke dieses Parteigesichts dann sichtbar, wenn sie dazu fähig ist „to serve either a parliamentary or an extra-parliamentary master“ (Katz/Mair 1992: 5).

Im Bereich der *party in central office* lassen sich die wichtigsten Exekutivorgane der Partei verorten: Präsidium oder Exekutivkomitee und die nationale Exekutive (vgl. Poguntke 1998: 164). Anhand der Präsidiumsstruktur wird die Führungsstruktur einer Partei deutlich. Dementsprechend aufschlussreich ist die Analyse der Zusammensetzung des Präsidiums. So haben manche Parteien eine Doppelspitze bestehend aus zwei Führungspersonen, andere Präsidien bestehen aus 15 bis 20 Personen (vgl. ebd. 164). Das Präsidium ist das ranghöchste Gremium der Partei. Seine Aufgaben betreffen die alltägliche Organisation und das Management der Partei. Allerdings sind in der Führungsebene der zeitgenössischen Parteien personelle Überschneidungen mit der *party in public office* häufig (vgl. Katz/Mair 1992: 6). Daran wird deutlich, dass es sich bei der Einteilung in drei Gesichter um eine analytische Trennung handelt, die nicht immer perfekt mit empirisch belegbaren organisatorischen Trennlinien übereinstimmt.

Der Versuch, äquivalente Strukturen analytisch zu trennen und zu lokalisieren, wird dadurch erschwert, dass sich diese im Laufe der Entwicklung der Parteien stark verändert haben. Gewandelte Strukturen schlugen sich in unterschiedlichen Parteitypen nieder: Honoratioren-, Massen-, Volks- und Kartellpartei (vgl. Katz/Mair 1995). Die jüngste

Entwicklungsstufe ist die Kartellpartei. Da sich die allgemeine Parteienkritik der Rechtspopulisten wie eine Kritik an dem spezifischen Parteityp Kartellpartei liest, werden im Folgenden kurz die wichtigsten Charakteristika dieses Typs zusammengefasst.

Die Kartellpartei zeichnet sich durch die „interpenetration of party and state, and also by a pattern of inter-party collusion“ (Katz/Mair 1995: 17) aus. So ist ihre Entstehung maßgeblich mit der Hinwendung der Parteien zur staatlichen Sphäre begründet worden (vgl. Katz/Mair 2002: 122f.). Das hat für die Strukturen der Kartellparteien zweierlei zur Folge: Die stärkere Verankerung in der staatlichen Sphäre äußert sich erstens in einer finanziellen Abhängigkeit der Parteien vom Staat und zweitens darin, dass die Parteien ein Kartell bilden, mit dessen Hilfe sie ihren Machterhalt sichern wollen. Die Kartellbildung meint eine verstärkte Kooperation zwischen den verschiedenen Parteien (vgl. Katz/Mair 1995: 17). Dabei handelt es sich um ein systemisches Merkmal, denn eine Partei kann nur dann zur Kartellpartei werden, wenn es im Parteiensystem ähnlich orientierte Akteure gibt. Daran wird die Abhängigkeit der Kartellbildung von „collusion and cooperation between ostensible competitors, and [...] the consent and cooperation of all, or almost all, relevant participants“ (ebd. 17).

Darüber hinaus verfügen die Kartellparteien durch ihre starke Verankerung in der staatlichen Sphäre über einen „privileged access to state-regulated channels of communication“ (ebd. 18). Diese staatlich regulierten Kommunikationskanäle sind in erster Linie die staatlichen Medien und Institutionen sowie Ministerialbürokratien (vgl. Krouwel 2006: 259). Dadurch hat sich der Wahlkampf nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich verändert. Allgemein stehen jetzt Personen anstelle von Sachthemen im Vordergrund. Die Kartellparteien konzentrieren sich darauf, anstelle von kontroversen Themen erreichte Ziele zu präsentieren (vgl. Katz/Mair 1995: 22). Dies ist ein Symptom dafür, dass die Kartellparteien ihre Artikulationsfunktion verloren haben. So konstatieren Katz und Mair, dass Kartellparteien „cease to be effective channels of communication from civil society to the state“ (ebd. 23).

All diese Faktoren führen dazu, dass die nicht zum Kartell gehörenden Akteure Außenseiter, denen der Zugang zur Macht verweigert oder zumindest erschwert wird. Durch die Schaffung des Kartells entsteht folglich ein „fertile ground for mobilizing small but not insignificant populations of protest“ (Taggart 2000: 76). Das bedeutet, dass die rechtspopulistischen Parteien die Präsenz eines sie ausschließenden Kartells zur Wählermobilisierung nutzen können. Die Kartellparteien schaffen durch den Ausschluss anderer Parteien ihre eigenen Gegner, indem sie ihnen eine „weapon with which to mobilize the support of the disaffected“ (Katz/Mair 1995: 24) an die Hand geben. Die rechtspopulistischen

Parteien versuchen durch verschiedene organisatorische Elemente ihre Andersartigkeit und ihre Distanz zum Establishment unter Beweis zu stellen. Darum sind sie “a reaction against the dominance and the agenda of certain key parties of government in their party systems” (Taggart 2000: 73).

Dabei ist es wichtig zu beachten, dass Rechtspopulisten nicht von der Existenz verschiedener Parteitypen ausgehen, sondern die kritisierten Eigenschaften Parteien *per se* unterstellen. Ihre Kritik muss vor dem Hintergrund ihrer Gesamtstrategie, die Legitimität der etablierten Parteien zu untergraben, gesehen werden (vgl. Betz 2002: 200). Insofern kann es nicht verwundern, dass ihr Erfolg mit einer Periode zusammenfällt, die sich durch den „dramatic rise in public disenchantment with traditional parties” (ebd. 199) auszeichnet.

Der erste Kritikpunkt, den die Rechtspopulisten an den Parteien üben, betrifft deren Beziehung zur Gesellschaft. Rechtspopulisten argumentieren, dass die Parteien nicht (mehr) in der Lage sind, die Bevölkerung zu repräsentieren. Ihrer Meinung nach korrumpieren die Parteien die Verbindung zwischen Repräsentanten und Wählern (vgl. Mudde 2004: 546). Die Entmachtung der *party on the ground* sei das sichtbare Zeichen dieser korrumpierten Verbindung. Auf der Basis dieser Kritik stellen sie sich selbst als einzig wahre Alternative zu den Parteien dar, weil sie aus dem Volk entstanden seien und folglich die ideale Verbindung zwischen Volk und Politik darstellen würden.

So lokalisieren sie ihren eigenen Ursprung im Bewegungssektor, was auch dazu führt, dass sie die Selbstbezeichnung als Partei ablehnen und sich stattdessen „Bund, Liga, Front oder eben Bewegung“ (Decker 2004: 34) nennen. Die Stilisierung als völkische Bewegung dient dazu eine direkte Verbindung zur Bevölkerung zu konstruieren. Der konstruierte völkische Ursprung wird wiederum genutzt, um die Partizipationsmöglichkeiten, die die Organisation angeblich anbietet, zu verdeutlichen. Sie unterstreichen ihre vermeintliche Andersartigkeit mit einem „commitment to the active and direct participation of the membership of the party“ (Taggart 2000: 75). Mithilfe dieser Argumentation wollen sie sozial isolierte Bevölkerungsgruppen ansprechen und zur Mitgliedschaft motivieren (vgl. Pasquino 2008: 24).

Auch wenn sich rechtspopulistische Parteien selbst als Bewegungen bezeichnen, muss festgehalten werden, dass die Organisationsform einer Partei, nicht einer sozialen Bewegung entspricht. Denn sie treten bei Wahlen an (vgl. Sartori 2005: 57) und ihre Mitgliederorganisation unterscheidet sich von der Organisation sozialer Bewegungen. Denn das Bekenntnis zu Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder geht über bloße Rhetorik nicht hinaus (vgl. Taggart 2000: 75). Die Mitglieder haben geringes Mitspracherecht. Ihre Mobilisierungsaktivitäten werden genauso wenig wiederbelebt wie ihre Aufgaben im

Wahlkampf, was eine Rückbesinnung auf die starken Mitgliederorganisationen der Massenparteien bedeuten würde (vgl. Katz/Mair 1995: 10). Die Mitgliederorganisation bleibt vielmehr auch in den rechtspopulistischen Parteien marginal.

Der zweite Kritikpunkt, den Rechtspopulisten an Parteien üben, betrifft eine Kartellbildung. Sie kritisieren, dass Parteien sich mit dem Ziel die eigenen Privilegien zu sichern zu einem Kartell zusammenschließen. Während dieser Punkt sich auch in der Typologie von Katz und Mair (1995) widerspiegelt, gehen die Rechtspopulisten in ihrer Radikalität darüber hinaus. Sie stellen das gesamte Parteiensystem als Kartell dar, das „closed off from real people“ (Taggart 2000: 87) sei. Durch die Schließung der Elitenklasse sei es den anderen Parteien unmöglich, die Gesellschaft zu repräsentieren, weshalb sie diese Fähigkeit alleine sich selbst zuschreiben. Es gibt jedoch noch ein weiteres Element, das Rechtspopulisten als direkte Folge des Kartells darstellen: Korruption (vgl. ebd. 87).

Auch die kommunikativen Charakteristika rechtspopulistischer Parteien sind vor dem Hintergrund ihrer Parteienkritik einzuordnen. Denn ihr dritter Kritikpunkt ist, dass die Parteien ihre Artikulationsfunktion eingebüßt hätten. Mithilfe ihrer Kommunikation möchten die Rechtspopulisten unter Beweis stellen, dass sie die einzig wahren Vertreter des Volkswillens sind (vgl. Albertazzi/McDonnell 2008: 2). Darum zeichnet sich ihre Kommunikation durch einige Merkmale aus, die sie von der politischen Kommunikation anderer Parteien unterscheidet.

Rechtspopulistische Parteien organisieren sich auf der Basis ihrer Parteienkritik „in ways that do not resemble the established parties“ (ebd. 86). Folglich kann es nicht überraschen, dass sie in der Typologie von Katz/Mair (1995: 24) neben den grünen Parteien, als Gegenreaktion auf die Kartellpartei dargestellt wurden. Die Einschätzung ist insofern plausibel, als beide Parteien den Anspruch haben „to ‚break the mould‘ of established politics“ (ebd. 24). Die rechtspopulistischen Parteien setzen ihre Parteienkritik und den daraus resultierenden Anspruch mithilfe der folgenden organisatorischen Charakteristika um (vgl. Tab. 2.2).

Tabelle 2.2 Organisation rechtspopulistischer Parteien

		Merkmale
Interne Organisationsstruktur	Charismatischer Parteivorsitzender	1. Personalisierung des politischen Programms der Partei
	Charismatische Führung	1. Parteivorsitzender hat Spitzenposition in <i>party in public office</i> inne 2. Dissens mit Vorgaben des Parteivorsitzenden führt zu Parteiausschluss 3. Selektion des Spitzenpersonals in <i>party in central office</i> und <i>party in public office</i> durch Parteivorsitzenden 4. Keine transparenten bürokratischen Strukturen 5. Wahl des Parteivorsitzenden findet nicht statt
Kommunikation	Mediennutzung	1. Mediale Präsentation fokussiert Parteivorsitzenden 2. Vor-mediale Kommunikationsformen 3. Parteieigene Medien 4. Inszenierung von medialen Events
	Sprache	1. Konstruktion von In- und Outgruppe 2. Missionarischer Anspruch

Quelle: Eigene Darstellung und Gliederung.

2.2.2.1 Interne Organisationsstruktur

Das herausragende Charakteristikum dieses neuen Organisationsmodells ist die Zentralität einer einzelnen Führungsperson. Sie setzt sich insofern von anderen Parteien ab, als die Leitung dieser einen Person zum „replacement for the more bureaucratic institutions of representation“ (Taggart 2000: 87) der etablierten Parteien wird. Das Vorhandensein einer Führungsperson ist sogar eine notwendige Bedingung für die Entstehung rechtspopulistischer Parteien (vgl. Decker 2006: 17). Ihre Zentralität zeigt sich deutlich darin, dass die betreffende Partei stets mit dieser Person assoziiert wird. So wird beispielsweise die FN mit ihrem jahrelangen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen assoziiert, auch wenn dessen parteipolitische Karriere bereits beendet ist. Im Falle der *Norwegischen Fortschrittspartei* diente der Gründer Anders Lange ursprünglich sogar namensgebend (vgl. Taggart 1995: 41).

Die Folge davon ist die „total symbiosis between the leader and the organizational identity“ (Panbianco 1988: 147). Die Parteivorsitzenden der rechtspopulistischen Parteien sind zur „personification of party“ (Eatwell 2005: 115) geworden. Um diesen Prozess zu erklären, der über die allgemeine, empirisch belegte Personalisierung in der Politik hinausgeht (vgl. ebd. 115), haben sich Forscher des ‚Charisma‘-Begriffs bedient. Charisma lässt sich in zwei Aspekte gliedern. Der erste Aspekt betrifft die persönlichen Eigenschaften des charismatischen Führers, der zweite seine Beziehung zu seinen Anhängern. Mithilfe seines Charismas möchte sich die Führungsperson von anderen Individuen, besonders von den Parteimitgliedern und Wählern, abheben. Denn Charisma meint eine „als außeralltäglich [...] geltende Qualität einer Persönlichkeit [...], um derentwillen sie

als [...] gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird“ (Weber 1976: 140). Durch seine persönlichen Eigenschaften wird der Führer als solcher bestätigt und legitimiert. Er ist aufgrund seiner außergewöhnlichen Qualitäten zum Führen ‚bestimmt‘, wobei Parallelen zur Religion deutlich werden, aus der Begriff und Konzept des Charismas ursprünglich kommen (vgl. Schmidt 2010: 148). Das determiniert die Beziehung zwischen Führer und Anhängern, die nicht über diese außergewöhnlichen Qualitäten verfügen. Das heißt, dass sich aus persönlichen Eigenschaften eine bestimmte Herrschaftsform ableiten lässt. Denn die charismatische Herrschaft gewinnt durch die Eigenschaften des Führers und die daraus resultierende Beziehung zu seinen Anhängern Legitimität (vgl. Taggart 2000: 101).

Rechtspopulistische Parteivorsitzende haben aufgrund ihrer „predisposition towards political and institutional simplicity and directness“ (ebd. 102) eine Vorliebe für die charismatische Führung ihrer Parteien. Jedoch handelt es sich bei rechtspopulistischen Parteien nicht um charismatische Parteien.⁹ Der Unterschied zwischen charismatischen Parteien und rechtspopulistischen Parteien schlägt sich darin nieder, dass die Vorsitzenden der rechtspopulistischen Parteien nur bestimmte Merkmale charismatischer Herrschaft aufgreifen. Im Folgenden werden nur diejenigen Merkmale skizziert, die für rechtspopulistische Parteien relevant sind. Da die Art, ein rechtspopulistischer Parteivorsitzender die Partei führt, mit der charismatischen Herrschaft vergleichbar aber nicht gleichzusetzen ist, wird in dieser Arbeit der Begriff ‚charismatische Führung‘, anstelle des Begriffs ‚charismatische Herrschaft‘ verwendet. Gegenstand der folgenden Ausführung ist die persönliche Eigenschaft, die die rechtspopulistischen Parteivorsitzenden zu charismatischen Führern macht. Im Anschluss daran werden die Merkmale der charismatischen Führung, die auf jener Eigenschaft aufbauen, erörtert.

2.2.2.1.1 Charismatischer Parteivorsitzender

Die charismatische Führung unterscheidet sich durch ihren persönlichen Charakter von anderen Herrschaftsformen (vgl. Weber 1976: 124). Der Prämisse der Weberschen Charisma-Konzeption folgend basiert die Macht eines *charismatischen Parteivorsitzenden*

⁹ Die Merkmale einer charismatischen Partei finden sich beispielsweise bei Panebianco (1988: 145-147). Der entscheidende Unterschied zwischen dem Führer einer charismatischen Partei und dem Vorsitzenden einer rechtspopulistischen Partei ist die Radikalität seines politischen Programms. Das Programm einer charismatischen Partei zielt auf eine revolutionäre Veränderung des politischen Status Quo, die in der „Zerstörung der bestehenden Ordnung und der Installation der neuen, besseren Ordnung“ (Pappas 2012: 375) besteht. Auch wenn die rechtspopulistischen Parteivorsitzenden ihr politisches System mitunter scharf kritisieren, bezieht sich ihre Kritik doch in erster Linie auf bestimmte Elemente der Demokratie, nicht auf die Demokratie *per se*. Sie kritisieren deren repräsentativen Charakter und den pluralistischen Interessenausgleich (vgl. Taggart 2000: 66f.).

auf seinen besonderen Fähigkeiten. Durch diese verleiht er der Partei Legitimität und Geschlossenheit, die für Wählerzuspruch unabdingbar sind. Außerdem befähigen seine charismatischen Eigenschaften den Leader zur Führung und Kontrolle der Partei. Er dient als „central point of reference for the supporters“ (Betz 2002: 210), was seine starke Stellung gegenüber den Parteimitgliedern legitimiert. Es ist die Spannung zwischen der Außergewöhnlichkeit des Vorsitzenden und der propagierten Gewöhnlichkeit des Volkes, die die Führungsstruktur der rechtspopulistischen Parteien zunächst paradox erscheinen lässt (vgl. Taggart 2000: 103). Tatsächlich bietet diese Spannung aber die Grundlage für die charismatische Führung. Welche Eigenschaften sind es aber genau, die den Vorsitzenden einer rechtspopulistischen Partei von den Vorsitzenden anderer Parteien unterscheidet? Wie äußert sich die „als außeralltäglich [...] geltende Qualität“ (Weber 1976: 140), die den charismatischen Parteivorsitzenden von den Parteimitgliedern unterscheidet?

Die rechtspopulistischen Parteien Westeuropas zeichnen sich alle durch die Rückbindung ihres politischen Programms an ihren Parteivorsitzenden aus. In diesem Zusammenhang ist argumentiert worden, dass die betreffenden Parteien zur Umsetzung des politischen Programms ihres Parteivorsitzenden gegründet worden seien (vgl. Pappas 2012: 377). Das gilt jedoch nur für einige der rechtspopulistischen Parteien. Während manche von ihrem Vorsitzenden persönlich gegründet worden sind, wurden andere so umgestaltet, dass sie der Durchsetzung der politischen Ziele ihres Parteivorsitzenden dienen. Für den ersten Fall steht Jean-Marie Le Pen exemplarisch, der die FN als ein Zusammenschluss verschiedener kleinerer Gruppen gründete (vgl. Mudde 2007: 40). Die FPÖ existiert hingegen bereits seit 1956, entwickelte aber erst unter der Führung Jörg Haiders ein rechtspopulistisches Profil (vgl. ebd. 40).

Die charismatische Eigenschaft der rechtspopulistischen Parteivorsitzenden ist, dass sie das politische Programm der Partei mit ihrer Persönlichkeit verbinden. Sie nutzen ihre eigene Biographie um das politische Programm der Partei zu personalisieren (vgl. Eatwell 2005: 106). Dadurch werden sie zur „personification of party“ (ebd. 115). Dazu gibt es verschiedene Strategien. Einige verweisen auf ihre besondere Kennerschaft, denn viele rechtspopulistische Parteivorsitzende haben eine „(partei-)politische Vergangenheit“ (Decker 2004: 34). Sie implizieren durch den Verweis auf ihre politische Vergangenheit, dass ihnen die Welt der Politik nicht fremd sei, weshalb sie in der Lage seien, Missstände genauer zu identifizieren als die anderen Parteimitglieder. Anhand ihrer eigenen Biographie zeigen sie die vermeintlich schlechten Seiten des jeweiligen Systems auf. Daraus leiten sie die Notwendigkeit ab, dieses System zu verändern, worauf die Program-

matik der Partei aufbaut. Durch die Rückbindung des politischen Programms an seine Persönlichkeit wird der rechtspopulistische Parteivorsitzende der „einzige Agenda-Setter und frei in der Wahl von Zielen, Mitteln und Taktiken“ (Pappas 2012: 373).

2.2.2.1.2 Charismatische Führung

Charismatische Führung bedeutet zunächst nur, dass sie auf der Persönlichkeit des Führers beruht. Max Weber (1976: 124) hat die rationale, traditionelle und charismatische Herrschaft unterschieden. Im Gegensatz zur charismatischen ist die traditionelle Herrschaft „unpersönlich und berücksichtigt die Prinzipien des prozessualen Ausgleichs“ (Pappas 2012: 372). Die traditionelle Herrschaft ist typisch für etablierte Parteien, denn herkömmliche Parteivorsitzende erlangen ihre Legitimation durch Wahl; der rechtspopulistische Parteivorsitzende hingegen durch die Personalisierung des politischen Programms der Partei. Die Ausrichtung auf einen charismatischen Vorsitzenden stellt eine Steigerung der Personalisierungstendenzen der etablierten Parteien dar (vgl. Eatwell 2005: 116).

Da die Programmatik der Partei von ihrem Parteivorsitzenden personifiziert wird, hat er eine starke Machtbasis innerhalb der Partei. Die Macht des rechtspopulistischen Parteivorsitzenden manifestiert sich zunächst darin, dass er der Spitzenmandatsträger in *party in public office* und *party in central office* ist. Im Zusammenhang mit der analytischen Trennung der Parteigesichter sind bereits personelle Überschneidungen zwischen den Gesichtern und vor allem in der Führungsebene angesprochen worden (vgl. Katz/Mair 1992: 6). In den rechtspopulistischen Parteien ist eine solche Überschneidung nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die unitaristische Führung entspricht dem rechtspopulistischen Homogenitätspostulat, das besagt, dass die Gesellschaft eine homogene Gruppe ist, in der es keinen Meinungspluralismus gibt (vgl. Mudde 2004: 543). Da der Rechtspopulismus einen einheitlichen Volkswillen propagiert, muss sich die Homogenität auch in seiner Organisation widerspiegeln. Die zentralistische Führungsstruktur mit der Verschmelzung der Parteigesichter ist die Konsequenz des Homogenitätspostulats. So rechtfertigen die rechtspopulistischen Parteien ihre „highly personalized leadership structure“ (Taggart 2000: 87). Folgt man ihrer Argumentation repräsentiert der Parteivorsitzende die einheitliche Position der Parteimitglieder, die wiederum deckungsgleich mit dem Volkswillen ist. Der Parteivorsitzende repräsentiert die homogene „Stimme der Volkes“ (Decker 2004: 35). So werden die schmale Parteistruktur und die personellen Überschneidungen ideologisch gerechtfertigt. Es gibt jedoch noch einen strukturellen Grund für die reduktive Parteistruktur. Da es sich um kleine Parteien handelt (vgl. Mudde 2007:

268), wäre es aus struktureller Hinsicht schwierig die funktionelle Differenzierung der etablierten Parteien zu erreichen. Das erste Merkmal der charismatischen Führung ist folglich, dass der Parteivorsitzende der Spitzenmandatsträger in *party in public office* und *party in central office* ist.

Aufgrund seiner starken Machtbasis sieht sich der Parteivorsitzende dazu berechtigt, die absolute Loyalität der Mitglieder einzufordern. Der Zusammenhalt der Partei ist folglich den Loyalitätsbeziehungen zum Vorsitzenden geschuldet. Niemand kann ihn kritisieren und damit seine Loyalität in Frage stellen, ohne mit negativen Konsequenzen rechnen zu müssen (vgl. Panebianco 1988: 145). Da diese Loyalität entscheidend für den Parteivorsitzenden ist, wird ein hohes Maß an Disziplin und Konformität mit seinen Vorgaben verlangt (vgl. Mudde 2007: 268). Die Folge von Illoyalität ist der Ausschluss aus der Partei. Diese Person wird als Verräter verunglimpft und „added to the list of ‘enemies of the people’“ (Albertazzi/McDonnell 2008: 7). Darum ist das zweite Merkmal der internen Organisationsstruktur, dass Dissens mit den Vorgaben des Vorsitzenden zum Ausschluss des jeweiligen Parteimitglieds führt. Dissens wird darum nicht geduldet, weil nach der Argumentation der Rechtspopulisten fehlende Loyalität zum Vorsitzenden mit fehlender Loyalität zum Volk gleichzusetzen ist (vgl. ebd. 7).

Die Konzentration auf Loyalitätsbeziehungen zum Vorsitzenden hat praktische Gründe. Da die innerparteiliche Kohäsion vor allem für die Verhandlungsmacht kleiner Parteien essentiell ist, müssen interne Konflikte schnell gelöst werden (vgl. Mudde 2007: 265). Die integrative Kraft des charismatischen Vorsitzenden muss die Kohäsion der Partei sicherstellen. Dies ist vor allem im Hinblick auf Wahlen relevant, denn für Wähler ist es nicht rational „to vote for a political party whose behaviour undermines its effectiveness“ (Betz 2002: 210).

Die Konzentration auf die Loyalitätsbeziehungen zum Vorsitzenden hat eine weitere Folge für die Organisationsstruktur. Wer nicht mit diesen Vorgaben einverstanden ist, hat keine Möglichkeit in der Partei zu Einfluss zu gelangen, denn dieser wird durch „strict hierarchies“ (Mudde 2007: 268) reglementiert. Darum kann es nicht verwundern, dass für die Mitglieder der rechtspopulistischen Parteien vor allem die vertikale Beziehung zum Vorsitzenden relevant ist (vgl. Pasquino 2008: 24). Das Erreichen von Spitzenämtern in der *party in central office* und *party in public office* ist folglich von den persönlichen Beziehungen zum Parteivorsitzenden abhängig (vgl. Heinisch 2004: 252). Die Kandidatenselektion und Funktionärsselektion durch den Parteivorsitzenden ist somit das dritte Merkmal der charismatischen Führung.

Für die Organisation der Parteibürokratie bedeutet das, dass es keine transparenten Strukturen gibt, was das vierte Merkmal ist. Die Parteibürokratie wird „constantly redefined at the leader’s discretion” (Panebianco 1988: 146). Folglich ist Improvisation die “only real organizational rule“ (ebd. 146). Die Einschränkung der bürokratischen Strukturen stärkt nicht nur die Entscheidungsmacht des Parteivorsitzenden, sie ist auch in finanzieller Hinsicht erstrebenswert. Eine ausgedehnte Bürokratie ist teuer und wird darum von den Rechtspopulisten kritisiert und für ihre eigene Parteiorganisation abgelehnt.

Das fünfte und somit letzte Element der internen Organisationsstruktur dient dem Parteivorsitzenden zur Verteidigung seiner Macht. Er richtet sich gegen die Institutionalisierung der Organisation, was den „transfer of loyalties from the leader to the organization“ (ebd. 147) meint. Wäre es möglich die persönliche Loyalität in eine Loyalität zur Parteiorganisation umzuwandeln, dann wäre die Organisation institutionalisiert und könnte unabhängig vom Wirken des Vorsitzenden weiterbestehen. Eine solche Institutionalisierung wird zunächst durch den personengebundenen Charakter des Charismas erschwert. Da dieses Charisma im Laufe der Zeit an Anziehungskraft verliert, stellt sich selbstverständlich irgendwann die Frage der Nachfolge (vgl. Decker 2006: 18). Dadurch dass die Partei zentralistisch auf ein Individuum ausgerichtet ist, ist der Führungswechsel jedoch problematisch. Das wird dadurch erschwert, dass die rechtspopulistischen Vorsitzenden gegen eine Institutionalisierung der Partei sind, da diese ihre eigene Macht einschränken würde (vgl. Panebianco 1988: 147). Denn dadurch, dass der Populismus „prefers the simple solution of leadership itself over the complex process of politics to resolve problems“ (Taggart 2000: 103), gibt es keine institutionellen Vorkehrungen für einen eventuell nötig werdenden Wechsel der Führungsposition. Die Wahlen der Führung finden entweder gar nicht statt oder bieten keine wirklichen personellen Alternativen. Diese Wahlen könnten für den Fall, dass die Mitglieder mit dem Vorsitzenden nicht mehr einverstanden sind, das heißt, er sein Charisma verloren hat, einen demokratischen Wechsel herbeiführen. Die Konsequenz des Fehlens eines demokratischen Ventils ist, dass ein Führungswechsel entweder erzwungen wird oder falls er scheitert, eine Spaltung der Partei eintritt.

Das zweite Szenario ist im Fall der FN eingetreten. Sie hatte eine weitreichende Organisation bestehend aus unterschiedlichen Fraktionen und Gruppierungen mit bis zu 100 Parteiföderationen und 70.000 bis 80.000 Mitgliedern (vgl. Declair 1999: 159). Zusammengehalten wurde die Partei von der integrativen Kraft, die vom Charisma ihres Parteivorsitzenden Jean-Marie Le Pen ausging (vgl. Mudde 2007: 268). Als dessen Macht durch den Abgeordneten Bruno Mégret bedroht wurde, kam es zur Spaltung der Partei im

Jahr 1999 (vgl. Taggart 2000: 78). Daran wird deutlich wie wichtig eine zentrale Führungsfigur für die rechtspopulistischen Parteien ist. Wird die Machtstellung des Vorsitzenden in Frage gestellt, so ist die Spaltung der Partei eine häufige Konsequenz.

Dass das politische Ende ihres Vorsitzenden nicht das Parteiende bedeuten muss, hat die Geschichte der rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa gezeigt.¹⁰ Sie finden sich seit 30 Jahren in den nationalen Parteiensystemen vertreten und einige von ihnen haben das Ende der politischen Karriere oder den Tod ihrer Vorsitzenden überdauert wie beispielsweise FPÖ und FN. Der Fortbestand der Parteien war jedoch meist mit grundlegenden programmatischen Änderungen oder mit Abspaltungen verbunden. Das fünfte Merkmal charismatischer Führung ist darum die fehlende Möglichkeit einer Abwahl des Parteivorsitzenden, was wiederum ein Zeichen für die schwache Mitgliederorganisation der rechtspopulistischen Parteien ist, da die Wahl der Parteileitung eigentlich Aufgabe des Parteikongresses ist (vgl. Poguntke 1998: 165).

2.2.2.2 Kommunikation

Auch die kommunikativen Charakteristika rechtspopulistischer Parteien sind vor dem Hintergrund ihrer Parteienkritik einzuordnen, denn sie behaupten, dass die Parteien ihre Artikulationsfunktion eingebüßt haben. Mithilfe ihrer Kommunikation möchten sie unter Beweis stellen, dass sie die einzig wahren Vertreter des ‚Volkswillens‘ sind (vgl. Albertazzi/McDonnell 2008: 2). Darum zeichnet sich ihre Kommunikation durch einige Merkmale aus, die sie von der politischen Kommunikation anderer Parteien unterscheidet und im Folgenden erläutert werden.

2.2.2.2.1 Mediennutzung

Die Rechtspopulisten behaupten die Parteien hätten die absolute Kontrolle über die Medien. Sie stellen die Medien als Teil eines Kartells dar, das ihren Erfolg unterminieren und ihre Stellung als einzig wahre Vertreter des ‚Volkswillens‘ in Frage stellen will. Sie behaupten, dass sie durch negative mediale Berichterstattung benachteiligt würden. Diese „tactical attacks on the media“ (Mazzoleni 2008: 56) dienen dazu, Unterstützung bei denjenigen zu generieren, die sich von den Medien nicht repräsentiert fühlen.

Die Frage welche Rolle die Medien im Zusammenhang mit dem Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien haben, wurde auch in der Wissenschaft kontrovers diskutiert (vgl. ebd. 50-55). Der privilegierte Zugang von Regierungs- und Parlamentsparteien zu Medien lässt sich zwar nicht von der Hand weisen, die Art der Verflechtung von Medien und

¹⁰ Hierin unterscheiden sich die rechtspopulistischen Parteien von den rein charismatischen Parteien, die mit dem Verblässen des Charismas ihres Führers enden (vgl. Panebianco 1988: 147).

Politik divergiert jedoch stark von Land zu Land. Die Annahme, dass die Medien immer den politischen und sozialen Status Quo und damit die etablierten Parteien unterstützen, lässt sich aufgrund starker nationaler Unterschiede nicht verallgemeinern. Als Gemeinsamkeit ist lediglich die Tendenz zur Unterstützung des Status Quo in den etablierten „Mainstream“-Medien (Mazzoleni 2008: 51) im Gegensatz zu den Boulevard-Medien festgestellt worden. Dabei seien die Nachrichtenmagazine etablierter Medien oft „the mouthpieces of the ruling classes“ (ebd. 51). Darum ist argumentiert worden, dass diese Medien zur Verteidigung des Establishments und des Status Quo gegen die Rechtspopulisten kämpften, die als Bedrohung für die etablierten Parteien wahrgenommen werden (vgl. Mazzoleni 2003: 16). Andererseits werden Medien für Verbreitung von Unzufriedenheit mit der Politik in der Bevölkerung verantwortlich gemacht, die wiederum einen „fertile ground for populist sentiments“ (Mazzoleni 2008: 51) darstellt. Folglich ist die Rolle der Medien für Aufstieg und Erfolg rechtspopulistischer Parteien nicht eindeutig förderlich oder hinderlich. Das Zusammenspiel von Politik und Medien ist abhängig vom nationalen Kontext. Wie Medien auf Rechtspopulisten reagieren, variiert je nach nationalem Kontext, aber auch nach zyklischen Effekten (vgl. Stewart/Mazzoleni/Horsfield 2003: 218-224).

Dennoch gehen Rechtspopulisten von Parteilichkeit der Medien aus. Da mediale Aufmerksamkeit ein „essential requirement to gain and maintain political power“ (Mazzoleni 2003: 14) ist, sind sie jedoch auf mediale Aufmerksamkeit angewiesen. Durch bestimmte Kommunikationsstrategien versuchen rechtspopulistische Parteien mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Um die unterstellte Parteilichkeit der Medien zu umgehen, haben sich vier Strategien der *Mediennutzung* als dominant herauskristallisiert: die Fokussierung auf den charismatischen Vorsitzenden in der medialen Präsentation, die Pflege von direkten Kommunikationsformen, die Gründung von parteieigenen Medien und die Inszenierung medialer Events (vgl. Stewart/Mazzoleni/Horsfield 2003: 230).

In ihrer Kommunikation unterscheiden sich die rechtspopulistischen Parteien nicht nur von anderen Parteien, in der Personalisierung ähneln sie ihnen. Die charismatische Führung begünstigt diese Personalisierung. Da die interne Organisationsstruktur auf den charismatischen Parteivorsitzenden ausgerichtet ist, nimmt es nicht wunder, dass er auch in der medialen Präsentation die Hauptrolle einnimmt. Mit dieser Personalisierung gleichen die Rechtspopulisten nicht nur anderen Parteien, sie entsprechen außerdem einer herausstechenden Medienlogik. Die Medien haben größeres Interesse an persönlichen Geschichten als an „boring speeches or abstract issues presented in a bureaucratic style“ (Mazzoleni 2008: 53). Die charismatischen Parteivorsitzenden, die ihre Lebensgeschichte

zur Unterstreichung des politischen Programms der Partei nutzen, entsprechen folglich „the news media’s demand for the spectacular and emotional treatment of social reality, including political life” (Mazzoleni 2008: 53). Die Zentralität des Parteivorsitzenden in der Kommunikation der rechtspopulistischen Parteien ist folglich das erste Merkmal ihrer Mediennutzung. Der Grund dafür ist, dass durch die Fokussierung auf den Parteivorsitzenden Einigkeit demonstriert wird. Vor dem Hintergrund der Homogenität des Volkswillens erachten die Rechtspopulisten es als legitim, dass nur der Parteivorsitzende die Partei nach außen vertritt.

Das zweite Merkmal der Mediennutzung ist der Verzicht auf mediale Vermittlung. Sie schlägt sich in der Organisation von Treffen und Zusammenkünften, die als „pre-mediated forms of political communication“ (ebd. 56) die direkte Kommunikation zwischen Parteivorsitzenden und Parteimitgliedern und Wählern ermöglichen, nieder. Solche Versammlungen dienen dem Vorsitzenden dazu, sich seinen Anhängern ohne Intermediation zu präsentieren. Rechtspopulistische Parteivorsitzende nutzen derartige Versammlungen „to stand (and to be seen to stand) amongst ordinary people and to address their constituencies directly, often using language they would not use in the media“ (ebd. 56). Sie befinden sich folglich in ihrer bevorzugten Umgebung, müssen sich an keinerlei mediale Vorgaben orientieren oder ihre Sprache der *Political Correctness* anpassen. Dadurch dass sie inmitten einer Menge gewöhnlicher Bürger stattfindet, vermittelt diese Art von Versammlung erstens die Außergewöhnlichkeit des Parteivorsitzenden, der sich in hervorgehobener Position befindet, zweitens die Volksnähe, die zentral für den Rechtspopulismus ist.

Durch solche Versammlungen ist es den rechtspopulistischen Parteivorsitzenden einerseits möglich ihre politische Botschaft ohne Verzerrung zu übermitteln und ihr Image durch die Eigeninszenierung selbst zu kontrollieren. Andererseits senden sie so die Botschaft an die Medien, dass ihre Vermittlung nicht notwendig ist, sondern der direkte Kontakt zwischen rechtspopulistischen Parteivorsitzenden und ihren Mitgliedern und Wählern möglich ist. Insofern dienen solche Versammlungen nicht nur dem direkten Kontakt zu den Anhängern und der Stärkung der charismatischen Führung, sondern auch als Kommunikationsstrategie, die mediale Aufmerksamkeit schaffen soll. Diese Strategie wenden rechtspopulistische Parteien vor allem in den frühen Jahren ihres Bestehens an.

Die Gründung parteieigener Medien ist die dritte Strategie, die genutzt wird um die vermeintliche Parteilichkeit der Massenmedien zu umgehen. Sie stellt ein Rückgriff auf traditionelle Formen der politischen Kommunikation dar, denn parteieigene Zeitungen waren in der Zeit vor der Verbreitung der Massenmedien der Hauptkommunikationskanal

der Parteien (vgl. Krouwel 2006: 255). Wie das vorhergehende Merkmal baut auch dieses auf den gegenüber den Massenmedien herrschenden Vorurteilen auf. Das parteieigenen Medium dient dazu, die Weltsicht der Partei ungefiltert zu vermitteln.

Während die mediale Aufmerksamkeit allenfalls eine positive Randerscheinung der zweiten und dritten Mediennutzungsstrategien darstellt, ist sie das Hauptziel der vierten Medienstrategie: der Inszenierung medialer Events (vgl. Stewart/Mazzoleni/Horsfield 2003: 230). Damit sind „theatrical events, photo-opportunities, or [...] inflammatory statements“ (Mazzoleni 2008: 56) gemeint. Oberflächlich dienen solche Events der Einführung kontroverser Themen in den öffentlichen Diskurs. Primäres Ziel dieser Strategie ist allerdings Aufmerksamkeit zu erreichen. Rechtspopulisten möchten damit ihre „ability to make headlines and appear on breaking news“ (ebd. 56) unter Beweis stellen. Ein weiteres Ziel dieser Strategie ist es den Eindruck eines permanenten Wahlkampfes zu erwecken, dessen Ziel wiederum die volle Mobilisierung ist (vgl. ebd. 56). Die Dauerkonfrontation der Rechtspopulisten, die sich mithilfe der medialen Events pflegen, dient der dauerhaften Mobilisierung von Anhängern. Durch den konfrontativen Stil versuchen sie sich abermals von anderen Parteien abzusetzen. Den Kartellparteien dient Konfrontation hauptsächlich zu Wahlkampfzeiten, da sie die Zusammenarbeit prinzipiell der Konfrontation vorziehen (vgl. Katz/Mair 1995: 19).

Trotz dieser Strategien, mit deren Hilfe die Rechtspopulisten mediale Aufmerksamkeit erreichen wollen, haben die Medien „the last word“ (Stewart/Mazzoleni/Horsfield 2003: 232). Das heißt in dem Maße, in dem die rechtspopulistischen Parteien den medialen Anforderungen entsprechen, verlieren sie die Fähigkeit ihr Image selbst zu kontrollieren (vgl. ebd. 232).

2.2.2.2 Sprache

Zur Bestimmung der kommunikativen Charakteristika der rechtspopulistischen Parteien genügt es nicht sich auf deren Mediennutzung zu beschränken. Darum wird nun auf die kommunikative Vermittlung dieser Inhalte, die *Sprache* der Rechtspopulisten eingegangen. Zur Charakterisierung der Sprache von Rechtspopulisten wurden verschiedene Stilmittel identifiziert: Die Imitation eines „`man in the streets` communication style“ (Albertazzi/McDonnell 2008: 2), der Rückgriff auf *common sense*-Argumente, die eine einfache Lösung für komplexe Probleme suggerieren, die Nutzung von Gewaltmetaphern, die der Provokation dienen, und die Ablehnung der *Political Correctness* (vgl. Decker 2004: 35f.). Diese Stilmittel finden sich zwar in den Diskursen der rechtspopulistischen Parteien wieder, deren Analyse wäre jedoch wenig aufschlussreich für die Cha-

rakterisierung der rechtspopulistischen Sprache. Aufschlussreich ist nur ein sprachliches Muster beziehungsweise eine sprachliche Strategie, die die Rechtspopulisten anwenden, nicht ein einzelnes oder eine Menge von zusammenhanglosen Stilmitteln.

Denn es gibt ein Sprachmuster, das sich im Vergleich der rechtspopulistischen Parteien als dominant herauskristallisiert hat: die Gegenüberstellung einer *Wir*- und einer *Sie*-Gruppe, auch In- und Outgruppe genannt (vgl. Wodak 2005: 121). Die Konstruktion zweier in sich homogener, aber einander gegensätzlicher Gruppen ist nicht nur ein typisches Merkmal eines Diskurses, der überzeugen will (vgl. ebd. 121), sie entspricht darüber hinaus der rechtspopulistischen Ideologie. Denn diese zeichnet sich dadurch aus, dass sie dem guten Volk eine böse Elite gegenüberstellt. Beiden Gruppen wird darüber hinaus die Eigenschaft zugeschrieben in sich homogen zu sein (vgl. Mudde 2004: 543). Ein derartiger Abgrenzungsmechanismus liegt auch der Konstruktion einer Nation zugrunde. Denn Identität wird mithilfe von Abgrenzung nach außen konstruiert. So wird auch die Nation über bestimmte Eigenschaften definiert, die sie von anderen Gruppen unterscheidet. In einer solchen Gegenüberstellung besteht auch die Konstruktion von In- und Outgruppe.

Dabei ist es wichtig zu betonen, dass es sich bei In- und Outgruppe um soziale Konstruktionen handelt (vgl. Mudde 2007: 65). Da sie konstruiert sind, bauen sie auf eine subjektive Basis auf. Das hat zur Folge, dass auch wenn sie sich auf tatsächlich existierende Gruppen beziehen, ihre Eigenschaften immer stereotype Konstruktionen bleiben; das gilt sowohl für die In- als auch für die Outgruppe (vgl. ebd. 65). Die Sprache der Rechtspopulisten zeichnet sich folglich durch eine Freund-Feind-Kategorisierung aus (vgl. Eatwell 2005: 106), die beiden Gruppen jeweils ausschließlich gute oder schlechte Eigenschaften zuschreibt.

Die Konstruktion von In- und Outgruppe dient zwei Mechanismen. Die Konstruktion der Ingruppe dient maßgeblich der „leader-follower identity“ (ebd. 106). Die Konstruktion der Outgruppe dient dem Heraufbeschwören einer Bedrohungssituation.

Das Personalpronomen *Wir* impliziert, dass Sprecher und Angesprochene eine Gruppe bilden. Mit der Konstruktion einer Ingruppe drückt der Parteivorsitzende seine Zugehörigkeit zu dieser Gruppe aus. Dadurch macht er sich zu einem Teil der Angesprochenen und schafft ein Gemeinschaftsgefühl. In der Beschreibung der Eigenschaften der Ingruppe bleiben die rechtspopulistischen Parteivorsitzenden meist vage. Damit sprechen sie zwar die Nation an, diese wird aber *ex negativo*, das heißt „as the mirror image of the outgroups and their alleged characteristics“ (Mudde 2007: 64), beschrieben.

Denn die Konstruktion der Ingruppe wird durch eine starke, sprachlich konstruierte Abgrenzung nach außen ergänzt. Wer zu dieser Outgruppe gehört und welche deren Charakteristika sind, machen die Rechtspopulisten sehr deutlich (vgl. Mudde 2007: 64). Damit sind alle die Personengruppen gemeint, die die Rechtspopulisten als Bedrohung für die Nation auffassen. Um die Bedrohungssituation zu konstruieren wird diese Outgruppe mit ausschließlich schlechten Eigenschaften beschrieben. Da die Sprache der Rechtspopulisten sich sehr radikal von der *Political Correctness* abheben will (vgl. Decker 2004: 35), wird der Gegner nicht einfach als Gegner dargestellt, sondern als Feind, von dem eine Bedrohung ausgeht.

Auf der Basis der Bedrohungssituation konstruieren sich die rechtspopulistischen Parteivorsitzenden als Retter mit der Mission, die Nation vor der Bedrohung durch die Outgruppe zu bewahren (vgl. Eatwell 2005: 106). Die Konstruktion einer Bedrohungssituation ist dafür eine unverzichtbare Voraussetzung, weil sie nur mit deren Hilfe suggerieren können, dass sie zur Verteidigung der Nation bereit sind, sich in die verhasste Welt der Berufspolitiker zu begeben und selbst zu einem von ihnen zu werden. Das heißt rechtspopulistische Parteivorsitzende stellen ihr politisches Engagement als eine Notwendigkeit dar, der sie nachkommen müssen um der Nation, die durch korrupte und allein am Eigeninteresse orientierte Politiker ihrer Stimme beraubt worden sei, wieder eine Stimme zu verleihen (vgl. Taggart 2000: 93). Mithilfe dieses missionarischen Charakters gelingt es dem Parteivorsitzenden eine emotionale Beziehung zu seinen Anhängern aufzubauen, die wiederum die Grundlage für die charismatische Führung schafft (vgl. Pappas 2012: 378).

Durch die Betonung ihrer Andersartigkeit wollen Rechtspopulisten den Widerspruch überbrücken, der zwischen der Ablehnung von Berufspolitikern und ihrer Beschäftigung als solcher besteht. Sie rechtfertigen ihr politisches Engagement, in dem sie sich vom herkömmlichen Politikertyp abzusetzen versuchen. Das bewirken sie, indem sie betonen, dass sie nicht zur Verwirklichung persönlicher, politischer Ambitionen und Machtbestrebungen politisch Aktive geworden seien, sondern aufgrund ihrer Mission das Volk vor der vermeintlichen Bedrohung zu retten (vgl. Zaslove 2008: 323). Dadurch geben sie vor, dass ihre Motivation rein altruistisch und ihr politisches Engagement uneigennützig sei.

3 Rechtspopulismus in Italien

3.1 Rechtspopulismus – eine Tradition in Italien?

In Westeuropa entstanden die ersten rechtspopulistischen Parteien in den 1970/80er Jahren. Seitdem hat der Rechtspopulismus derart an Einfluss gewonnen, dass Experten nicht

nur eine „programmatic contagion“ (Rooduijn/de Lange/van der Brug 2012: 1) konstatieren, sondern sogar von einem „populist *Zeitgeist*“¹¹ (Mudde 2004) ausgehen. Doch während in den meisten Ländern die Entstehung rechtspopulistischer Parteien einen Gegensatz zu der Nachkriegszeit darstellt (vgl. Zaslove 2008: 319), handelt es sich in Italien um ein Phänomen, das seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich Bestand hat. Denn hier bildete sich die erste rechtspopulistische Partei in den letzten Jahren des Krieges: die *Fronte dell'Uomo qualunque*¹² (FUQ). Seit der Entstehung der FUQ waren rechtspopulistische Parteien immer wieder Bestandteil des italienischen Parteiensystems. Diese Kontinuität manifestiert sich in Einschätzungen, die Italien ein starkes „populist potential“ (Tarchi 2002: 122) attestieren. Demnach sei Italien ein „country of many populisms“ (Tarchi 2008: 84) und ein „Laboratorium des Populismus“ (Tarchi 2003: 7).

Im Folgenden sollen die historischen und aktuellen rechtspopulistischen Parteien kurz vor dem Hintergrund des theoretischen Modells skizziert werden. Die erste rechtspopulistische Partei *Fronte dell'Uomo qualunque* (FUQ) entstand Ende 1944 aus der homonymen Zeitschrift, die die wachsende Unzufriedenheit der Italiener gegenüber dem faschistischen Regime thematisierte (vgl. Tarchi 2002: 121). Herausgeber der Zeitschrift und Gründer der Partei war der neapolitanische Journalist Guglielmo Giannini. Die FUQ gewann bei den Wahlen 1946 30 Sitze in der verfassungsgebenden Versammlung und wurde in Süditalien stärkste Partei (vgl. Setta 1995: 371). Obwohl sie bereits 1948 zerfiel, lassen sich starke Parallelen zu den heutigen Rechtspopulisten nachweisen. Sie wird sogar als „prototype of contemporary European populism“ (Tarchi 2002: 121) bezeichnet.

Die Programmatik des FUQ baute auf den Vertrauensverlust auf, den Italiens politische Elite in den Kriegsjahren erfahren hatte (vgl. Tarchi 2008: 86). Demnach sollten die Berufspolitiker „bekämpft und eliminiert [werden] wie tödliche Krankheiten“ (Tarchi 2003: 82). Damit belebte er den „Gegensatz zwischen politischer Klasse (paese legale) und den breiten Massen (paese reale)“ (Fix 1990: 70) wieder, dessen Entstehung bis in die Zeit der Vereinigung Italiens im Jahr 1861 zurückreicht.

Während Anti-Establishment-Positionen auch Teil des zeitgenössischen Rechtspopulismus sind, gingen die Anti-System-Positionen der FUQ in ihrer Radikalität über das heute übliche Maß hinaus. Denn gemäß Gianninis Meinung gibt es keinen Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie. Die Wahlen seien nicht mehr als ein sinnloser Ritus, so würde die Auslosung der Repräsentanten qualifiziertere Kandidaten hervorbringen (vgl.

¹¹ Kursivdruck im Original.

¹² Dt. die Front des gemeinen Mannes.

Tarchi 2003: 83). Trotz der Radikalität dieser Aussage strebt die FUQ nicht das Ziel an die Demokratie abzuschaffen, sondern eine Verbesserung innerhalb des demokratischen Rahmens herbeizuführen (vgl. Tarchi 2002: 123). Denn hinter der Aussage steht die Überzeugung, dass jeder Bürger in der Lage sei die Aufgaben eines Politikers zu bewältigen, denn zum Regieren brauche es „nicht mehr als eine ausreichende Dosis guten Menschenverstands“ (Tarchi 2003: 83). Das unterstreicht die Vorstellung Politik sei kein komplexer Vorgang, sondern eine einfache Tätigkeit, der Laien problemlos nachgehen könnten. In dieser Konzeption ist auch der Staat lediglich ein „Werkzeug zur ‚Verwaltung der Gemeinschaft‘“ (ebd. 83). Diese liberale Staatsauffassung ist zwar ein Kennzeichen der politischen Rechten, die FUQ unterscheidet sich aber im Hinblick auf ihre Volkskonzeption von den Rechtspopulisten, denn der Nationalismus wird abgelehnt (vgl. ebd. 83).

Im Bezug auf den Umgang mit Nationalismus lässt sich aber auch eine Parallele zu den heutigen Rechtspopulisten verdeutlichen. Denn die Ablehnung des Nationalismus ist Gianninis Biographie geschuldet, was die Bindung der Programmatik der FUQ an seinen Parteivorsitzenden verdeutlicht (vgl. ebd. 83).

Giannini nutzte seine „media savvy“ (Mazzoleni 2008: 49), denn als Herausgeber der Zeitschrift bediente er sich im Wahlkampf ihrer Botschaften, Slogans und Bilder (vgl. Tarchi 2003: 80). Die Zeitschrift stellt ein wichtiges Mittel der politischen Kommunikation des FUQ dar und ist im Sinne der direkten Kommunikationsform in den Rahmen der medialen Strategien der heutigen Rechtspopulisten einzuordnen. Die Aussagekraft dieser Parallele ist jedoch beschränkt, da die mediale Landschaft in den 1940er Jahren nicht mit der heutigen vergleichbar ist.

Sehr gut vergleichbar ist jedoch die Sprache Guglielmo Gianninis mit der heutiger Rechtspopulisten. Die Konstruktion von In- und Outgruppe, in der der politische Gegner dämonisiert wird, kann anhand der Aussage, Berufspolitiker seien wie tödliche Krankheiten zu bekämpfen, illustriert werden (vgl. ebd. 82). Den ‚bösen‘ Berufspolitikern wird der gemeine Mann als positives Gegenbild gegenübergestellt, dessen einziges Anliegen es sei „to be ‚left in peace‘“ (Tarchi 2002: 122). Darüber hinaus begründet er sein politisches Engagement mit einem missionarischen Selbstverständnis, denn er betont, er habe die Partei aufgrund der „Schmerzensschreien, die [ihm] seine Leser zu Tausenden aus dem ganzen Land“ (Tarchi 2003: 85) übermittelten, gegründet.

Auch hinsichtlich des Endes der FUQ lassen sich Parallelen zu den modernen rechtspopulistischen Parteien darstellen. Denn die Partei zerfiel, nachdem ein Großteil der Parlamentarier dem Parteivorsitzenden die Loyalität verweigerte. Die Partei war nicht institu-

tionalisiert, da sie allein auf der kohäsiven Kraft eines charismatischen Parteivorsitzenden aufbaute. Als diese verloren ging, kam es zum Zerfall der Partei. Wird die Loyalität in Frage gestellt, ist auch das Ende der Partei wahrscheinlich (vgl. Panebianco 1988: 147).

Mitverantwortlich für dieses Ende war das Parteimitglied Achille Lauro, der die Fraktion zur Opposition gegen Gianninis Vorgabe ermuntert hatte (vgl. Tarchi 2003: 96). Nach seinen Anfängen in der FUQ gründete der Rechtspopulist Lauro im Jahre 1954 die *Partito Monarchico Popolare* (PMP). Seit 1952 war Lauro Bürgermeister der Stadt Neapel. Die Elitenkritik Lauros deckt sich mit der der zeitgenössischen Rechtspopulisten. Seine Volkskonzeption bezog sich auf die Süditaliener. In einer horizontalen Abgrenzung stellte er die arme Bevölkerung Süditaliens der Regierung in Rom gegenüber. Er drückte das Bedürfnis der Süditaliener nach „Rache an einer Regierung [aus], von der sie sich seit der Zeit der italienischen Einigung gedemütigt und vernachlässigt fühlen“ (ebd. 96). Hierin werden auch Positionen gegen das politische System und vor allem gegen den Zentralstaat deutlich.

Nach seiner Wiederwahl als Bürgermeister Neapels 1956 versuchte Lauro seinen Einfluss über die Grenzen Neapels auszuweiten. Wie die heutigen Rechtspopulisten wollte er die Medien zu seinen Zwecken zu nutzen, was angesichts der rudimentären Entwicklung der italienischen Medienlandschaft der 1950er Jahre erstaunlich ist. Als er dank eines „amerikanischen Wahlkampfes“ (ebd. 98) auch ehemals kommunistisch dominierte Gebiete für die PMP gewann, nahmen die politischen Gegner ihn jedoch als Bedrohung wahr. Die im Folgenden eingeleiteten Ermittlungen in Neapel führten zur Absetzung Lauros und bedeuteten das Ende seiner Ambitionen auf nationaler Ebene zu politischem Einfluss zu gelangen. Seine offene Missachtung der Institutionen und administrativen Regeln, die an den Rechtspopulismus Berlusconis erinnern, zwangen ihn zur Amtsaufgabe. Die Tatsache, dass die Missachtung repräsentativ-demokratischer Normen mit der Rechtfertigung betrieben wurde, nur das Beste für die arme Bevölkerung zu wollen (vgl. ebd. 99), stellt jedoch eine Parallele zu den heutigen Rechtspopulisten dar, für die das ‚Wohl des Volkes‘ als ultimative Rechtfertigungsquelle fungiert.

Das italienische Parteiensystem zwischen dem Zweiten Weltkrieg und Anfang der 1990er Jahre war von der Dominanz einer starken christdemokratischen Partei geprägt (vgl. Köppl 2007: 52). Eine Folge davon war, dass „immer die selben Parteien regierten und es an einem Wechselspiel von Opposition und Regierung fehlte“ (ebd. 65). Diese

Fehlbildung wurde *partitocrazia*¹³ genannt (vgl. Köppl 2007: 65). Der Begriff ‚*partitocrazia*‘ wurde zum Sinnbild für Entfremdung zwischen Bürger und Politiker, da diese Parteienherrschaft ein manifester Ausdruck für mangelnde Demokratie¹⁴ war. Als Anfang der 1990er Jahre neben verschiedenen externen und internen Faktoren¹⁵ ein Korruptionsskandal zum Zusammenbruch des bestehenden Parteiensystems führte, erlebten rechtspopulistische Parteien einen Aufschwung. Denn diese „fast beispiellose Transformation“ (Zohlhöfer 2006: 284) hatte für die Chancen des Rechtspopulismus dreierlei zur Folge. Erstens entstand durch den Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems ein machtpolitisches Vakuum, was für die Entstehung neuer Parteien relevant war (vgl. Lucardie 2000: 180). Zweitens legte die Aufdeckung der Bestechungsfälle ein Korruptionssystem offen, in dem die Parteien die Hauptakteure waren (vgl. Zohlhöfer 2006: 285), wodurch die typische rechtspopulistische Kritik an der politischen Elite bestätigt wurde. Drittens erlangte die ohnehin geringe Zustimmung für die Demokratie ein historisches Tief (vgl. Morlino/Tarchi 1996: 49). Dadurch wurden Forderungen nach institutionellen Reformen laut. Angesichts dieses günstigen Nährbodens überrascht es nicht, dass die neu entstandenen Parteien durch Anti-Elitismus geprägt waren (vgl. Taggart 2000: 81).

Die einzige Partei, die aus dem alten Parteiensystem bestehen blieb, war die Partei *Movimento Sociale Italiano*, die sich 1995 in *Alleanza Nazionale* (MSI-AN) umbenannte. Eine rechtspopulistische Programmatik wurde vor allem im Bezug auf den Zusammenbruch des Parteiensystems, aufgegriffen. Dadurch dass die MSI/AN nicht in Korruptionsskandale verwickelt und faktisch von der *partitocrazia* ausgeschlossen war, zerfiel sie nicht wie die anderen Parteien, sondern profitierte von deren Ende. Denn sie nutzte es um sich als neue politische Kraft zu stilisieren, die es schaffen könne, Italien von der alten korrupten Elite zu befreien (vgl. Ruzza/Fella 2009: 162). Die Partei brachte sich in die Diskussion um eine neue Verfassung ein und schlug ein Modell vor, das neben direktdemokratischen Maßnahmen auch die Einführung eines präsidentiellen Systems vorsah (vgl. ebd. 162). Der Rechtspopulismus war für die Partei allerdings nur in der Zeit des Zusammenbruchs des alten Parteiensystems relevant. Empirische Studien haben gezeigt, dass die rechtspopulistischen Ausrichtung der AN Mitte der 1990er Jahre zurückging, um bis 2006 komplett zu verschwinden (vgl. ebd. 166f.). Der Grund dafür liegt auch in der zunehmenden Konkurrenz im rechtspopulistischen Bereich. Denn zwei neue politische

¹³ Dt. Herrschaft der Parteien.

¹⁴ Zur Erläuterung siehe Köppl 2007: 66.

¹⁵ Für einen guten Überblick über die relevanten Faktoren siehe Newell 2010: 31-39.

Parteien mit eindeutig rechtspopulistischem Charakter entstanden in der Zeit des Zusammenbruchs des italienischen Parteiensystems: *Lega Nord* und *Forza Italia*.

Die erste der neuen rechtspopulistischen Parteien, die *Lega Nord* (LN), entstand bereits Ende der 1980er Jahre und wurde zu einem der Hauptinterpreten der Unzufriedenheit der Italiener (vgl. Ruzza/Fella 2009: 64). Als neue Partei war sie nicht nur frei von Korruptionsfällen, sondern hatte mit ihrem Fokus auf Norditalien eine Vision zur grundlegenden Veränderung des italienischen Zentralstaates (vgl. ebd. 64f.). Zentrale Kennzeichen der Programmatik der LN waren Anti-Establishment-Positionen. Unter dem Slogan ‚*Roma ladrona*‘¹⁶ griff die *Lega* jedoch nicht nur die in Rom sitzende politische Elite an, sondern auch den Zentralstaat (vgl. Tarchi 2008: 87). Der Widerstand gegen den Zentralstaat wurde dieses Mal von der Perspektive der Norditaliener geprägt, womit „the *Lega* reopened a centre-periphery cleavage which the formation of the unitary state had never completely sealed“ (ebd. 87). Wirklich neu ist in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass die Norditaliener benachteiligt seien. Denn die *Lega* baute ihre Abwehrhaltung gegenüber den Süditalienern auf den Befürchtungen der Norditaliener auf, den Anschluss an die globalisierte Weltwirtschaft zu verlieren, weil sie den unterentwickelten Süden mitfinanzieren müssten (vgl. ebd. 91). Im Laufe der dreißigjährigen Geschichte der *Lega* wurde dieses Thema immer wieder aufgegriffen. Nach einer anfänglich moderaten Strategie, die eine föderale Staatsstruktur zum Ziel hatte, strebte die *Lega* die Sezession des Nordens und die politische Unabhängigkeit der Region Padanien an (vgl. ebd. 91). Diese Radikalisierung war der verstärkten Konkurrenz im rechtspopulistischen Spektrum durch den Eintritt Berlusconis in die Politik geschuldet (vgl. Taggart 2000: 82).

Nach dem Ende der secessionistischen Phase verlagerten sich die Kritik der LN vom Zentralstaat und der Dominanz Roms auf die Ineffizienz und Dominanz von supranationalen Institutionen wie EU, Finanzwelt und Großkonzernen. Außerdem verschob sich der Fokus auf die Ablehnung von Minderheiten. Während die Süditaliener weniger scharf kritisiert werden, werden afrikanische Immigranten und der Islam als Bedrohung für die Gesellschaft konstruiert (vgl. Tarchi 2008: 91). Trotz des programmatischen Wechsels der letzten Jahre hat die LN starke Züge einer rechtspopulistischen Partei. Das gilt auch für die organisatorische Komponente, denn die Partei unterliegt der charismatischen Führung Umberto Bossis (vgl. Tarchi 2003: 144). Trotz starker Übereinstimmungen mit dem Analyseraster ist die *Lega Nord* kein Prototyp einer rechtspopulistischen Partei (vgl.

¹⁶ Dt. Rom, die große Diebin.

Mudde 2007: 56). Denn der Bezugspunkt ihres Volksbegriffes ist nicht die Nation, sondern die Region, was sie von den typischen Rechtspopulisten unterscheidet.

Jüngste Ausprägung der rechtspopulistischen Tradition Italiens ist die *Forza Italia* beziehungsweise *Popolo della libertà*. Sie wurde Anfang 1994 auf Silvio Berlusconis Initiative hin gegründet und bestand zunächst hauptsächlich aus Mitarbeitern seiner Aktiengesellschaft *Fininvest* (vgl. Maraffi 1995: 249). Es bestand kein Zweifel daran, dass die Partei direkt von Berlusconi abhängt, weshalb sie auch als „personal party“ (Tarchi 2008: 92) eingestuft wurde. Berlusconi persönlich erklärte im TV seine Motivation in die italienische Politik einzutreten und präsentierte die Partei als:

„Organisation von Wählern und Wählerinnen, die komplett neu ist, nicht die n-te Partei oder Fraktion, die entstehen um zu spalten, aber eine Kraft, die mit der gegenteiligen Intention entsteht: mit dem Ziel zu vereinen, um Italien endlich eine Mehrheit und eine Regierung zu geben, die sich auf der Höhe der tief empfundenen Bedürfnisse des gemeinen Mannes befindet“¹⁷ (Berlusconi 1994).

In dieser Erklärung zeichnen sich bereits zentrale Programmpunkte der *Forza Italia* wie Neoliberalismus, die Abwehr von Parteien und „politischen Karrieristen ohne Beruf“ (ebd.) ab. Diese Programmpunkte sind in Kombination mit Berlusconis starker Stellung innerhalb der Partei die wichtigsten Elemente des Rechtspopulismus der FI. Die Partei hat im Laufe ihres zwanzigjährigen Bestehens programmatische und organisatorische Veränderungen vollzogen. Dennoch ist sie die wichtigste rechtspopulistische Partei Italiens. Ob der rechtspopulistische Charakter der Partei hauptsächlich Berlusconi geschuldet ist (vgl. Fella/Ruzza 2013: 42) oder sich auch in anderen Elementen widerspiegelt, ist für diese Arbeit nur sekundär. Es steht jedoch schon jetzt fest, dass FI/PDL und ihr Vorsitzender Berlusconi eine weitere Ausdrucksform des italienischen Rechtspopulismus sind. Da sie im Gegensatz zur *Lega* eine nationale Partei darstellt, dient sie in der empirischen Analyse als Vergleichspunkt zum *MoVimento 5 Stelle*.

3.2 MoVimento 5 Stelle – Neueste Form des italienischen Rechtspopulismus?

Seit Anfang der 1990er Jahre befindet sich das italienische Parteiensystem in ständigem Wandel (vgl. Zohlnhöfer 2006: 284). Das höchste Maß an Kontinuität findet sich im rechten politischen Spektrum, genauer gesagt bei den rechtspopulistischen Parteien. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass sich mit dem *MoVimento 5 Stelle* eine neue politische Partei entwickelt hat, die starke Parallelen zu diesen Parteien aufweist. Bevor die Frage, ob das M5S eine rechtspopulistische Partei ist, mithilfe einer empirischen Analyse der Programmatik und Organisation beantwortet wird, werden zunächst ihre

¹⁷ Transkription und Übersetzung von der Verfasserin.

Entwicklungsschritte dargestellt. Im Anschluss daran folgt die Diskussion des Forschungsstands, auf dessen Basis die Hypothesen aufgestellt werden.

Die offensichtlichsten Parallelen zu den rechtspopulistischen Parteien bilden sich auf der organisatorischen Ebene ab. Mit Beppe Grillo hat das M5S eine Führungsfigur, die verantwortlich für die Entstehung sowie programmatische und organisatorische Ausrichtung der Partei ist. Als bekannter Komiker ist Grillo ein politischer Außenseiter, dennoch war der Übergang zum Politiker ein kontinuierlicher Prozess, der nicht erst mit der Gründung des Blogs *www.beppegrillo.it* im Jahre 2005 einsetzte (vgl. Vignati 2013: 29). Dieser Blog ist der „Ursprung und Siedekessel“ (Brandau 2013: 87) der Partei. Denn durch die Mediation des Blogs wurde es möglich, verschiedene politische Aktionen zu initiieren (vgl. Vignati 2013: 38). Dazu gehörten eine an den Präsidenten gerichtete E-Mail-Aktion zum Truppenabzug aus dem Irak und die Initiative *Parlamento Pulito*¹⁸, die verurteilte Parlamentarier zum Rücktritt zwingen sollte (vgl. Lanfrey 2011: 146).

Die im Hinblick auf die Entstehung der Partei wichtigste Entwicklung war jedoch die Gründung von lokalen Gruppen unter dem Namen *Amici di Beppe Grillo*¹⁹. Damit wurde der Übergang von einer rein webbasierten Diskussions- und Aktionsplattform zu einer territorial verbreiteten Organisation geschaffen. Zur Gründung lokaler Gruppen nutzte Grillo die Internetplattform *meetup.com*, die „es Menschen ermöglicht, Treffen im wirklichen Leben über das Internet zu organisieren“ (Brandau 2013: 51). Diese Gruppen, genannt *Meetups*, dienten zunächst dem Austausch von auf dem Blog publizierten Inhalten, agierten jedoch zunehmend autonom und initiierten gemeinsam politische Aktionen vor Ort. Eines der Hauptbetätigungsfelder der *Meetups* ist die Kontrolle von Lokalpolitikern beispielsweise durch die Übertragung von Sitzungen (vgl. ebd. 54). Die Mitglieder stellen einen „Informationsknotenpunkt“ (Lanfrey 2011: 157) dar, indem sie die verschiedenen online und offline gesammelten Informationen und Erfahrungen verarbeiten und verbreiten.

Der nächste wichtige Entwicklungsschritt zur Entstehung der Partei fand 2007 in Form des *V-Days*²⁰ statt. Der *V-Day* vom 8. September 2007 war die erste national organisierte Großaktion der *Meetups* und gilt als „*Coming-out* der Bewegung“²¹ (Brandau 2013: 62). An diesem Tag wurden über 330.000 Unterschriften für die Gesetzesinitiative

¹⁸ Dt. Sauberes Parlament.

¹⁹ Dt. Freunde Beppe Grillos.

²⁰ Vaffanculo-Day; dt. „Leck mich am Arsch“-Tag.

²¹ Kursivdruck im Original.

*Parlamento Pulito*²² gesammelt (vgl. Lanfrey 2011: 144). Die drei Punkte dieser Gesetzesinitiative waren (vgl. Grillo 2007):

- Verlust des passiven Wahlrechts für Verurteilte
- Beschränkung der Wählbarkeit von Parlamentariern auf zwei Legislaturperioden
- Direktwahl von Parlamentariern

Durch den *V-Day* erreichten die *Meetups* erstmals öffentliche Aufmerksamkeit, sodass im April 2008 der *V-Day 2* folgte, der sich gegen die öffentliche Finanzierung der Medien und Journalisten richtete (vgl. Natale 2013: 17). Für die Entwicklung zu einer politischen Partei war jedoch die Präsentation der ersten Bürgerlisten bei Wahlen das relevantere Ereignis (vgl. Brandau 2013: 71). Wieder präsentierte Grillo auf seinem Blog den Vorschlag zum Wahlantritt der Ortsgruppen, der Wahlergebnisse zwischen zwei und drei Prozent hervorbrachte (vgl. Natale 2013: 22). Trotz des geringen Wahlerfolges hatte der Wahlantritt entscheidende Konsequenzen für die weitere Entwicklung des M5S. Erstens waren nicht alle Aktivisten mit der Institutionalisierung der Organisation einverstanden, was zu Spaltungen führte (vgl. Brandau 2013: 71). Zweitens wurde durch die geringen Erfolge und erste Erfahrungen die Notwendigkeit einer stärkeren nationalen Verflechtung offensichtlich (vgl. Natale 2013: 18). Die beiden Schritte, die den Aufbau nationaler Strukturen einleiteten, waren die Präsentation eines gemeinsamen Symbols im Dezember 2008, das später das Parteisymbol wurde (vgl. Abb. 3.1), und die offizielle Gründung der Partei *MoVimento 5 Stelle* im Oktober 2009. Hiermit gingen die Präsentation des Programms und des Parteistatuts, des sogenannten *Non-Statuto*²³, einher.

Abbildung 3.1 Parteisymbol M5S²⁴



²² Dt. Sauberes Parlament.

²³ Dt. Nicht-Statut.

²⁴ Quelle: M5S 2013b; Das rote V im Wort *Movimento* erinnert an den V-Day (vgl. Brandau 2013: 73). Darunter stehen die fünf gelben Sterne für die Punkte: „Wasser, Umwelt, Energie, Transport und Konnektivität“ (Brandau 2013: 73), womit deren Zentralität für die Programmatik der Partei unterstrichen wird. Im unteren Teil des Symbols ist die Url der Internetpräsenz der Partei *beppegrillo.it* angegeben. Die Tatsache, dass die offizielle Internetpräsenz der Partei weiterhin den Namen Beppe Grillos trägt, gibt Aufschluss über dessen starke Stellung in der Organisation.

Zwischen diesen beiden Ereignissen lagen die erste bundesweite Versammlung in Florenz und Kommunalwahlen, zu deren Anlass 23 Abgeordnete der Bürgerlisten in Kommunalparlamente gewählt wurden (vgl. Brandau 2013: 74). Außerdem wurden bei den Europawahlen 2009 mit Luigi de Magistris und Sonia Alfano zwei dem M5S nahestehende Personen gewählt. Im Rahmen der Regionalwahlen 2010 trat das M5S zum ersten Mal als nationale Partei unter gemeinsamem Symbol an. Bei diesen Wahlen wurde sichtbar, dass es noch nicht die territoriale Ausweitung anderer Parteien erreicht hatte (vgl. Pinto/Vignati 2012: 733).

Dennoch stellt das Jahr 2012 im Hinblick auf Wählerzuspruch einen Wendepunkt dar. Mehr Ortsgruppen traten zu den Wahlen an und schafften auch den Einzug in Kommunalparlamente größerer Städte. Erstmals wurde ein M5S-Kandidat Bürgermeister einer Provinzhauptstadt (Parma). Bei Regionalwahlen im Herbst 2012 wurde das M5S stärkste Partei in Sizilien. Laut Bordignon und Ceccarini (2012: 808) manifestierte sich bei diesen Wahlen die herausragende Rolle des M5S in der nationalen Politik. Diese These gewinnt vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen im Jahr 2013 Evidenz. Mit 25,6% der Stimmen im Abgeordnetenhaus und 23,8% der Stimmen im Senat wurde das M5S stärkste beziehungsweise zweitstärkste Einzelpartei in den beiden Kammern des italienischen Parlaments (vgl. Ministero dell'Interno 2013).

3.2.1 Forschungsstand zum MoVimento 5 Stelle

Anhand der Entwicklung des M5S werden bereits erste Parallelen zu den rechtspopulistischen Parteien deutlich. Mit Beppe Grillo hat die Partei einen politischen Anführer, dessen Entscheidungen maßgeblich für die Entstehung der Partei waren und der weiterhin eine privilegierte Stellung innehat. Die Organisationsform unterscheidet sich von etablierten Parteien, wobei das Bekenntnis zu den Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder zentral ist. Dabei ist vor allem die Funktion des Internets relevant, mit dessen Hilfe sich auch die Kommunikation des M5S von der Kommunikation etablierter Parteien unterscheidet. Auch thematisch zeichnen sich mit den beiden *V-Days* Parallelen zur Anti-Establishment-Programmatik der Rechtspopulisten ab.

In der wissenschaftlichen Literatur findet die Betrachtung des *MoVimento 5 Stelle* unter dem Gesichtspunkt des Rechtspopulismus punktuell Beachtung. Zwar ist das Thema in vielen Publikationen zum M5S präsent, meist fokussieren die entsprechenden Forscher jedoch organisatorische Charakteristika wie die Zentralität Grillos und die Besonderheiten seiner Kommunikation. Dabei werden programmatische Aspekte außer Acht gelassen, die doch für eine ideologische Einordnung der Partei ebenso relevant sind wie die

Organisation. Die Tatsache, dass Rechtspopulismus in diesen Publikationen nur als einer von mehreren Aspekten analysiert wird, ist darüber hinaus ein Indiz für eine oberflächliche Behandlung der Thematik. Dies gilt beispielsweise für den Aufsatz von Fella/Ruzza (2013), die das M5S vor dem Hintergrund der rechtspopulistischen Parteien Italiens verorten. Obwohl diese Studie die relevanten Charakteristika identifiziert, bleibt ihr analytischer Anteil oberflächlich. Denn die Autoren begehen den Fehler, den viele Forscher bei einer Analyse des M5S begehen: sie setzen Beppe Grillo mit dem M5S gleich. Die Frage, ob das *MoVimento 5 Stelle* jedoch eine rechtspopulistische Partei ist, ist nicht allein mit der politischen Botschaft ihres Gründers zu beantworten. In dieser Hinsicht ist die Herangehensweise Bastian Brandaus (2013: 23f.) sinnvoll, der zunächst zwischen Beppe Grillo und dem M5S unterscheidet und zu dem Schluss kommt, dass Beppe Grillo sehr wohl ein Populist, das M5S aber nicht populistisch sei. Leider basiert diese Einschätzung anstatt auf einer wissenschaftlichen Definition und eines Konzepts auf ausgewählten Punkten „gängige[r] Definitionen“ (ebd. 98). Hierbei wird besonders deutlich, was sich auch in anderen relevanten Publikationen widerspiegelt: Die definitorischen Probleme, die den Begriff ‚Populismus‘ umgeben, erschweren eine wissenschaftliche Auseinandersetzung. Wird Populismus als Diskurs definiert wie bei Bordignon und Ceccarini (2013: 9), ist es logisch, dass sich die Autoren auch nur mit den Charakteristika des Diskurses des M5S auseinandersetzen. Eine Ausnahme stellt die Herausgeberschrift *Il partito di Grillo* (Corbetta/Gualmini 2013) des *Istituto Cattaneo* dar, die das M5S auf der Basis einer wissenschaftlichen Typologie in die rechtspopulistische Parteifamilie einordnet. Anhand dieses Textes und der Entwicklung des M5S können Hypothesen zum rechtspopulistischen Charakter der Partei abgeleitet werden.

3.2.2 Hypothesen

Gemäß der Einschätzung Corbettas (2013: 198) handelt es sich beim M5S um eine rechtspopulistische Partei mit der Einschränkung, die darin bestehe, dass das M5S frei von Elementen des Neofaschismus sei. Folglich wäre der Populismus des M5S kein Populismus der politischen Rechten. Corbetta (ebd. 199) rechtfertigt diese Einordnung mit der Volkskonzeption des M5S. Diese Vorgehensweise ist insofern plausibel, als dass der rechte Charakter des Populismus der Tatsache geschuldet ist, dass für die Rechtspopulisten die Nation das Volk darstellt (vgl. Mudde 2007: 16). Wenn Corbetta (2013: 199-201) argumentiert, dass sich die Volkskonzeption des M5S auf die politische Gemeinschaft (*demos*) und nicht auf die kulturell geeinte, nationale Gemeinschaft (*ethnos*) beziehe, dann ist es plausibel die Partei nicht als rechtspopulistisch einzuordnen.

In der Literatur findet sich die Vermutung bestätigt, dass die Programmatik des M5S populistische Themen aufgreift. Dabei wurde vor allem die Vorstellung, dass die staatlichen Institutionen Italiens das Volk nicht vertreten würden, als zentral identifiziert. Darum stelle das M5S den etablierten Strukturen „die Vision einer Regierung ‚des Volkes, für das Volk und durch das Volk‘ ohne institutionelle Vermittlung“ (Corbetta 2013: 199) gegenüber. In diesen Kontext lassen sich weiterhin all die Themen einordnen, die zum Ziel der „Rückgewinnung der Souveränität des Volkes“ (Biorcio 2013: 53) eine Beschneidung der Privilegien der Politiker vorsehen. Damit wäre Corbettas (2013: 199-201) These bestätigt, dass das Volk in seiner politischen Funktion konzeptualisiert wird. Das bedeutet aber nicht gleichzeitig, dass es keinen nationalistischen Bezug gibt. Auch wenn die nationalistische Ausrichtung grundsätzlich allen rechtspopulistischen Positionen unterliegt, so unterliegt sie insbesondere den Positionen der vertikalen Abgrenzung, da diese einer Abgrenzung nach außen dienen (vgl. Rensmann 2006: 63). Ferner wird der rechte Charakter anhand von Neoliberalismus (vgl. Decker 2004: 30) deutlich. Folgt man Corbettas (2013: 199) Argumentation dürfte das M5S keine der Positionen der vertikalen Abgrenzung aufgreifen. Deshalb lautet die erste Hypothese:

H1: Das Programm des MoVimento 5 Stelle ist populistisch, aber nicht rechtspopulistisch.

Auch im organisatorischen Bereich des M5S finden sich Widersprüchlichkeiten, die in der Literatur dokumentiert wurden. Ein Konsens besteht im Hinblick auf die charismatischen Eigenschaften Grillos. Corbetta unterstreicht die „unbestreitbare Position Grillos als charismatischer und prophetischer Leader“ (Corbetta 2013: 205). Dies macht er daran fest, dass es die Partei ohne Grillos Entscheidungen und Führung nicht gegeben hätte (vgl. ebd. 205). Genauso argumentiert auch Brandau (2013: 23f.), der Grillo als Populisten, aber die Partei nicht als populistisch einordnet. Trotz der mangelnden wissenschaftlichen Basis und des stark normativen Charakters dieser Einschätzung, lässt sie sich nicht komplett von der Hand weisen. Denn sie gibt Zeugnis von den Spannungen, die sich in der internen Organisationsstruktur manifestieren: Das M5S hat einerseits mit Beppe Grillo einen charismatischen Anführer, andererseits agiert die Mitgliederorganisation (*Meetups*) weitgehend autonom. In rechtspopulistischen Parteien hingegen manifestiert sich die Zentralität des Parteivorsitzenden in der Einschränkung der autonomen Entscheidungskompetenzen der Mitgliederorganisation. Aufgrund der Autonomie der *Meetups* schlussfolgern Biorcio und Natale, dass sich die Partei durch „die typischen Merkmale einer sozialen Bewegung“ (Biorcio/Natale 2013: 47f.) auszeichne. Im Bereich der internen Organisation gibt es folglich ein Widerspruch durch die Unvereinbarkeit

einer dezentralen und autonomen Mitgliederorganisation und einem charismatischen Parteivorsitzenden. Darum lautet die zweite Hypothese:

H2a: Die Widersprüchlichkeit zwischen dem charismatischen Parteivorsitzenden Beppe Grillo und der autonomen Mitgliederorganisation des M5S löst sich zugunsten der charismatischen Führung auf.

Auch im Bereich der Kommunikation werden Elemente identifiziert, die der Kommunikation rechtspopulistischer Parteien entsprechen und solche, die dem nicht entsprechen. Wie in rechtspopulistischen Parteien geht die Kommunikation auch bei dem M5S vom Parteivorsitzenden aus. Die Sprache Grillos spiegelt laut Corbetta (2013: 206) die kommunikativen Charakteristika der rechtspopulistischen Diskurse paradigmatisch wider. Der Unterschied zu den anderen Rechtspopulisten wird im Bereich der Mediennutzung, vor allem in der Ablehnung des TV und der Nutzung des Internets, verortet (vgl. ebd. 208f.).

H2b: Die Sprache Grillos entspricht der Sprache der rechtspopulistischen Parteien, die Mediennutzung hingegen unterscheidet sich von diesen.

Rechtspopulismus ist in Italien seit den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges periodisch wiedergekehrt (vgl. Tarchi 2003). Vor allem seit Beginn des Transformationsprozesses des Parteiensystems Anfang der 1990er Jahre ist er besonders stark. Die größten Parallelen fanden sich im Laufe der Jahre in der Zentralität eines charismatischen Vorsitzenden, auf der programmatischen Ebene sind Establishment- und System-Kritik regelmäßig wieder aufgegriffen worden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien lagen vor allem in der Volkskonzeption. Auch das M5S ist in diese parteipolitische Tradition eingeordnet worden. Die Literatur weist dabei besonders auf Parallelen zwischen Grillo und den italienischen rechtspopulistischen Parteivorsitzenden hin (vgl. Ruggiero 2012, Fella/Ruzza 2013, Natale 2013). Das betrifft besonders die organisatorischen Charakteristika des M5S. Darum lautet die abschließende Hypothese:

H3: Das M5S führt den italienischen Rechtspopulismus in seiner organisatorischen, aber nicht in seiner programmatischen Ausrichtung fort.

4 Empirische Analyse

4.1 Programmanalyse

Empirische Arbeiten, deren Forschungsinteresse dem rechtspopulistischen Gehalt von Parteiprogrammen gilt, greifen meistens auf die Inhaltsanalyse als Instrumentarium zurück (vgl. Rooduijn/Pauwels 2011, Rooduijn/de Lange/van der Brug 2012). Diese Arbeiten gehen von einer Minimaldefinition aus und untersuchen, ob sich die Hauptcharakte-

ristika dieser Definition in den Parteiprogrammen wiederfinden. So analysieren beispielsweise Rooduijn und Pauwels Wahlprogramme nach dem Vorhandensein von „people-centrism and anti-elitism“ (Rooduijn/Pauwels 2011: 1273). Diese Herangehensweise eignet sich für Arbeiten mit einer großen Fallanzahl und unterschiedlichen Kontextbedingungen, die generalisierbare empirische Ergebnisse generieren möchten.

Für die vorliegende Untersuchung eignet sich diese Herangehensweise nicht, weil sie zu unspezifisch ist. Denn hier werden Fälle verglichen, deren Kontextbedingungen sich ähneln: Es handelt sich um politische Parteien des gleichen nationalen politischen Systems. Darum können die Unterschiede nur durch eine detaillierte Analyse herausgearbeitet werden. Zur Fallanalyse eignet sich eine hermeneutische Textanalyse, weil sie „dem jeweiligen Text vor dem Hintergrund der aktuellen Interpretationsbedingungen optimal gerecht“ (Früh 2011: 65) wird. Der Nachteil einer hermeneutischen Analyse ist, dass ihr Ergebnis nicht generalisierbar ist (vgl. ebd. 65). Dieser Nachteil ist insofern irrelevant, als die Analyse keinen Anspruch auf Generalisierbarkeit erhebt. Die Ergebnisse dienen lediglich zur Klärung der Frage, ob die analysierten Parteiprogramme zu diesem Zeitpunkt rechtspopulistisch sind oder nicht. Dazu werden sie mit dem theoretisch hergeleiteten Modell zur Programmatik rechtspopulistischer Parteien abgeglichen. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen. Zuerst werden die Kontextbedingungen des Entstehungsprozesses der Programme erörtert. Der zweite Schritt ist die Beschreibung der formalen Charakteristika. Als Drittes folgt die inhaltliche Analyse der Programme, dazu werden nicht nur textimmanente, sondern auch textexterne Faktoren berücksichtigt (vgl. ebd. 65). Zum Abschluss folgt ein synchroner Vergleich der zentralen Punkte der Parteiprogramme.

4.1.1 Entstehungskontext

Zur Analyse der Parteipositionen der *Popolo della libertà* wird das Wahlprogramm von 2013 benutzt. In einem Wahlprogramm „werden die langfristigen Ziele eines Grundsatzprogramms [...] präzisiert und auf die Realisierungsmöglichkeiten innerhalb der nächsten Legislaturperiode zugeschnitten“ (Ickes 2008: 55). Darum steht das Wahlprogramm im zeitgenössischen Kontext. Die Entstehung des Wahlprogrammes der PDL fällt mit einer ungewöhnlichen politischen Situation, der sich allgemein das ganze politische System Italiens und im Besonderen die PDL gegenüber sah, zusammen.

Im November 2011 kam es zum Rücktritt der gesamten Regierung und des Regierungschefs Berlusconi. Der Regierungswechsel ist nicht nur dem zunehmenden externen Druck wegen der Staatsverschuldung Italiens (vgl. Grasse 2012: 5), sondern auch Berlusconis persönlichem Legitimationsverlust geschuldet (vgl. Fella/Ruzza 2013: 44). Die

Bildung der neuen Regierung fand „unter Ausschluss von Berufspolitikern“ (Grasse 2012: 5) statt. Nachdem auch diese Regierung Ende Dezember 2012 zurücktrat, wurde Neuwahlen angesetzt. Berlusconi kündete im Januar 2013 an, dass er zu den Parlamentswahlen erneut mit der PDL antreten wolle, zwar mit dem Ziel Wirtschaftsminister zu werden, aber doch als Koalitionsführer (vgl. Garzia 2013: 1097).

Die besonderen Merkmale der politischen Situation Italiens vor den Parlamentswahlen 2013, Technokraten-Regierung und Finanzkrise, fanden ihren Widerhall auch im Wahlprogramm der PDL. Im Laufe der Jahre hat die rechtspopulistische Programmatik der PDL, vormals FI, zunehmend an Attraktivität verloren. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass eine Partei, deren Anti-Elitismus zentraler Bestandteil ihres politischen Programms ist, ihre Authentizität verliert, wenn sie faktisch ein Teil der politischen Elite ist (vgl. Fella/Ruzza 2013: 46). Darüber hinaus stellte die Mitte-Rechts-Koalition von 2001 bis 2011, bis auf eine zweijährige Unterbrechung, die Regierung, was die Bemühung erschwerte die politische Elite für Probleme verantwortlich zu machen. Insofern nutzte der PDL die aktuelle Situation, zur Generierung einer Krisensituation und eines Alleinstellungsmerkmals. Vor allem Silvio Berlusconi konnte von dieser Situation profitieren, indem er sich ein weiteres Mal als ‚Retter des italienischen Volkes‘ darstellte (vgl. PDL 2013: 4).

Das Programm des *MoVimento 5 Stelle* unterscheidet sich in Entstehungsprozess und Funktion vom Programm der PDL. Denn es ist nicht von einer nationalen Parteileitung vorgegeben oder von einem Parteikongress abgestimmt worden, sondern ist eine „Sammelstelle von Vorschlägen, die von Bürgern und der Basis“ (Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 146) eingebracht wurden. Dass das Programm nicht von einer nationalen Parteileitung vorgegeben wurde, kann insofern nicht überraschen, als dass sein Beschluss mit der offiziellen Gründung der Partei am 04. Oktober 2009 zusammenfällt (vgl. Brandau 2013: 80). Die Partei bestand aus den lokalen Gruppen *Meetups* und dem Blog Grillos.

Über die einzelnen Entwicklungsschritte gibt es bisher keine Literatur, stattdessen wird wiederholt auf die offene Struktur hingewiesen (vgl. Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 146). Einerseits wurden die Mitglieder dazu aufgerufen Vorschläge einzubringen (vgl. Grillo 2012b), andererseits braucht es zur Erstellung eines Programmes jedoch auch eine Koordinations- und Auswahlinstanz. Wie stark der jeweilige Einfluss der Mitglieder beziehungsweise Grillos auf das Programm tatsächlich gewesen ist, bleibt darum offen. Grillo nutzte den spezifischen Entstehungsprozess, um ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien zu konstruieren, indem er unterstrich, dass es das „erste [Programm], das von den Bürgern geschrieben ist“ (Grillo 2012a), sei.

Dadurch, dass das Programm bei der Gründung der Partei veröffentlicht wurde, hat es die zusammenhaltgenerierende und identitätsbildende Funktion eines Grundsatzprogramms. Es diene aber auch zur Außenwirkung, denn dieses Programm wurde im Januar 2013 offiziell als Wahlprogramm angemeldet (vgl. M5S 2013a)²⁵. Dadurch unterscheidet es sich von einem Grundsatzprogramm, das nur „politisch besonders interessierte Bürger“ (Ickes 2008: 19) und nicht die Gesamtheit der Wähler anspricht. Es unterscheidet sich auch dadurch von einem Grundsatzprogramm, das es kurzfristige Maßnahmen zur Veränderung der *aktuellen* politischen Situation Italiens beinhaltet (vgl. Brandau 2013: 80). Folglich vereint das zu analysierende Programm des M5S die Eigenschaften eines Grundsatz- und eines Wahlprogramms.

4.1.2 Formale Analyse

Bei der Analyse des Programms der PDL muss zunächst beachtet werden, dass es sich um ein gemeinsames Wahlprogramm der Mitte-Rechts-Koalition handelt. Zur Gewichtung unterschiedlicher Positionen gibt es keine expliziten Anhaltspunkte im Programm oder der Literatur. Der Vergleich mit dem Wahlprogramm der LN hat ergeben, dass die Programmpunkte identisch sind (vgl. LN 2013). Die Programme unterscheiden sich jedoch erstens im Layout und zweitens erweitert die das Programm um den „Pakt der Parlamentarier“ (PDL 2013: 2f.) und eine zweiseitige Präambel (vgl. ebd. 4f.).

Das Wahlprogramm der PDL erstreckt sich auf 36 Seiten und hat insgesamt 202 Programmpunkte, die unter 23 Überschriften verordnet werden. Nur bei den Überschriften, ‚Familie‘ und ‚Fiskalreform‘ (ebd. 12f.), finden sich einleitende Kommentare. Sie dienen, genauso wie die Überschriften, als *Framing* der darunter stehenden Punkte. Das *Framing* ist ein kognitives Schema, das als „Rahmung eines Themas einen bestimmten Kontext“ (Schmid-Petri 2012: 15) schafft. Indem ein Programmpunkt unter einer bestimmten Überschrift oder einen einleitenden Kommentar aufgeführt wird, wird er *geframt*. Dieses *Framing* wirkt beim Leser rezeptionssteuernd. Die Partei versucht damit, „ihre Deutung eines bestimmten Themas in der [...] Öffentlichkeit durchzusetzen, um eine bestimmte Einordnung eines Themas [...] zu etablieren“ (ebd. 15).

Das Programm des M5S besteht aus 15 Seiten, die auf sieben Überschriften aufgeteilt werden. Diese Überschriften beinhalten zwischen 26 (Gesundheit) und 13 (Bildung) Programmpunkte, die sich jeweils auf einer bis drei Seiten erstrecken. Die Kategorien

²⁵ Das offiziell angemeldete Wahlprogramm ist identisch mit dem im Oktober 2009 verabschiedeten Programm, bis auf die Punkte, die bereits erreicht wurden. Diese sind auf der aktualisierten Version des Programms vom Oktober 2009, das weiterhin online abrufbar ist (vgl. M5S 2013b), mit einem roten V gekennzeichnet, das sich an den V-Day anlehnt und das Abhaken des jeweiligen Programmpunktes versinnbildlicht. Die Version, die dieser Analyse zu Grunde liegt, ist die vom 13.02.2013.

‚Staat und Bürger‘, ‚Energie‘, ‚Information‘ und ‚Gesundheit‘ beinhalten darüber hinaus einen Kommentar zur aktuellen Situation des jeweiligen Politikfeldes in Italien. Insgesamt gibt es 118 Programmpunkte. Der direkte Vergleich der Überschriften (vgl. Tab. 4.1) macht bereits einen ersten Unterschied zwischen den Programmen deutlich.

Tabelle 4.1 Überschriften der Programme von PDL und M5S

PDL	M5S
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Adäquate und moderne Institutionen fördern die Entwicklung des Landes</i> - <i>Halbierung der Kosten der Politik</i> - <i>Mehr Europa der Völker, weniger Euro-Bürokratie</i> - Für ein föderales und vereintes Italien: Nord, Zentrum und Süd als Protagonisten - Familie - Fiskalreform - <i>Die Banken haben sehr viel bekommen, jetzt sollen sie geben</i> - <i>Auf der Seite der Unternehmen, auf der Seite der Arbeit, auf der Seite der Berufe</i> - Infrastruktur - Tourismus: unser Petroleum - Landwirtschaft - Öffentliche Verwaltung - Energie - Umwelt, <i>green economy</i> und Lebensqualität - Schule, Universität und Forschung - Sozialsystem - Haus und Bauwesen - Digitale Agenda 2013-2017 - Justiz - Sicherheit - Kultur, Sport und Showgeschäft - <i>Großer Angriff auf die Staatsverschuldung. Den Staat verschlanken, die Bürger geben schon zu viel: für die Nachhaltigkeit der oben angebotenen programmatischen Vorschläge</i> - <i>Plan zum Angriff auf die überhöhten und unerziehbigen Staatsausgaben</i> 	<ul style="list-style-type: none"> - Staat und Bürger - Energie - Information - Wirtschaft - Transport - Gesundheit - Bildung

Quelle: PDL 2013b, M5S 2013b, eigene Darstellung.

Die Überschriften des PDL-Programms geben einen ersten Hinweis auf dessen rechtspopulistischen Charakter (siehe Kursivdruck in Tab. 4.1). Beispielsweise thematisiert die Überschrift „Mehr Europa der Völker, weniger Euro-Bürokratie“ (PDL 2013: 9) typisch rechtspopulistische Ressentiments von einem bürokratischen, volksfernen Europa. Darüber hinaus wirken derartige Überschriften emotionaler als die des M5S, was ebenfalls typisch für rechtspopulistische Diskurse ist (vgl. Decker 2004: 35). Dies wird beispielsweise anhand der Nutzung von Kriegsmetaphorik wie „Angriff“ (PDL 2013: 34) deutlich. Die Überschriften der M5S hingegen orientieren sich an Politikfeldern und sind sachlicher. Rückschlüsse auf eine rechtspopulistische Programmatik lassen diese Überschriften nicht zu.

Der Eindruck von Emotionalisierung beziehungsweise Sachlichkeit wird durch die unterschiedliche Aufmachung der Programme unterstützt. Das Layout des Wahlprogramms der PDL ist bunter, mit zahlreichen Bildern und Symbolen versehen, in großer Schriftgröße mit wenigen Punkten auf den einzelnen Seiten. Die dominanten Farben des Programmes sind blau und rot. Auf der Titelseite steht unter dem Parteisymbol in Großbuchstaben: „Wir verpflichten uns die folgenden Punkte bis zur XVII Legislaturperiode voranzubringen und zu realisieren“ (PDL 2013: 1). Darunter folgen fünf Punkte:

„für die Familie und die Zukunft der Jugend; für die Entwicklung der Unternehmen und der Arbeit; für die Reduktion der Kosten des Staates und der Politik; für die Konstruktion modernerer Institutionen; für eine Justiz, die eines zivilisierten Landes würdig ist“ (ebd. 1).

Diese fünf Punkte stellen zu Beginn des Programms einen rezeptionssteuernden Erwartungshorizont beim Leser her. So finden sich hier Anhaltspunkte für die rechtspopulistische Ausrichtung dieses Programms, worauf im Rahmen der inhaltlichen Analyse noch genauer eingegangen wird.

Das Layout des Programms des M5S ist nicht emotional, sondern sachlich. Das einfache Layout des Programms betont dessen Inhalte. Es gibt weder Bilder noch Symbole, die das Geschriebene begleiten oder auf einen ideologischen Hintergrund verweisen würden. Das einzige Symbol, das verwendet wird, ist das Logo der Partei und das rote V zum Abhaken verwirklichter Programmpunkte. Das Programm ist in den Farben des Partei-logos rot, gelb, schwarz und weiß gestaltet. Bis auf das Deckblatt haben alle Seiten die gleiche Aufmachung: Am oberen Seitenrand sind jeweils fünf Sterne, wovon vier grau sind und der zweite von links gelb hervorgehoben. Vor dem Hintergrund des gelben Sternes steht der jeweilige Programmpunkt in schwarzen Großbuchstaben. Am unteren Seitenrand befinden sich links das Parteilogo und rechts daneben die Internetadresse des Blogs sowie die URL, die direkt zum Programm führt. Darunter folgen die Programmpunkte beziehungsweise ein Kommentar zum Politikfeld, außer auf der zweiten Seite des Programms, die ein Inhaltsverzeichnis ist. Genauso wie die übrigen Seiten beschränkt sich das Deckblatt auf die wesentlichen Informationen: In der unteren linken Ecke befindet sich das Parteilogo, das Wort ‚*programma*‘ und die sieben Programmpunkte, alles auf gelbem Grund (vgl. M5S 2013b: 1).

4.1.3 Inhaltliche Analyse

4.1.3.1 Positionen der horizontalen Abgrenzung

Die Establishment-Kritik der PDL hat aufgrund der regelmäßig wiederkehrenden Regierungsbeteiligung seit 1994, die sie zu einem Teil der politischen Elite macht, an Authentizität eingebüßt (vgl. Fella/Ruzza 2013: 46). Dennoch finden sich entsprechende Pro-

grammpunkte im Wahlprogramm. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zu Eindämmung der Privilegien und des Einflusses der Parlamentarier sind die Halbierung der Gehälter (vgl. PDL 2013: 2, 5), der Anzahl der Parlamentarier (vgl. ebd. 2, 5, 7) und eine auf zwei Legislaturperioden befristete Amtszeit (vgl. ebd. 3). Diese Maßnahmen sind im „Pakt der Parlamentarier“ (ebd. 2f.) aufgeführt, der eine privilegierte Stellung im Programm innehat, da er sich am Anfang wiederfindet und sich optisch von anderen Programmpunkten abhebt. Dementsprechend stark werden diese Maßnahmen wahrgenommen. Das *Framing* unter dem „Pakt der Parlamentarier“ (ebd. 2f.) verdeutlicht aber auch, dass sich diese Punkte hauptsächlich gegen Abgeordnete des Parlaments richten, nicht gegen die ganze Gruppe von Berufspolitikern. Das gilt insbesondere für den Vorschlag der „Halbierung der Anzahl der Parlamentarier“ (ebd. 2), der suggeriert, dass das Parlament zu groß ist. Diese Vorstellung teilen die rechtspopulistischen Parteien Westeuropas, die Parlamente oft als ineffektiv und teuer kritisieren.

Positionen gegen die wirtschaftliche Elite sind angesichts des dezidierten neoliberalistischen Programms, das die PDL/FI seit ihrer Entstehung verfolgt und Berlusconi Unternehmerhintergrund nicht zu erwarten (vgl. Fella/Ruzza 2013: 42). Gegen eine Abstinenz von Kritik an wirtschaftlichen Eliten spricht jedoch der Entstehungskontext des Wahlprogrammes. Da im Rücktritt Berlusconi die „immense, übermäßige Macht ökonomischer Eliten [...] überdeutlich“ (Grasse 2012: 5) wurde. Da Wahlprogramme kontextgebunden sind, ist es wahrscheinlich, dass sich im Wahlprogramm der PDL Positionen gegen die wirtschaftliche Elite finden.

So ist die Überschrift „Die Banken haben sehr viel bekommen, jetzt sollen sie geben“ (PDL 2013: 15) vor dem Hintergrund der Finanzkrise zu verstehen. Gemäß ihrer *Framing*-Funktion prägt diese Überschrift die Erwartungshaltung, dass sich die dazugehörigen Punkte gegen Privilegien der Banken und deren Führungskräfte richten. Dies ist nicht der Fall. Im Mittelpunkt der Forderung stehen die Erleichterung von Kreditbewilligung und Kreditrückzahlung, sowie neue Finanzierungsmodelle. Positionen gegen die Aufsichtsräte oder Manager von Banken finden sich jedoch nicht. Im Rest des Programms finden sich keine Punkte, die als Positionen gegen eine Wirtschaftselite ausgelegt werden können. Es findet sich jedoch die Unterstützung des ‚Volkes‘ gegen die Wirtschaft. Dazu gehören die „Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ (ebd. 18) und die Forderung, dass Bankenrettungen vor allem Kleinaktionären zugutekommen sollen (vgl. ebd. 15). Diese Positionen sind insofern untypisch für eine rechtspopulistische Partei, als sie nicht den ‚Feind‘ direkt angreifen, sondern das ‚Volk‘ unterstützen. In der Stärkung der Rechte des Volkes spiegelt sich die Finanzkrise wieder. Die Tatsache aber, dass diese

Stärkung vor allem an die Banken delegiert wird, verweist wiederum auf das rechtspopulistische neoliberale Programm, das den Markt als positive Gegenspieler zum Staat zeichnet (vgl. Taggart 1995: 38).

Positionen gegen die Privilegien einer kulturellen Elite finden sich nicht im Programm der PDL. Es gilt für die Medienelite. Dieser Umstand ist maßgeblich der Tatsache geschuldet, dass Berlusconis Familie mit *Mediaset* drei private TV-Sender unterhält (vgl. Edwards 2005: 236). Die Dominanz *Mediasets* im privaten TV-Markt führte in Kombination mit Berlusconis Amt als Ministerpräsident, das ihm die Kontrolle auch über das staatliche Fernsehen sicherte, 2004 zur Herabstufung des italienischen Mediensystem durch Freedom House (2004) von ‚free‘ auf ‚partly free‘. Freedom House sah durch die hohe Konzentration der Medien auf wenige Akteure und den politischen Druck auf Journalisten den pluralistischen Charakter des italienischen Mediensystem beeinträchtigt (vgl. ebd.). Dass ein von einem Rechtspopulisten kontrolliertes Mediensystem nicht pluralistisch ist, stellt angesichts der anti-pluralistischen Ideologie keine Überraschung dar. Darüber hinaus nutzte Berlusconi sein politisches Amt zum Schutz seiner Medienmacht mit der Verabschiedung des Gasparri-Gesetzes 2004, was ein deutliches Zeichen des bestehenden Interessenkonfliktes darstellte (vgl. Hibberd 2007: 882). Die Lösung dieses Konflikts steht nach wie vor aus und wird auch nicht durch das Wahlprogramm der PDL in Aussicht gestellt. Darüber hinaus finden sich im Wahlprogramm keine Positionen gegen eine Bildungselite.

Das Wahlprogramm der PDL drückt zahlreiche den italienischen Staatsapparat betreffende Reformbestrebungen aus. Die meisten Punkte befinden sich im Bereich des Bürokratieabbaus, der vor allem der Kostensenkung (vgl. PDL 2013: 8, 22, 29) dienen soll. Weitere zentrale Punkte sind die Abschaffung der Provinzen (vgl. ebd. 7) und die Förderung des Steuerföderalismus (vgl. ebd. 10). Die Neuordnung der Staatsstruktur ist ein wichtiges Thema in der politischen wie öffentlichen Auseinandersetzung Italiens, weil die zentralstaatliche Ordnung seit der Entstehung des italienischen Nationalstaates Kritik hervorgerufen hat. Das elitengesteuerte Vorgehen, das 1870 zur Nationalstaatsgründung geführt hatte, wird für das Misstrauen der Italiener gegenüber den politischen Autoritäten mitverantwortlich gemacht (vgl. Fix 1990: 70). In Italien gilt der Zentralstaat als Symbol für die Trennung von „politische[r] Klasse (paese legale) und den breiten Massen (paese reale)“ (Fix 1990: 70). Das erklärt, warum italienische Rechtspopulisten dieses Thema aufgreifen, obwohl Föderalismus als Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft (vgl. Lijphart 1999: 195) mit einer ideologisch kohärenten rechtspopulistischen Programmatik unvereinbar ist.

Die PDL fordert eine Neuordnung der Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive. Dazu wird unter anderem die Direktwahl des Präsidenten (PDL 2013: 7) und die Stärkung des Premierministers, der „weniger Befugnisse, als der Bürgermeister der kleinsten Gemeinde“ (ebd. 4) habe, vorgeschlagen. Diese Programmpunkte verleihen Berlusconi langfristiges Ziel, das italienische System in ein präsidentielles umzuwandeln, Ausdruck (vgl. Fella/Ruzza 2013: 48). Es wirkt wie eine logische Konsequenz aus diesem Bestreben, dass direktdemokratische Maßnahmen im Wahlprogramm nur dort vorgesehen sind, wo sie der Stärkung der Legitimität der nationalen und supranationalen Exekutive dienen. Denn das Wahlprogramm fordert nicht nur die Einführung der Direktwahl des Staatspräsidenten (PDL 2013: 7), sondern auch des Präsidenten der europäischen Kommission (ebd. 9). Für die Deutung, dass direkte Demokratie nur dort erwünscht ist, wo sie der Stärkung der Macht der Regierenden dient, spricht die negative Bewertung des Referendums im Zusammenhang mit der Verhinderung von Reformen:

„Wir haben Reformen in allen Sektoren eingeführt [...] Einige von ihnen tragen reife Früchte, andere müssen komplettiert werden, wieder andere wurden von Regierungen der Linken oder vom Referendum ausgelöscht“ (ebd. 4).

Die negative Bewertung von Referenden wird an dieser Stelle besonders durch die Gleichsetzung mit der reformverhindernden Wirkung von linken Regierungen deutlich. Denn in Berlusconi's Diskurs wird links als gleichbedeutend mit Kommunismus konstruiert. Er pflegt einen Anti-Kommunismus mit dessen Hilfe er auf althergebrachte Ressentiments aufbaut und „moderate and right-wing voters with a shared identity“ (Diamanti 2007: 736) auszustatten versucht.

An den Parteien wird im Verhältnis zur Zentralität, die diese Kritik üblicherweise bei rechtspopulistischen Parteien einnimmt, wenig Kritik geübt. Zwar wird für die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung der Parteien gefordert (PDL 2013: 2, 5, 8), aber diese Forderung ist die einzige, die zur Einschränkung der Privilegien der Parteien dient. Es ist nicht auszumachen, ob es für die Zentralität oder die Bedeutungslosigkeit dieser Forderung steht, dass sie dreimal wiederholt wird. Für ihre Zentralität steht sicherlich, dass sie sowohl Teil des Paktes der Parlamentarier, als auch Teil der Präambel ist und bei den Programmpunkten erneut aufgegriffen wird. Außerdem ist die öffentliche Finanzierung eine zentrale Ressourcenquelle der Parteien, was bedeutet, dass deren Abschaffung folgenreich für ihren organisatorischen Aufbau wäre (vgl. Krouwel 2006: 259). Für die Bedeutungslosigkeit dieser Forderung spricht jedoch, dass sie als Maßnahme zur Einschränkung der Parteien allein steht.

Die Zuordnung zum Neoliberalismus gestaltet sich hingegen problemlos. Für die PDL ist der Staat das negative Gegenstück zum Markt (vgl. Taggart 1995: 38). Diese Zentralität

spiegelt sich auch im Wahlprogramm 2013 wider. Unter der Überschrift „Auf der Seite der Unternehmen, auf der Seite der Arbeit, auf der Seite der Berufe“ (PDL 2013: 16-18) finden sich im Vergleich die meisten Programmpunkte, insgesamt 24. Das macht einen Anteil von mehr als 10% am Gesamtprogramm. Hier drückt sich das neoliberale Programm bestehend aus Steuersenkungen, Steuererleichterungen und Bevorzugung von Unternehmen sowie Privatisierungen deutlich aus. Der Neoliberalismus ist nicht auf diesen Programmteil beschränkt, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Programm. Er findet sich in beispielsweise beim Ausbau der Infrastruktur (vgl. ebd. 19), im Tourismus (vgl. ebd. 20), der Landwirtschaft (vgl. ebd. 21) und dem Bildungssystem (vgl. ebd. 25). Dahinter steht die Vorstellung, dass Steuersenkungen „fundamental für die Entwicklung des Landes“ (ebd. 13) seien. Dieser makroökonomische Bezug schließt Vorteile für die Bürger jedoch nicht aus. Denn es wird gefordert, dass der „Fiskus Freund und nicht Feind des Steuerzahlers“ (ebd. 14) werde. Damit ist die neoliberale Ausrichtung der PDL in programmatischer Kongruenz mit den anderen rechtspopulistischen Parteien deren Neoliberalismus immer zuerst der Nation dienen will (vgl. Mudde 2007: 137).

Positionen der horizontalen Abgrenzung werden im Programm des M5S vertreten. Dabei sind Anti-Establishment-Positionen zentral. Im Hinblick auf die politische Elite sollen die Rechte der Parlamentarier eingeschränkt werden. Dazu gehört das Verbot der Ämterhäufung und der weiteren Berufsausübung bei Mandatsannahme sowie die „Streichung jeglicher, besonderer Privilegien der Parlamentarier“ (M5S 2013b: 3). Außerdem soll das Abgeordnetengehalt reduziert werden, die maximale Amtszeit eingeschränkt und Verurteilte ihr passives Wahlrecht verlieren (vgl. ebd. 3).

Das M5S unterstellt Berufspolitiker mangelnde Kompetenz, weshalb die „Lehre und obligatorische Prüfung der Verfassung für jeden öffentlichen Vertreter“ (ebd. 3) gefordert wird. Hier spiegelt sich der typische Anti-Elitismus rechtspopulistischer Parteien wider: Die Elite wird als inkompetent und als Gegensatz zum fähigen Volkes dargestellt. Die besondere Tugend der Bürger bestehe schlicht darin, „that these people are extraneous to the circuits of power“ (Bordignon/Ceccarini 2013: 9).

Während die Ablehnung der politischen Elite mit den rechtspopulistischen Parteien übereinstimmt, gehen doch die Konsequenzen für Berufspolitiker in ihrer Radikalität über das bekannte Maß hinaus. Denn für das *MoVimento* soll Politik „kein Beruf sein, sondern eine Aktivität, die als Dienst am Allgemeinwesen zwischenzeitlich ausgeübt wird“ (Brandau 2013: 121). Deutlich wird die veränderte Rolle in einem weiteren Parteidokument, dem sogenannten „Verhaltenskodex für Parlamentarier“ (M5S 2012a). Hier wird

festgeschrieben, dass die Parlamentarier sich nicht mit der zwischen Abgeordneten üblichen Anrede „onorevole“²⁶, sondern mit „cittadino/a“²⁷ ansprechen lassen sollen (vgl. M5S 2012a). Dadurch werden Volksnähe und der Abstand zum Establishment ausgedrückt. Zur Verhinderung der Bildung einer „neuen politische Elite“ (Biorcio/Natale 2013: 46) werden Vorkehrungen wie der vierteljährliche Wechsel der Fraktionsspitze und die Beschränkung auf zwei Legislaturperioden (vgl. M5S 2012a) vorgeschrieben.

Die rechtspopulistische Kritik an politischen Eliten und an wirtschaftlichen Eliten unterscheidet sich kaum (vgl. Mudde 2007: 66). Dies gilt auch für das Programm des M5S, denn hier werden sogar ähnliche Maßnahmen zur Eindämmung der Privilegien von politischer wie wirtschaftlicher Elite gefordert: Verbot der Ämterhäufung und der Amtsausübung bei Verurteilung und eine Gehaltsobergrenze gelten auch für Manager und Aufsichtsratsmitglieder (vgl. M5S 2013b: 9f.). Das Gegenbild zur wirtschaftlichen Elite stellen, ähnlich dem Programm der PDL, die Kleinaktionäre dar, deren Repräsentation in Unternehmen gestärkt werden soll (vgl. ebd. 9).

Die Kritik an der kulturellen Elite ist zweigeteilt und darum nicht eindeutig in das rechtspopulistische Paradigma einordbar. Während rechtspopulistische Parteien Skepsis gegenüber kulturellen Eliten wie Intellektuellen und Medien pflegen, richtet sich das Programm des M5S deutlich gegen die Medien, aber nicht gegen Intellektuelle. Denn es wird eine „Veränderung der Medienlandschaft“ (Brandau 2013: 82) angestrebt, die besonders die Medienelite einschränkt. Da Information für das M5S die „Grundlage jedes anderen Bereiches von gesellschaftlichem Interesse“ (M5S 2013b: 7) darstellt, ordnet es pluralistischen Medien eine wichtige demokratische Funktion zu. Medieneliten seien deswegen zu verdämmen, weil für den Fall, dass „sich die Informationskontrolle bei wenigen Akteuren verdichtet, es unvermeidbar zu antidemokratischen Entgleisungen [kommt]“ (ebd. 7). Inwiefern Berlusconis Einfluss den pluralistischen Charakter des italienischen Mediensystems beeinträchtigt, wurde bereits erläutert. Darum dienen die die Medien betreffenden Vorschläge des M5S, wie das Verbot für eine Privatperson die Mehrheit an einem TV-Sender oder einer Zeitung innezuhaben (vgl. ebd. 7) auch der Eindämmung von Berlusconis Einfluss. Vor diesem Hintergrund ist auch die „Abschaffung des Gasparri-Gesetzes“ (ebd. 7), was Berlusconis Macht auf dem privaten Medienmarkt stärkte (vgl. Brandau 2013: 83), zu verstehen. Kritisiert wird jedoch nicht nur Berlusconi, sondern allgemein der parteipolitische Einfluss auf Medien. Um diesen einzuschränken, schlägt

²⁶ Dt. Ehrenwerter.

²⁷ Dt. Bürger/in.

das M5S anstelle von drei staatlichen TV-Sendern, nur noch einen, der „unabhängig von den Parteien“ (M5S 2013b: 7) ist, vor.

Neben dem Misstrauen gegenüber den Medien, zeichnen sich rechtspopulistische Parteien auch durch ihre Misstrauen gegenüber Akademikern aus (vgl. Mudde 2007: 267). Das gilt nicht für das Programm des M5S. Es propagiert den universalen Zugang zu Bildung, indem es beispielsweise die staatliche Finanzierung ausschließlich für öffentliche Schulen vorsieht (M5S 2013b: 15).

Abhängig vom nationalen Kontext kritisieren die Rechtspopulisten unterschiedliche Elemente, die sie als Grund für das Versagen des Staates ansehen. Der einleitende Kommentar unter ‚Staat und Bürger‘ (ebd. 3) liest sich wie eine paradigmatische Zusammenfassung der rechtspopulistischen Systemkritik:

„Die aktuelle Organisation des Staates ist bürokratisch, überdimensional, teuer, ineffizient. Das Parlament repräsentiert nicht mehr die Bürger, die nicht den Kandidaten wählen können, sondern nur das Parteilogo. Die Verfassung wird nicht angewandt. Die Parteien sind an die Stelle des Volkswillens getreten und entziehen sich dessen Kontrolle und Urteil.“ (ebd. 3).

Wie Rechtspopulisten beschreibt das M5S die Staatsorganisation als bürokratisch und ineffizient, das Parlament als nicht repräsentativ und die Parteien als volksfern. Dieser Kommentar verdeutlicht die Zentralität der Anti-System-Positionen, die sich im Programm ausdrückt. Neben der Einschränkung des parteipolitischen Einflusses auf TV-Sender (vgl. ebd. 7), beschneidet nur noch die angestrebte „Abschaffung der Wahlkampfkostenerstattung“ (ebd. 3) explizit die Privilegien der Parteien. Das hätte weitreichende Konsequenzen, stellt die öffentliche Finanzierung doch eine wichtige Finanzierungsquelle der Parteien dar. Obwohl sich das M5S und ihre Parteivorsitzender Beppe Grillo bei öffentlichen Veranstaltungen und auf dem Blog dezidiert gegen Parteien wendet, spiegelt sich diese Ablehnung nicht quantitativ im Programm wider. Für seine Zentralität spricht dennoch, dass sie im obenstehenden Kommentar aufgegriffen wird, der als „eine Art Kurz-Präambel“ (Brandau 2013: 81) das gesamte Programm einleitet. Darüber hinaus drückt sich die Parteienkritik effektiv in der Organisationsform und dem Selbstverständnis des M5S aus.

Im Bereich der direktdemokratischen Maßnahmen lassen sich sowohl klassische rechtspopulistische Forderungen finden, als auch neue Vorschläge. Da in der italienischen Verfassung bereits zwei Arten von Referenden²⁸ vorgesehen sind (vgl. Newell 2010: 54), strebt das M5S nicht deren Einführung, sondern Vereinfachung an. Das M5S möchte für beide Arten die Quorums-Pflicht abschaffen (vgl. M5S 2013b: 3). Außerdem setzt es sich

²⁸ Die erste Art ermöglicht eine Gesetzesänderung, die zweite den Vorschlag für eine Verfassungsänderung (vgl. Newell 2010: 54).

für die „Pflicht der Diskussion und namentlichen Abstimmung im Parlament von Gesetzen auf Bürgerinitiative“ (M5S 2013b: 3) ein. Diese beiden Vorschläge sind typische Beispiele für Maßnahmen, die von Rechtspopulisten ergriffen werden, um die ‚Stimme des Volkes‘ zu verstärken, deren praktische Umsetzbarkeit aber äußerst fragwürdig erscheint.

Das M5S geht über das klassische Repertoire an direktdemokratischen Maßnahmen hinaus. Denn sein langfristiges Ziel ist es mithilfe des Internets direkte Demokratie zu verwirklichen. So wird die Vorabveröffentlichung von Gesetzen im Internet (vgl. ebd. 3) und die Einführung einer digitalen Staatsbürgerschaft gefordert (vgl. ebd. 7). Diese soll „durch Information, Partizipation und Interaktion via Internet den Bürgern ermöglichen, weitergehend am politischen Prozess [sic!] teilzunehmen“ (Brandau 2013: 82). Die Zentralität direktdemokratischer Maßnahmen drückt sich außerdem im Verhaltenskodex aus, der die Abgeordneten zur „Umsetzung des Programmes des M5S, besonders der Prinzipien der direkten Demokratie“ (M5S 2012a) verpflichtet.

Eine Stärkung der Exekutive sieht das Programm des M5S nicht vor. Der Bürokratieabbau wird nur in wenigen Punkten, hierbei aber auf einer grundsätzlichen Ebene angestrebt. Hier finden sich Vorschläge zur Neuordnung der Staatsstruktur (vgl. M5S 2013b: 3). Allgemein wird eine Reduktion der Staatskosten durch „die Einführung von neuen Technologien, die dem Bürger den Zugriff auf Informationen und Dienstleistungen ohne [...] Mittelspersonen ermöglichen“ (ebd. 9), gefordert. Dieser Programmpunkt steht paradigmatisch für die Vorschläge des M5S. Das Problem der überbordenden Bürokratie wurde zwar identifiziert (vgl. ebd. 3), die Umsetzbarkeit des Lösungsvorschlags ist jedoch fragwürdig.

Neoliberale Vorstellungen finden sich nicht im Programm des M5S. Der freie Markt wird vielmehr als Bedrohung konstruiert, vor dem der Staat die Bürger schützen sollte. Beispielsweise soll zur Vermeidung von Spekulationen, das Telefonnetz in öffentliche Hand zurückgeführt (vgl. ebd. 8) und die Preise im Energiebereich an das europäische Mittel angepasst (vgl. ebd. 9) werden. Diese Punkte in Kombination mit der Ablehnung der Wirtschaftselite machen deutlich, dass die Wirtschaftsprogrammatische des M5S links ausgerichtet ist (vgl. Brandau 2013: 83).

4.1.3.2 Positionen der vertikalen Abgrenzung

Immigration ist eines der wichtigsten Themen der westeuropäischen Rechtspopulisten. Das wird daran deutlich, dass sie in der Einwanderungspolitik als Agenda-Setter fungierten und als solche mitverantwortlich für die starke Reglementierung der Zuwanderung

waren (vgl. van Spanje 2010: 578). Diese Funktion beansprucht auch die PDL im Wahlprogramm für sich, wenn sie betont, in diesem Bereich Reformen angestoßen zu haben (vgl. PDL 2013: 4). Darüber hinaus setzen sich zwei Programmpunkte mit dem Thema Immigration auseinander (vgl. ebd. 31f.). Dabei wird nur von illegaler Immigration gesprochen, was den Eindruck erweckt, dass Immigration *per se* illegal sei. Zusätzlich wird sie durch das *Framing* unter die Überschrift „Sicherheit“ (ebd. 31) in Verbindung mit Kriminalität gebracht.

Eine explizite Position gegen Muslime beziehungsweise den Islam findet sich jedoch nicht im Wahlprogramm der PDL. Die Ablehnung von Homosexuellen bildet sich in der Betonung des traditionellen Familienmodells, das als „natürliche Gemeinschaft, auf der Ehe von Mann und Frau“ (ebd. 12) beruhe, ab. Durch die Bezeichnung „natürliche Gemeinschaft“ (ebd. 12) wird unterstellt, dass andere Familienmodelle unnatürlich seien. Die Ablehnung von Homosexuellen wird folglich implizit mithilfe einer „positive self-presentation“ (Wodak 2005: 122) vermittelt.

Die wichtigsten rechtspopulistischen Abwehrmechanismen im innenpolitischen Bereich sind Wohlfahrtschauvinismus, verstärkte Sicherheitspolitik und der Schutz und die Pflege der nationalen Kultur. Die Wohlfahrtsstaatskonzeption der PDL ist eindeutig rechts, denn sie beruft sich auf „die italienische Tradition der Subsidiarität“ (PDL 2013: 27). Das bedeutet, dass „der Bürger [...] als selbstverantwortlich für sein Leben und Wohlergehen, für die Organisation seiner Privatsphäre betrachtet“ (Lalli 1998: 130) wird. Kongruent mit dieser auf Eigenverantwortung gründenden Wohlfahrtsstaatskonzeption, soll der Wohlfahrtsstaat „auf den Wert der Person, der Familie, der Arbeit und der Beziehung zum Territorium“ (PDL 2013: 27) ausgerichtet sein. Die wohlfahrtschauvinistische Ausrichtung verbirgt sich hinter der Bezeichnung „Beziehung zum Territorium“ (ebd. 27), womit gemeint ist, dass nur diejenigen in den Genuss wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen kommen sollen, die mit der Nation verbunden sind. Damit werden Immigranten ausgeschlossen.

Unter der Überschrift „Sicherheit“ (ebd. 31) werden nicht nur Anti-Immigrationspositionen verortet, sondern auch sicherheitspolitische Maßnahmen. Angestrebt werden die Verstärkung der Polizei, ein „Pakt zur territorialen Verteidigung“ (ebd. 31) und neue Gesetze zur Verhinderung der „Verwahrlosung der Großstadtgebiete“ (ebd. 32). Die Stärkung der Justiz ist normalerweise ein zentrales Kennzeichen von einer ‚Law and order‘-Programmatik. Im PDL-Programm werden jedoch eine Reihe von die Justiz schwächenden Maßnahmen vorgeschlagen (vgl. ebd. 30). Bereits auf der Titelseite wird die Notwendigkeit einer Reform unterstrichen, denn die PDL möchte sich „für eine Jus-

tiz, die eines zivilisierten Landes würdig ist“ (PDL 2013: 1) einsetzen. Mit einer solchen Einschätzung untergräbt das Wahlprogramm die Legitimität des Justizsystems. Das äußert sich auch in der Forderung nach „Durchführung gerechter Prozesse, mit gleicher Würde für Anklage und Verteidigung“ (ebd. 30), da die Gleichbehandlung einer der wichtigsten Grundsätze der Justiz ist. Dadurch wird unterstellt, dass das aktuelle Justizsystem diesem Anspruch nicht genügt. Dieser Punkt verweist direkt auf Berlusconi, der die Justiz regelmäßig attackiert, was maßgeblich in den gegen ihn laufenden Prozessen begründet ist (Edwards 2005: 237). Kulturpolitische Maßnahmen werden nur marginal behandelt (vgl. PDL 2013: 33), dahinter verbirgt sich jedoch kein kohärenter Plan zur Förderung der nationalen Kultur oder nationaler Symbole.

In der rechtspopulistischen Außenpolitik dominiert die Fokussierung auf den ‚Schutz der Nation‘. So wurde auch die EU vonseiten der Rechtspopulisten in den letzten Jahren zunehmend wegen ihres stetig größer werdenden Einflusses auf die nationale Politik ihrer Mitgliedsstaaten kritisiert (vgl. Mény/Surel 2002: 15). In Italien vertrat die rechtspopulistische *Legia Nord* in den 1990er Jahren euroskeptische Positionen (vgl. Quaglia 2005: 281). Im alten Parteiensystem gab es ausschließlich proeuropäische Parteien (vgl. Quaglia 2008: 58). Dies wird als ein Grund dafür genannt, weshalb die EU in Italien stets sehr hohe Zustimmungswerte erreichte (vgl. ebd. 60).

Weder PDL, noch ihre Vorgängerpartei FI positionierte sich niemals eindeutig gegenüber der EU. Diese Unklarheit spiegelt sich auch in den ambivalenten europapolitischen Programmpunkten des Wahlprogrammes 2013 wider. Einerseits wird die Austeritätspolitik²⁹, für die Europa verantwortlich gemacht wird (vgl. PDL 2013: 4), kritisiert und die Notwendigkeit des Schutzes italienischer Interessen in der EU unterstrichen (vgl. ebd. 5, 9, 21). Andererseits sollen „politische, ökonomische, Banken- und Fiskalunion“ (ebd. 9) beschleunigt und sowohl die Legitimation der EU mit Direktwahl des Kommissionspräsidenten (vgl. ebd. 9), als auch die Kompetenzen mit der „Erweiterung der legislativen Gewalt des Europäischen Parlaments“ (ebd. 9) gestärkt werden. Zusammenfassend positioniert sich die PDL ambivalent gegenüber der EU. Im Zentrum des Interesses stehen wirtschaftliche und politische Faktoren, kulturelle sind hingegen irrelevant. Durch die mehrfache Nennung der italienischen Interessen wird deutlich, dass die Nation der supranationalen Institution EU übergeordnet sein soll. Dennoch wird eine Stärkung der supranationalen Ebene angestrebt, was in sich widersprüchlich ist. Denn

²⁹ Mit Austeritätspolitik sind in diesem Zusammenhang die Sparmaßnahmen gemeint, die die italienische Regierung zwischen November 2011 und Dezember 2012 unter der Leitung Mario Montis zur Konsolidierung des italienischen Haushaltes und zur Wiederherstellung des Vertrauens der internationalen Finanzmärkte, ergriffen hatte (vgl. Garzia 2013: 1096).

das Wahlprogramm strebt sowohl eine stärkere Rolle Italiens in der EU, als auch eine stärkere Rolle der EU im internationalen Kontext an.

Die Rolle Deutschlands in der EU wird lediglich an einer Stelle thematisiert. In der Präambel wird das „germanozentrische Europa“ (PDL 2013: 4) kritisiert. Es ist jedoch der einzige Punkt, der anti-deutsche Ressentiments zum Gegenstand hat. Gegen die USA wird keine Position ergriffen. Das ist maßgeblich Berlusconis persönlicher Bewunderung für die USA geschuldet, was auf verschiedenen Ebenen deutlich wird. Kulturell äußert sich diese Bewunderung in seinem Fernsehprogramm, das einen „American consumerism as a model way of life“ (Shin/Agnew 2008: 11) propagiert. Politisch versuchte Berlusconi „zu einer Art Juniorpartner“ (Grasmück 2005: 461) der USA aufzusteigen. Folglich gehört er zu den Rechtspopulisten, die „explicitly pro-American“ (Mudde 2007: 78) sind. Diese Sympathie überträgt sich auch auf die programmatische Ebene der PDL, die keine Position gegen die USA einnimmt.

Was für die Beziehung Italiens zur EU auf der supranationalen Ebene gilt, gilt auch für die internationale Ebene. Im Wahlprogramm wird die Zentralität Italiens nicht nur in der europäischen Politik sondern auch „in der atlantischen Allianz, im euro-mediterranen Dialog, in Beziehung zum Osten“ (PDL 2013: 9) gefordert. Italienische Interessen sollen auch in der globalisierten Weltwirtschaft geschützt werden. Die angestrebten Maßnahmen sind die Bevorzugung lokaler Banken (vgl. ebd. 15) und Unternehmen (vgl. ebd. 16), sowie der Schutz vor Fälschung italienischer Produkte (vgl. ebd. 21). Zur Einschätzung der Globalisierungsposition der PDL muss ein letzter Punkt Beachtung finden. Die Aufgabe Italiens in internationalen Beziehungen wird in der „Verteidigung der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und der Religionsfreiheit“ (ebd. 9) gesehen. Dadurch wird nicht nur eine Bedrohungssituation konstruiert, da nur etwas, was in Gefahr ist, verteidigt werden muss, sondern auch die Überlegenheit Italiens in diesem Bereich suggeriert. Diese Interpretation stützt die These, dass die PDL wie andere rechtspopulistische Parteien die Globalisierung als Bedrohung für die Nation wahrnimmt und im Sinne einer kulturellen Überlegenheit der Nation argumentiert.

Im Programm des M5S finden sich kaum Positionen zur vertikalen Abgrenzung. Minderheiten werden nicht abgelehnt. In einem einzigen Programmpunkt, der zur Erlangung der italienischen Staatsbürgerschaft einen verpflichtenden, „kostenfreien Unterricht der italienischen Sprache für Ausländer“ (M5S 2013b: 15) vorsieht, werden Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen. Negativ interpretiert drückt dieser Punkt die Vorstellung aus, dass sich Immigranten der Kultur des Gastlandes anpassen sollen. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass dieser Programmpunkt eine Abwehrhaltung ausdrückt. Ers-

tens soll dieser Unterricht kostenfrei sein, was die Finanzierung durch den Staat voraussetzt. Damit handelt es sich um ein wohlfahrtsstaatliches Programm, das mit dem Wohlfahrtschauvinismus der rechtspopulistischen Parteien unvereinbar wäre. Zweitens wird hier der Terminus „stranieri“³⁰ (M5S 2013b: 15) verwendet, der im Gegensatz zu zwei anderen, ebenfalls verbreiteten Denominationen ‚*extracomunitari*‘³¹ und ‚*clandestini*‘³², wertneutral ist. Drittens dient eine solche Maßnahme verbesserten Integrationsmöglichkeiten einer Person mit Migrationshintergrund. Auf eine solche Intention verweist auch das *Framing* unter der Überschrift „Bildung“ (ebd. 15).

Da die Abwehr von Minderheiten kein Thema im Programm des M5S ist, wird auch keine Bedrohungssituation, die von diesen ausgeht, konstruiert. Dementsprechend fehlen Abwehrmechanismen im innenpolitischen Bereich. Anstelle des Wohlfahrtschauvinismus propagiert das M5S einen Sozialstaat, der auf dem Gleichheitsprinzip beruht. Ersichtlich wird dies beispielsweise anhand der Forderung nach einem „universellen und kostenlosen Zugang“ (ebd. 12) zu medizinischen Diensten. Dem Staat kommt im Gesundheitswesen eine bedeutende Rolle zu, denn es werden umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Programme zur Bildung und Aufklärung im Gesundheitsbereich gefordert (vgl. ebd. 13). Ebenfalls sozialpolitisch sind die Forderungen nach einer Arbeitslosenhilfe (ebd. 10) und dem Bau von studentischen Wohnheimen (ebd. 15).

Das M5S versieht den Staat mit der Funktion, die soziale Gerechtigkeit her- und sicherzustellen. Das wird besonders evident, bezieht man ein zweites programmatisches Dokument in die Analyse mit ein. Im Januar 2013 publizierte Beppe Grillo einen 20-Punkte-Plan, der die Kurzfassung des Programms darstellt. Hier wird die Einführung eines Bürgergeldes gefordert (Grillo 2013a: 1). Der anschließende Kommentar erklärt dieses Staatsverständnis: „Der Staat muss die Bürger schützen, sonst ist er kein Staat“ (ebd. 2). Dieser und weitere Programmpunkte sind vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise „von niemals zuvor erlebter Schwere“ (Corbetta 2013: 210) zu verorten. Diese hat die materielle Not vieler Italiener verstärkt, was die Forderungen an den Staat steigerte. Deswegen sind sozialstaatliche Maßnahmen im 20-Punkte-Plan, der im Februar 2013 veröffentlicht wurde, noch zentraler als im offiziellen Programm, das nicht unter dem Eindruck der aktuellsten Entwicklungen geschrieben wurde. Sicherheitspolitische Programmpunkte und die Pflege der nationalen Kultur und Symbole befinden sich weder im offiziellen Programm, noch im 20-Punkte-Plan des M5S.

³⁰ Dt. Ausländer.

³¹ Ausländer, die aus keinem EU-Mitgliedsstaat stammen.

³² Illegale Einwanderer.

Führende Rechtspopulismus-Forscher wie Hanspeter Kriesi (2012: 520) und Anton Pelinka (2013b) bringen die Entstehung und den Erfolg des *MoVimento 5 Stelle* in Zusammenhang mit der Eurokrise. Überraschenderweise finden sich im Programm des M5S keine diesbezüglichen Punkte. Europa gilt einmal als positives Vorbild, wenn im Programmpunkt „Energie“ (M5S 2013b: 4-6) die Einhaltung einer europäischen Richtlinie verlangt wird. Ein anderes Mal wird die Anpassung von Telekommunikations-, Energie- und Transportkosten an das europäische Mittel gefordert (vgl. ebd. 8f.). Bei letztgenanntem Beispiel fehlt der Bezug zur Institution Europäische Union vollständig.

Wie kommt es, dass dennoch der Eindruck vorherrscht, dass es sich beim M5S um eine Anti-EU-Partei handelt? Das ist darin begründet, dass die Partei in erster Linie über ihren Gründer Beppe Grillo wahrgenommen wird, der zwar gegen den Euro, aber nicht gegen die EU polemisiert. So erklärte er:

„Wenn man den Euro in Frage stellt, ist die einhellige entrüstete Reaktion: ‚Wir können nicht aus Europa austreten‘, als ob der Euro und Europa identisch seien. Man kann ruhig in der EU bleiben, ohne die eigene Währung aufzugeben“ (Grillo 2012c).

Dieses Zitat steht paradigmatisch für Grillos Einstellung zur EU. Die Institution wird zwar für geringe Transparenz und Bürgernähe kritisiert (vgl. Grillo 2009a), aber weder ein Austritt Italiens noch eine Auflösung der Gemeinschaft gefordert. Grillo schlägt die Rückkehr zur Lire als Alternativplan vor, weil für das Verbleiben im Euroraum, seiner Meinung nach „das Land ausgehungert, die Unternehmen stranguliert“ (Grillo 2012c) werden. Das „Scheitern des Euro“ (Grillo 2011a) ist seiner Auffassung nach das Resultat der Ausrichtung der Währung auf die starke deutsche Wirtschaft (vgl. Grillo 2012c). Damit repräsentiere die Währung nicht mehr die Wirtschaft des jeweiligen Landes. Darin wird ein Anspruch an die nationale Währung deutlich, der sich von den Rechtspopulisten unterscheidet. Denn für die Rechtspopulisten waren keine wirtschaftliche Bedenken, sondern kulturelle ursächlich für die Ablehnung des Euro. Sie befürchteten, dass mit den nationalen Währungen ein „wichtiges nationales Symbol und ein wesentlicher Bestandteil der Souveränität und Identität verloren ginge“ (Hartleb 2006: 137). Über dieses kulturelle Argument hinaus, wurde auch ein demokratietheoretisches angebracht. Dadurch, dass der Euro nicht durch ein Plebiszit beschlossen worden sei, stelle er eine „antidemokratische Schande“³³ (Le Pen 2012: 61) dar. Grillo teilt zwar nicht das kulturelle Argument der Rechtspopulisten, aber ihr demokratietheoretisches. Denn im 20-Punkte-Plan wird ein „Referendum zum Verbleib im Euro“ (Grillo 2013a: 1) gefordert.

³³ Übersetzung aus dem Französischen von der Verfasserin.

Ressentiments gegen Deutschland und die USA finden sich nicht im Programm. Wie oben dargelegt sind auch Immigration und Schutz der Kultur keine relevanten Themen. Dementsprechend wird auch die Globalisierung nicht aufgrund von typisch rechtspopulistischen Befürchtungen von Massenimmigration und Kulturverlust abgelehnt (vgl. Mudde 2007: 196). Mit der im Programm deutlich werdenden Globalisierungskritik ähnelt das M5S vielmehr linkspopulistischen Gruppierungen, wie *Attac* (vgl. Hartleb 2006: 129). Denn das M5S wendet sich gegen eine „neoliberale Globalisierung, die vor allem den Gewinninteressen von internationalen Konzernen und Finanzanlegern“ (ebd. 129) dient. Das M5S strebt den Schutz lokaler Produktion und lokaler Märkte an (vgl. M5S 2013b: 9-11). Es kritisiert internationale Unternehmen (vgl. ebd. 7) und die Ressourcenausbeutung der ärmeren durch die reichen Länder (vgl. ebd. 5).

4.1.4 Zusammenfassung

Die vorliegende Programmanalyse hat deutliche Parallelen zwischen M5S und den rechtspopulistischen Parteien bei den Positionen der horizontalen Abgrenzung offenbart (vgl. Tab. 4.2).

Tabelle 4.2 Rechtspopulistische Positionen von PDL und M5S

			PDL	M5S
Positionen der horizontalen Abgrenzung	Anti-Establishment	Politische Elite	+	+
		Wirtschaftliche Elite	o	+
		Kulturelle Elite	o	+/-
	Anti-System	Gegen Parteien	+	+
		Direktdemokratische Maßnahmen	+/-	+
		Stärkung der Exekutive	+	o
		Bürokratieabbau	+	+
	Neoliberalismus	+	-	
Positionen der vertikalen Abgrenzung	Abwehr von Minderheiten	Immigranten	+	o
		Muslime	o	o
		Homosexuelle	+	o
	Innenpolitische Abwehrmechanismen	Wohlfahrtschauvinismus	+	-
		„Law and order“	+	o
		Schutz und Pflege der nationalen Kultur	o	o
	Außenpolitische Abwehrmechanismen	Gegen EU	+/-	-
		Gegen Deutschland	+	o
		Gegen USA	o	o
Gegen Globalisierung		+	+	

Legende: + Position vorhanden, o Position nicht vorhanden, - gegenteilige Position vorhanden, +/- ambivalente Position, * nicht mit der gleichen Begründung wie Rechtspopulisten; Quelle: eigene Darstellung.

Positionen der vertikalen Abgrenzung greift das M5S entweder gar nicht, oder mit einer anderen politischen Ausrichtung auf. Die größten Übereinstimmungen mit den Rechtspopulisten finden sich hingegen bei den Anti-Establishment-Positionen. Im Bereich der

Anti-System-Positionen vertritt das M5S Standpunkte gegen die Privilegien der politischen Parteien und für die Einführung von direktdemokratischen Elementen. Dies ist ein Hauptziel des M5S. Zum Erreichen dieses Ziels kommt dem Internet eine zentrale Funktion zu, da es die Beteiligung möglichst vieler Bürger am demokratischen Willensbildungsprozess gewährleisten soll (vgl. Brandau 2013: 82). Ferner strebt es Bürokratieabbau an. Es ist jedoch weder für die Stärkung der Exekutive, noch konstruiert es den Markt als positives Gegenbild zum Staat. Im Gegenteil ist die Wirtschaftsprogrammatische des M5S im linken politischen Spektrum zu verorten. Keine Übereinstimmungen gibt es bei der Ablehnung von Minderheiten. Ein heterogenes Bild ergibt sich für innen- und außenpolitische Abwehrmechanismen. Dadurch dass das M5S keine Minderheiten ablehnt, werden auch innenpolitische Abwehrmechanismen, die die Rechtspopulisten gegen die vermeintlich von Minderheiten ausgehende Bedrohung nutzen, obsolet. Stattdessen fordert das M5S beispielsweise in der Sozialpolitik einen universalen Zugang zum Wohlfahrtsstaat, der unabhängig von Herkunft und sozioökonomischen Status ist, was auf eine Positionierung im linken politischen Spektrum hindeutet. Dass dieser Wohlfahrtsstaat auch Ausländer mit einbezieht, wird in dem Vorschlag eines kostenfreien Italienisch-Unterrichts für Ausländer deutlich. Die Pflicht zu einem solchen Unterricht ließe sich zwar auch im rechtspopulistischen Paradigma von der Anpassung an die Kultur der Nation einordnen, da diese Maßnahme staatlich finanziert sein soll, würde sie dem Wohlfahrtschauvinismus der Rechtspopulisten widersprechen.

Was die außenpolitischen Maßnahmen angeht, weicht das M5S abermals vom Schema der Rechtspopulisten ab. In der Wissenschaft herrscht bislang der Eindruck vor, dass das M5S eine euroskeptische Partei ist (vgl. Kriesi 2012: 520; Pelinka 2013b). Diese Einschätzung konnte die Programmanalyse nicht bestätigen. Stattdessen wurde gezeigt, dass der Anschluss beispielsweise an EU-Richtlinien zum Umweltschutz explizit gesucht wird. Positionen zu den politischen Institutionen EU sind hingegen nicht existent. Das gleiche gilt für Positionen gegen die USA oder Deutschland. Das M5S lehnt die Globalisierung zwar ab, jedoch nicht mit der gleichen Begründung wie die Rechtspopulisten, das heißt, dass hier nicht das ‚Wohl der Nation‘ ausschlaggebend für die Ablehnung ist, sondern eine Elitenkritik, die über die nationalen Grenzen hinausgeht. Diese Kritik bezieht sich auf Eliten im globalen Kontext, die auf Kosten der Armen von einer globalisierten Wirtschaft profitieren. Folglich stellt das M5S der Elite nicht die Nation gegenüber, sondern ein Volk, das nicht in den Kategorien von nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit konstruiert wird. Damit würde die erste Hypothese *H1* bestätigt, wonach das M5S keine rechtspopulistische, sondern eine populistische Partei ist.

Dieser These kann weitere Evidenz verliehen werden. Lediglich sieben von achtzehn Programmpunkten stimmen mit der Programmatik der rechtspopulistischen Parteien überein. Die Übereinstimmungen befinden sich fast alle im Bereich der horizontalen Abgrenzung. Die größten Unterschiede liegen folglich in der vertikalen Abgrenzung, die ausschlaggebend für eine *rechtspopulistische* Ausrichtung sind. Daraus wird geschlossen, dass sich die Volkskonzeption des M5S von der Volkskonzeption der Rechtspopulisten unterscheidet, deren Nationalismus ihnen als Basis für die Exklusion Anderer dient. Da der Nationalismus als integraler Bestandteil des Rechtspopulismus konzeptualisiert wurde und dieser für das M5S nicht relevant ist, ist es auch nicht *rechtspopulistisch*. Damit wurde *HI* bestätigt.

Wie sind vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse die starken Übereinstimmungen im Bereich der Anti-Establishment-Positionen zu deuten? Die Gegenüberstellung von Volk und Elite ist das Kernelement des Populismus (vgl. Mudde 2004: 543). Dadurch dass die Rechtspopulisten das Volk als Nation konzeptualisieren, geben sie dem ursprünglich richtungsfreien Populismus eine rechte Ausprägung. Elitenkritik ist kein ursprünglich rechtes Thema. Im Gegenteil, die Vorstellung, dass das Volk von einer dominanten Elite unterdrückt wird, ist typisch für linke Ideologien (vgl. Albertazzi/McDonnell 2008: 3). Die linke Elitenkritik basiert auf Sozialismus und richtet sich gegen „profiteers, especially in the context of globalization“ (Pelinka 2013a: 7). Das Element, das die rechtspopulistische Kritik von der Elitenkritik der Linken unterscheidet, ist folglich, dass es den Rechtspopulisten an “any sign of solidarity with the fate or misery of those who are excluded from ‘us’“ (ebd. 7) fehle.

Auf der Basis der obigen Überlegungen muss davon ausgegangen werden, dass es sich um eine *linkspopulistische* Partei handelt. Um diese Vermutung zu bestätigen, müssen weitere Faktoren hinzugezogen werden. Im Bereich der Sozialpolitik wird ein universaler Zugang zu sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen gefordert, was ein Kennzeichen der politischen Linken ist. Dass ein wohlfahrtsstaatliches Programm, wie der kostenlose Italienisch-Unterricht für Ausländer gefordert wird, unterstreicht die globale Ausrichtung dieses Sozialstaatmodells. Auch für die Wirtschaftspolitik werden „ausdrücklich linkspolitische Forderungen“ (Brandau 2013: 83) gestellt. Dies wird sowohl in der Ablehnung von Neoliberalismus, als auch in angestrebten Einschränkungen der Privilegien der wirtschaftlichen Elite, zugunsten von Kleinaktionären und Belegschaft, deutlich.

Für die Einordnung im linken politischen Spektrum ist eine weitere Beobachtung ausschlaggebend, die bisher noch nicht dokumentiert wurde. Umweltthemen werden im Programm zentral vertreten, denn vier Seiten des fünfzehneitigen Programmes widmen

sich diesem Themenkomplex. Diese Zentralität schlägt sich auch qualitativ nieder: Mithilfe von entsprechenden verkehrs- und energiepolitischen Maßnahmen sollen beispielsweise der öffentliche Nahverkehr und die Nutzung regenerativer Energien gefördert werden (vgl. M5S 2013b: 5, 11). Die Umweltprogrammatik dient auch als Grundlage für politische Aktionen. Im Rahmen eines 2011 initiierten Referendums zum Bau von Atomkraftwerken und der Privatisierung des Wassers war das M5S einer der Meinungsführer im öffentlichen Diskurs (vgl. Bordignon/Ceccarini 2013: 6). Außerdem pflegt die Partei Verbindungen zu sozialen Bewegungen wie der *No Tav*³⁴, die sich gegen den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Turin und Lyon einsetzt (vgl. Brandau 2013: 84). Diese Forderung findet sich auch im Wahlprogramm wieder (vgl. M5S 2013b: 11). Insbesondere für die lokalen Gruppen *Meetups* sind die „sogenannten *Lifestyle Politics*, bei denen es etwa um nachhaltiges Konsumverhalten geht, um gemeinsame Kaufaktionen oder umweltbewusstes Leben“ (Brandau 2013: 53), zentral. Aufgrund des deutlichen Eintretens für ökologische Fragen, wurde argumentiert, dass es sich bei dem M5S um eine grüne Partei handelt (vgl. Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 145). Da diese Themen mit Positionen gegen politische Elite und System kombiniert werden, wurde weiterhin spekuliert, dass das M5S ein Vertreter der ‚new politics‘³⁵ sei (vgl. ebd. 146). Dies ist insofern für den Kontext dieser Arbeit interessant, als beispielsweise Taggart (1995: 35) die These vertritt, dass die rechtspopulistischen Parteien eine Gegenreaktion auf die Vertreter der ‚new politics‘ darstellen. Im italienischen Kontext scheint dieser Zusammenhang umgekehrt zu sein: Das M5S wirkt vielmehr wie eine Gegenreaktion auf die rechtspopulistischen Parteien.

Auch wenn diese These aufgrund der Kürze der Untersuchung nicht tiefgreifend diskutiert werden kann, unterstreicht die Zentralität von Umweltthemen doch die linkspolitische Ausrichtung des M5S. Folglich wird im Programm deutlich, dass es ideologisch im linken Spektrum zu verorten ist. Um die These zu untermauern, dass es sich bei dem M5S um eine *linkspopulistische* Partei handelt, würde sich ein Vergleich mit anderen Parteien dieses Typs, wie der deutschen *die Linke* oder der niederländischen *Socialistische Partij* anbieten (vgl. Voerman 2011: 179f.).

³⁴ *No Tav* bedeutet *Kein Hochgeschwindigkeitszug* (TAV).

³⁵ Damit wäre das M5S der Ausdruck einer veränderten gesellschaftlichen Wertebasis. Diese Veränderung besteht laut Ronald Inglehart (1977) darin, dass postmaterialistische Werte relevanter werden. Dadurch, dass die ökonomische und finanzielle Sicherheit sichergestellt sei, seien Themen wie „Lebensqualität, Umweltschutz, Schutz von Meinungsfreiheit und Selbstverwirklichung“ (Passarelli/Tuorto/Tronconi 2013: 145) für die italienische Bevölkerung relevanter geworden. Darum gehen die Autoren von einer „um dreißig Jahre verspäteten ‘stillen Revolution‘“ (ebd. 145) aus.

Indes bestätigt der Vergleich mit dem Programm der PDL die Einschätzung, dass das M5S *keine* rechtspopulistische Programmatik verfolgt (vgl. Tab. 4.2). Die PDL stimmt in dreizehn von achtzehn Punkten mit dem Modell der rechtspopulistischen Parteien überein, was die Einordnung als rechtspopulistisch rechtfertigt. Die Programmanalyse bestätigt auch qualitative Übereinstimmungen, denn das Programm dient sowohl der horizontalen, als auch der vertikalen Abgrenzung. Es wurde insbesondere der Neoliberalismus als zentrale Position herausgearbeitet. Das findet sich auch in der Literatur bestätigt, die die FI/PDL in die Kategorie der „neoliberal populist[s]“ (Mudde 2007: 47) einordnet. Die Ablehnung von Minderheiten, hat sich jedoch als weniger relevant als vermutet herauskristallisiert. Immigration wird zwar als grundsätzlich illegal dargestellt, sie wird jedoch nur in zwei Programmpunkten angesprochen. Vor dem Hintergrund der xenophoben Ausrichtung anderer rechtspopulistischer Parteien handelt es sich bei der Immigrationsablehnung der PDL um eine moderate Ausdrucksform. In der Forschung herrscht der Konsens vor, dass der Parteivorsitzende Berlusconi zu einem strategischen Nutzen diesbezüglicher Äußerungen neige. So nehme er besonders dann „xenophobe Untertöne [an], wenn seine Regierung aus dem Ausland kritisiert wird“ (Schönau 2004: 86). Die radikalere Positionierung gegenüber Immigranten vertritt vielmehr der langjährige Koalitionspartner der PDL die *Lega Nord* (vgl. Fella/Ruzza 2013: 51). Routiniert sind hingegen Berlusconis Angriffe auf Homosexuelle (vgl. ebd. 51). Diese finden sich im Wahlprogramm implizit wieder.

Die wenigen Übereinstimmungen zwischen dem Programm von PDL und M5S befinden sich bei der Ablehnung der politischen Elite, der Parteien und der Bürokratie. Diese Punkte verweisen wiederum auf Besonderheiten des italienischen Systems beziehungsweise der politischen Kultur Italiens. Mit der Kritik an politischer Elite und Parteien bauen PDL und M5S auf die seit dem Zweiten Weltkrieg konstant hohe Unzufriedenheit der Italiener mit ihrem politischem Personal und den Parteien auf (vgl. Segatti 2006: 244). Der Bürokratieabbau wird vor allem im Bezug auf die Staatsstruktur, die seit der Gründung des Einheitsstaats im Jahre 1861 permanenter Kritik vonseiten der Bevölkerung und der politischen Elite des Landes ausgesetzt ist (vgl. Tarchi 2008: 87), angestrebt. Der historische Überblick in Kapitel 3.1 hat gezeigt, dass italienische Rechtspopulisten dieses Thema auf unterschiedliche Weise zur Mobilisierung bestimmter Wählergruppen nutzten. Während die frühen Rechtspopulisten Giannini und Lauro auf die Unzufriedenheit der Südtaliener mit ihrer ökonomischen Situation aufbauten, machte die *Lega Nord*, die durch den vermeintlich unterentwickelten Süden eingeschränkte Konkurrenzfähigkeit der norditalienischen Unternehmer zum Fixpunkt ihrer Kritik am Zentralstaat (vgl. ebd. 87).

Mit Einschränkung sind Parallelen zwischen den Programmen auch im Bereich der direktdemokratischen Maßnahmen zu finden. Im Programm der PDL sind direktdemokratische Maßnahmen jedoch sehr viel weniger zentral als im Programm des M5S. Die Analyse hat gezeigt, dass Referenden sogar als negativ dargestellt werden (vgl. PDL 2013: 4). Eine weitere Parallele ist, dass sich in beiden Programmen Positionen gegen die Globalisierung wiederfinden. Diese unterscheiden sich jedoch in ihrer Ausrichtung. Während die PDL Position für die politische und wirtschaftliche Stärke Italiens in der globalisierten Welt ergreift, prangert das M5S die Ressourcenausbeutung der ärmeren durch die reichen Länder (vgl. M5S 2013b: 5) an, was Zeugnis von einem internationalen Bezug gibt. Denn hier ergreift das M5S Position gegen Italien, das mittels seiner aktuellen Energiepolitik auf Kosten ärmerer Länder Ressourcen verschwendet.

Auf der Basis der Erkenntnisse der Programmanalyse kann für die Hypothese *H3*, die besagt, dass das M5S den italienischen Rechtspopulismus in seiner organisatorischen, aber nicht in seiner programmatischen Ausrichtung fortführt, als Teilergebnis festgehalten werden: Das M5S führt den italienischen Rechtspopulismus im Bezug auf seine programmatischen Ausrichtung nicht fort.

4.2 Organisationsanalyse

4.2.1 Interne Organisationsstruktur

Der Ausgangspunkt für die organisatorischen Spezifika rechtspopulistischer Parteien ist ihre Kritik an anderen Parteien. Denn sie stellen ihre Parteien als einzige Alternative zu den etablierten Parteien dar, weil nur sie dazu fähig sei, den Volkswillen zu artikulieren. Mit diesem Anspruch erklärte auch Berlusconi die Gründung seiner Partei 1994 in der in Kapitel 3.1 zitierten Fernsehansprache (vgl. Berlusconi 1994). Die *Forza Italia* sollte einen komplett neuen Parteityp darstellen. Ähnlich äußerte sich der Hauptverantwortliche für Strategie und Organisation, Gianni Pilo, zum Anspruch der neuen Partei:

„Wir sind im Begriff eine *Nicht-Partei* zu konstruieren, eine *Bewegung* im amerikanischen Stil, die weithin Zweige ausbilden soll. Weder Parteisektionen noch ein Parteiapparat noch innerparteiliche Strömungen werden existieren. Zusammengehalten wird die Partei von den Individuen, von den einzelnen Persönlichkeiten, die in jedem Bezirk den *liberaldemokratischen Ideen* Gesicht und Stimme verleihen werden.“³⁶ (Pilo 1993, zit. nach Fix 1999: 201).

Diese Beschreibung deckt sich sowohl mit dem Anspruch der rechtspopulistischen Parteien, sich von den herkömmlichen Parteimodellen abzugrenzen, indem man sie als Bewegung bezeichnet, als auch mit den organisatorischen Charakteristika, einer auf einzelne Persönlichkeiten konzentrierten Partei. Dieses zweite Element findet sich auch in der

³⁶ Kursivdruck im Original.

Forschung bestätigt. Laut Tarchi handelte es sich bei der FI um eine auf Berlusconi konzentrierte „personal party“ (Tarchi 2008: 92). Sie unterschied sich zwar von bis dahin bekannten Parteimodellen, was sich in zahlreichen Nominationen niederschlug (vgl. Grasmück 2005: 365f.). Die FI war jedoch keine Bewegungspartei, sondern eine charismatisch geführte Partei. Denn Berlusconi traf alle relevanten Entscheidungen. Organisatorisch zeichnet sich die FI durch die enge Verflechtung mit dem Unternehmen *Fininvest* aus, weshalb sie als „business firm modell“ (Hopkin/Paolucci 1999: 320) bezeichnet wurde. Im Laufe der Parteigeschichte, die in Kapitel 4.2.1.2 dargelegt wird, kam es zu Veränderungen, die jedoch Berlusconis zentrale Rolle nicht beschnitten.

Anhand der FI wird deutlich, auf welche Art sich rechtspopulistische Parteien von den restlichen Parteien ihres nationalen Parteiensystems absetzen wollen. Das gilt auch für das M5S. Der Parteiname *MoVimento 5 Stelle* bedeutet ‚5-Sterne-Bewegung‘. Sich als Bewegung zu bezeichnen ist ein typisches Merkmal rechtspopulistischer Parteien. Die Bezeichnung ‚fünf Sterne‘ referiert allgemein auf das Qualitätssiegel der Tourismusbranche und im Besonderen auf die „vom Movimento geforderte Lebensqualität in den Kommunen“ (Brandau 2013: 73). Um diese Lebensqualität zu erreichen seien die Punkte „Wasser, Umwelt, Energie, Transport und Konnektivität“ (ebd. 73), die für die fünf Sterne stehen, zentral.

Die Parteienkritik manifestiert sich aber nicht nur implizit im Namen der Partei, sondern auch explizit in deren Parteistatut, das *Non-Statuto*³⁷ genannt wird. Hierhin wird das M5S als „Nicht-Verein“ (M5S 2009 Art. 4) bezeichnet und folgendermaßen charakterisiert:

„Das MoVimento 5 Stelle ist weder eine politische Partei, noch hat sie vor es in Zukunft zu werden. Sie will Zeugnis geben von der Möglichkeit eines effizienten und effektiven Meinungsaustauschs und einer demokratischen Konfrontation außerhalb von parteipolitischen oder assoziativen Verbindungen und ohne die Mediation durch Leitungs- oder Repräsentationsorganismen, aber unter Anerkennung der Gesamtheit der Internetnutzer in der Rolle als Regierung und Richtliniengeber, die normalerweise nur wenigen zuerkannt wird.“ (ebd. Art. 4).

Die Parallelen zur Parteienkritik der rechtspopulistischen Parteien werden in diesem Abschnitt offensichtlich. Erstens wird die Selbstbezeichnung als Partei, zweitens werden organisatorische Charakteristika anderer Parteien abgelehnt. Das M5S distanziert sich von der Mediation durch Gremien, sowie von Verbindungen zu anderen Parteien und Organisationen. Wie rechtspopulistische Parteien strebt das M5S damit „gesellschaftliche Bindungslosigkeit“ (Poguntke 2000: 72) an. Dies gilt aber nur für die Verbindung zu bereits organisierten gesellschaftlichen Interessen. Denn der Gesellschaft, beziehungsweise dem Internet nutzenden Teil der Gesellschaft wird die Funktion der Regierung und

³⁷ Dt. Nicht-Statut.

des Richtliniengeber zugestanden (vgl. M5S 2009 Art. 4). Dies ist die dritte Parallele zwischen rechtspopulistischer Parteienkritik und der Parteienkritik des M5S: Das ‚Volk‘ wird als Souverän dargestellt, die Herrschaft von wenigen, die von den Parteien gefördert werde, wird abgelehnt.

In Kritik und Anspruch des M5S zeigen sich konsistente Parallelen zu den rechtspopulistischen Parteien. Die Frage, ob sich auch Parallelen in der Organisation wiederfinden, wird im folgenden Teil beantwortet. Dabei wird auch offengelegt inwiefern die tatsächliche Organisation des M5S dem theoretischen Anspruch gerecht wird.

Zum Vergleich der organisatorischen Strukturen von *Forza Italia/Popolo della libertà* und *MoVimento 5 Stelle* bieten sich die Parteistatuten an, da in ihnen die wichtigsten Regeln zum Innenleben der Partei festgeschrieben werden (vgl. Katz/Mair 1992: 6). Diese Regeln geben Aufschluss über Rechte und Pflichten der einzelnen Parteigesichter und ihrem Verhältnis zueinander. Damit bilden sie auch die interne Machtverteilung ab. Diese ist jedoch nicht nur den formalen Regeln geschuldet, sondern hängt auch von anderen Faktoren wie der Verfügung über Ressourcen ab (vgl. Poguntke 1994: 205). Das bedeutet, dass Statuten zwar das formale Organisationsmodell widerspiegeln, aber nicht die organisatorische Praxis (vgl. Katz/Mair 1992: 6). Damit stellen sie die „official story“ (ebd. 7) der Partei dar. Die tatsächliche Umsetzung ist jedoch ebenso relevant. Dies gilt insbesondere für rechtspopulistische Parteien, da hier die organisatorischen Strukturen „not so democratic and transparent“ (Mudde 2007: 270) sind, wie es von den Statuten suggeriert wird. Um die Frage beantworten zu können, ob es sich bei FI/PDL und M5S um charismatisch geführte Parteien handelt, reichen die Parteistatuten folglich nicht aus. Darum werden weitere Parteidokumente und externe Experteneinschätzungen zur Analyse genutzt.

4.2.1.1 Charismatischer Parteivorsitzender

Durch die Rückbindung des politischen Programms der Partei auf die eigene Person werden die rechtspopulistischen Parteivorsitzenden charismatisch. Dadurch, dass sie ihre eigene Expertise zu einer wichtigen Ressource für die Partei machen, heben sie sich nicht nur von der Masse der anderen Parteimitglieder ab, sondern werden auch zum „einzigsten Agenda-Setter“ (Pappas 2012: 373).

Silvio Berlusconi und Beppe Grillo wirkten beide durch die Gründung der jeweiligen Parteien maßgeblich auf die programmatische Ausrichtung ein. Hier trifft zu, was auf viele charismatische Führer zutrifft: Die Parteien wurden auf der Basis des politischen Programms ihrer Vorsitzenden gegründet (vgl. ebd. 377). Was im Entstehungsprozess

normal ist, kann mit der Institutionalisierung der Partei verloren gehen. Im folgenden Teil soll erörtert werden, inwiefern die Programmatik der Partei Bezüge zu der Biographie und den persönlichen Erfahrungen des Parteivorsitzenden aufweist.

Berlusconis persönliche Erfahrungen haben sich in vielfacher Weise auf die programmatische Ausrichtung von FI/PDL ausgewirkt. Das gilt insbesondere für seinen Unternehmerhintergrund. Die Partei hat seit ihrer Entstehung 1994 ein dezidiert neoliberales Programm. Neoliberalismus war ein Kennzeichen insbesondere der frühen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas, von dem sich viele aber Anfang der 1990er zugunsten des Wirtschaftsprotektionismus distanzieren (vgl. Betz 1998: 7). Die FI entstand genau zu dieser Zeit, wies aber anstatt der Distanz zum neoliberalen Denken, ein ausdrücklich neoliberales Programm auf. Dass die neoliberale Ausrichtung auch im Parteiprogramm 2013 zu finden ist, hat die Programmanalyse bestätigt. Die neoliberale Ausrichtung wird als einer der Erfolgsfaktoren der FI/PDL identifiziert, da sie den Interessen von „Italy’s legion of self-employed businessmen and group self-regulated interests [...] who want to be left alone by government“ (Shin/Agnew 2008: 12) entspricht. Dadurch dass Berlusconis biographischer Hintergrund und das damit verbundene Image eines „Machers“ (Brandau 2013: 95) diese Interessen verkörpern, wird er zu einer zentralen Ressource der Partei. Auf der Basis seines Unternehmertums konstruiert er außerdem ein Alleinstellungsmerkmal, mit dessen Hilfe er sich von den verachteten Politiker abgrenzen will. Auch nach 20 Jahren als Politiker stellt er sich weiterhin als „highly successful entrepreneur obliged to enter the political field in order to counter a corrupt and inefficient political class“ (Fella/Ruzza 2013: 38) dar.

Vor dem Hintergrund von Berlusconis persönlichen Erfahrungen ist auch die seit Jahren angestrebte und ebenfalls im Wahlprogramm 2013 zu findende Justizreform zu interpretieren (vgl. PDL 2013: 30). Diese Reformbestrebungen sind jedoch nur die formale Ausprägung seiner „direct attacks on judiciary“ (Edwards 2005: 237). Darüber hinaus betreibt er seit Jahren eine „Medienkampagne der radikalen Delegitimierung der Funktion der Justiz“ (Rubini 2011: 132). In die Kritik sind diese Bestrebungen besonders deswegen geraten, weil er sich mithilfe der ersten Strategie, der Einführung von Gesetzen zur Einschränkung der Judikative, einen Vorteil zu verschaffen versucht. Berlusconis Strategie, sich selbst zu schützen, geht auf, denn obwohl er in mehreren Fällen als schuldig befunden wurde (vgl. Edwards 2005: 236), kam es nie zu einer rechtmäßigen Verurteilung. Beide Punkte illustrieren die Bindung des Parteiprogramms an Berlusconi und die Tatsache, dass er für die Partei eine Ressource darstellt. Denn Berlusconi kann sich als

Experte in Wirtschaftsfragen darstellen und sein Angriff auf die Justiz dient der Stärkung seiner Macht, denn er entging dadurch der rechtmäßigen Verurteilung.

Auch Beppe Grillo wirkte, wie Silvio Berlusconi, durch die Gründung von *MoVimento 5 Stelle* auf dessen politisches Programm ein. Ohne den Blog und die Entscheidung Beppe Grillos zur Gründung lokaler Gruppierungen hätte es die Partei nicht gegeben (vgl. Lanfrey 2011: 146). Durch die enge Rückbindung von *Meetups* zum Blog hat eine Rückbindung an die im Blog diskutierten Themen stattgefunden. Auch wenn der Blog sich seit seiner Entstehung von „einer Art politischem Tagebuch seines Begründers zu einem Bürger-Portal“ (Brandau 2013: 89) gewandelt hat, wirkt Grillo durch tägliche Posts weiterhin als Agenda-Setter. Durch diesen Entstehungsprozess wurde die Personalisierung des M5S bedingt. Ein entscheidendes Merkmal des M5S ist die Ablehnung der alten Medien und die Nutzung der neuen. Mit ‚alten Medien‘ sind TV, Radio und Zeitungen gemeint, wobei Grillo vor allem die staatlichen TV-Sender und die privaten Sender von Mediaset sowie Zeitungen kritisiert. Die Ablehnung dieser alten Medien manifestiert sich thematisch im Verbot der öffentlichen Finanzierung der Medien und der Abschaffung zwei der drei öffentlichen TV-Sender (vgl. M5S 2013b: 7). Mit ‚neuen Medien‘ sind das Internet und die damit verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten gemeint.

Die Ablehnung der alten und Förderung der neuen Medien ist Grillos persönlicher Erfahrung mit den Medien geschuldet. Um dies zu illustrieren, muss auch die Zeit vor dem Untersuchungszeitraum in die Analyse miteinbezogen werden. Als Komiker kam Grillo mithilfe des Fernsehens in den 1970/80er Jahren zu nationaler Bekanntheit. Nach einem Witz auf Kosten der Sozialisten wurde er jedoch mit einem TV-Verbot belegt (vgl. Brandau 2013: 94). Bis auf wenige sporadische Auftritte zu Beginn der 1990er Jahre trat Grillo nicht mehr im Fernsehen auf. Daraus entstand seine Kritik an den alten Medien und der Kontrolle, die die Politiker darauf ausüben.

Grillo beschuldigte die Medien „of hiding the truth and of dulling the consciousness of citizens“ (Bordignon/Ceccarini 2013: 7). Durch seinen Ausschluss kann Grillo sich als Teil derjenigen stilisieren, die durch ihre Unangepasstheit den Unmut der Mächtigen auf sich gezogen haben und ihr Leben aufgrund dessen neu organisieren müssen (vgl. ebd. 9). Dadurch dass er durch die Zusammenarbeit von Medien und Politik zur Änderung seiner Karriere gezwungen wurde (vgl. ebd. 9), kann er sein Leben als ein vom System negativ geprägtes darstellen. Dies dient ihm dazu sich „zur Stimme der Aufrechten zu erheben“ (Brandau 2013: 137). Durch seinen Ausschluss wird er außerdem als Experte für die Verflechtung von Politik und Medien wahrgenommen.

Doch nicht nur die Ablehnung der alten Medien auf programmatischer wie organisatorischer Ebene ist Grillos Erfahrungen geschuldet, sondern auch die Einbeziehung des Internets in Programm und Organisation des M5S. Grillo stellt das Internet als positives Gegenstück zu den alten Medien dar. Er gesteht dem Internet die Möglichkeit zur Kontrolle politischer Akteure und zur Partizipation an Entscheidungsprozessen durch die Bürger zu (vgl. Bordignon/Ceccarini 2013: 8). Somit begründet er die Funktion des Internets im Modell der direkten Demokratie, wie sie das M5S propagiert. Es soll die Partizipation der Bürger an der parlamentarischen Arbeit ermöglichen. Exemplarisch hierfür steht der Vorschlag, Gesetze mindestens drei Monate vor ihrer Verabschiedung im Internet zu veröffentlichen, um Kommentare der Bürger einzuholen (vgl. M5S 2013b: 3). Dass Grillos Medienexpertise zu einer Ressource der Partei wird, spiegelt sich auch in den deren organisatorischen Charakteristika wider. Die neuen Medien stellen ein zentrales Merkmal der Organisation der Partei dar: Mandatsträgern wird davon abgeraten in Talkshows aufzutreten (vgl. Grillo 2012d), das M5S strahlt eigene Aktionen über den *Youtube*-Kanal ‚la Cosa‘³⁸ aus, der Großteil der parteiinternen Kommunikation wird über das Internet getätigt. Grillos Medienkritik, die in seiner Biographie begründet ist, hat folglich zentral auf die programmatischen und organisatorischen Charakteristika des M5S eingewirkt.

4.2.1.2 Charismatische Führung

Die Organisationsstruktur von FI/PDL unterlag in den letzten 20 Jahren einem Wandel, der in vier Phasen unterschieden werden kann (vgl. Grasmück 2005: 364-406; Mariotti 2011: 35-39). In ihrer Entstehungszeit, der ersten Phase (1994-1996), perfektionierte die FI ein Parteimodell, das sich durch die Verkleinerung des Parteiapparats und der innerparteilichen Strömungen sowie die Zentralität des Parteivorsitzenden auszeichnete (vgl. Fix 1999: 201f.). Daraus entstand eine Partei mit „undurchsichtige[n] Organisationsstrukturen“ (Grasmück 2005: 366). Mit dem Verlieren der Parlamentswahlen 1996 wurde die notwendige Veränderung des Parteimodells offensichtlich (vgl. ebd. 381). Ziel der Veränderungen, die die zweite Phase einleiteten (1996-2001), waren die Erhöhung der innerparteilichen Demokratie und die Verfeinerung der lokalen Strukturen (vgl. Mariotti 2011: 36). Die „personalisation of the leadership“ (ebd. 36) blieb trotz Veränderungen erhalten. Mit dem Wahlsieg 2001 ging der Beginn der dritten Phase (2001-2006) einher, denn dadurch, dass Posten in der Partei mit Mandatsträgern besetzt worden waren, die nun Regierungsämter übernahmen, kam es zur „personelle[n] Aushöhlung der FI auf

³⁸ Dt. Die Sache.

nationaler Ebene“ (Grasmück 2005: 396). Da die Parteileitung mit ihren Aufgaben in der Regierung ausgelastet war, wurden die in der zweiten Phase angestrebten Ziele nicht weiter verfolgt. Die Folgen waren die Stagnation der Institutionalisierung und Zerfallerscheinungen der Mitgliederorganisation (vgl. ebd. 407).

Die vierte Phase (ab 2006) wurde abermals von einer Parlamentswahl eingeleitet. Denn 2006 verlor die FI die Wahlen, was dazu führte, dass Berlusconi sich wieder verstärkt der organisatorischen Umgestaltung zuwandte (vgl. Mariotti 2011: 37). Das Ergebnis dieser Bestrebungen war, dass er im November 2007 ankündigte, eine neue Partei, unter der sich die Mitte-Rechts-Parteien vereinen sollte, zu gründen. Trotz anfänglicher Skepsis stimmten die Vorsitzenden der anderen Parteien, einem gemeinsamem Wahlbündnis zu den Parlamentswahlen im Jahre 2008 zu (vgl. McDonnell 2013: 2). Nachdem dieses Wahlbündnis als deutlicher Sieger aus den Parlamentswahlen 2008 hervorgegangen war (vgl. Chiaramonte 2009: 193f.), wurde die neue Partei gegründet. Dadurch dass Berlusconi den Anstoß zur Gründung gegeben hatte, befand er sich in einer privilegierten Position hinsichtlich der Parteileitung gegenüber potentiellen Konkurrenten. Dies äußerte sich in einem Konflikt 2010 mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden der *Alleanza Nazionale* (AN), Gianfranco Fini. Dessen Kritik an Berlusconi führte zu seinem Austritt und der Neugründung *Futuro e libertà per l'Italia* (FLI) (vgl. McDonnell 2013: 3).

Die neue Partei *Popolo della libertà* hat sich folglich als äußerst fragil erwiesen, was zum Rücktritt der Regierung im November 2011 beigetragen hat. Zu den Parlamentswahlen 2013 trat Berlusconi erneut mit der PDL an.³⁹ Kontinuierliches Merkmal dieser vier Phasen war die Zentralität Berlusconis. Das äußert sich darin, dass der ‚Präsident‘⁴⁰ das „zweifelloos wichtigste Parteiorgan“ (Grasmück 2005: 407) ist. Die Frage, ob sich diese starke Stellung in einem charismatischen Führungsstil äußert, ist Gegenstand der folgenden Analyse. Auf die verschiedenen Entwicklungsstufen wird nur bei besonderer Relevanz eingegangen.

Das erste Merkmal der internen Organisationsstruktur einer charismatisch geführten Partei ist, dass der Parteivorsitzende die Spitzenposition in *party in public office* innehat. Dieses Merkmal erfüllt Berlusconi, denn er war von 1994 bis 2011 entweder „Prime Minister or leader of the opposition“ (McDonnell 2013: 2). Eine Neuerung zeichnete sich im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2013 ab, denn Berlusconi erklärte im Januar 2013, dass er im Falle des Wahlsieges das Amt des Wirtschaftsministers nicht des Premiermi-

³⁹ Im Bearbeitungszeitraum dieser Arbeit haben sich neue Spaltungen innerhalb der PDL aufgetan. Berlusconis Reaktion darauf bestand in der geplanten „Wiedergeburt der *Forza Italia*“ (Bachstein 2013).

⁴⁰ Der Vorsitzende der FI und PDL nennt sich ‚Präsident‘.

nisters anstrebe (vgl. Garzia 2013: 1097). Dennoch beanspruchte er für den Wahlkampf die Rolle des „leader of the coalition“ (ebd. 1097). Bei dem Verzicht auf die Position des Premierministers handelt es sich um eine präzedenzlose Entscheidung (vgl. ebd. 1097). In Anbetracht der Tatsache, dass aber vor allem Wirtschaftsfragen die italienische Politik dieser Zeit dominieren, wirkt der Machtverlust, der mit einem solchen Amt einherginge, weniger schwer. Denn Berlusconi strebt dieses Amt an, da er sich als Experte in Wirtschaftsfragen sieht, womit er sein Selbstverständnis als charismatischer Führer untermauert.

Da die PDL die größere der beiden von Berlusconi gegründeten Parteien darstellt, die noch dazu aus einer „Föderation von politischen Parteien“ (Mariotti 2011: 38) entstanden ist, ist es plausibel, dass sich hierin schneller innerparteiliche Strömungen entwickelten als in der FI. Solche interne Strömungen werden von rechtspopulistischen Parteien deswegen abgelehnt, weil sie die Homogenität der Partei und damit den Führungsanspruch des Parteivorsitzenden in Frage stellen. Tatsächlich kam es 2010 zur Bildung einer innerparteilichen Strömung aus ehemaligen AN-Mitgliedern. Diese Strömung stellte „the relationship between leader and the organisation“ (ebd. 38) in Frage und verdeutlichte, dass Berlusconis Dominanz über die PDL der Dominanz, die er über die FI ausübte, nachstand. Bei einer TV-Ausstrahlung im April 2010, die in der offenen Konfrontation zwischen Berlusconi und dem ehemaligen AN-Vorsitzenden Fini mündete, wurde Berlusconis Führung öffentlich angezweifelt. Auch wenn dies das erste Mal war, dass Berlusconi „had ever been openly criticized by a leading figure from within one of his own parties“ (McDonnell 2013: 3) war, war die Folge vorhersehbar: Fini wurde aus der Partei ausgeschlossen. Das Beispiel Finis illustriert wie wichtig Berlusconi die absolute Kontrolle über seine Partei ist und dass Dissens zum Ausschluss führt. Im Folgenden geht es darum, ob diese Kontrolle auch die personelle Ausstattung der *party in central office* und der *party in public office* betrifft.

Das Erreichen von Spitzenpositionen in der *party in central office* und *party in public office* ist seit der Entstehung der FI an die Beziehung zum Präsidenten geknüpft. Zu Beginn zeichneten sich die FI durch eine Überlappung der Spitzenpositionen in den höchsten Gremien der Parteiorganisation und in Parlament und Regierung aus (vgl. Mariotti 2011: 47). Das höchste Gremium der *party in central office* war, zumindest formal, das Präsidenschaftskomitee, das aus den fünf „Gründervätern“ (Grasmück 2005: 412) bestand. Es war aber nicht das funktionale Äquivalent zum ranghöchsten Gremium, dem Präsidium, anderer Parteien (vgl. Poguntke 1998: 164). Die Funktion des Präsidiums kam vielmehr Berlusconi zu, der alle wichtigen Entscheidungen alleine traf (vgl. Grasmück

2005: 412). Dabei stand ihm ein Beraterkreis zur Verfügung, über dessen Zusammensetzung er allein entschied (vgl. Mariotti 2011: 36). Teil seiner Befugnisse war es damit, die Mitglieder dieses *de facto* wichtigsten Gremiums zu ernennen.

Die Spitzenmandatsträger in der Partei fanden sich auch in Spitzenämtern in Regierung und Parlament wieder. Die Fraktionsführung der FI wurde mit „engen Vertrauten des Parteichefs“ (Köppl 2007: 128) besetzt. Auch die Mitglieder der Regierung wurden beispielsweise 2001 ausschließlich aus der nationalen Leitung der Partei rekrutiert (vgl. Grasmück 2005: 396). Berlusconis Einfluss blieb auch nach der Ernennung einer Person zum Minister stark. So entließ er den damaligen Außenminister „Ruggiero, der ihm als zu eigenständig daherkam“ (Grasmück 2005: 460). Stattdessen besetzte er diesen Posten mit einem „treuen und absolut loyalen Parteisoldaten“ (Grasmück 2005: 460). Berlusconis Kontrolle über die *party in public office* ging folglich über die Kandidatenselektion hinaus.

Trotz Veränderungen der Statuten und der Neugründung in PDL blieb Berlusconi als zentrale Entscheidungsinstanz unangetastet. Die jüngsten Entwicklungen mit dem Austritt Finis erhöhten sogar die Konzentration der Parteiorganisation auf den Präsidenten (vgl. Mariotti 2011: 41). Denn Berlusconi setzte „his most faithful collaborator“ (ebd. 42) Angelino Alfano zunächst als neuen nationalen Koordinator, dann *per Akklamation* als nationalen Parteisekretär ein (vgl. McDonnell 2013: 9). Einhergehend mit dem neuen Parteistatut von Juli 2011 war dieses Amt neu geschaffen worden (vgl. PDL 2011 Art. 16).

Die organisatorische Umgestaltung hat Konsequenzen für die Ernennung der Kandidaten für die *party in public office*. Das Parteistatut der PDL sichert Berlusconi formal das Recht der Kandidatenselektion für nationale Wahlen, Europawahlen und Regionalwahlen zu (PDL 2011 Art. 25). Auf der Ebene der Provinz kommt das Recht zur Ernennung des Kandidaten für den Vorsitz der Provinz dem nationalen Parteisekretär zu. Dieser entscheidet außerdem über den Bürgermeisterkandidaten in Provinzhauptstädten. Durch die Selektionsmechanismen wird deutlich, dass das Erreichen von Spitzenämtern nach wie vor an die Person Berlusconi gebunden ist. Persönlich kontrolliert er die Kandidatenauswahl bis zur Regionalebene. Und selbst auf der Provinzebene hat die nationale Leitung das Vorrecht der Selektion. Dadurch dass mit Alfano ein treuer Anhänger Berlusconis dieses Amt übernommen hat, wird offensichtlich, dass Berlusconi Einfluss *de facto* selbst bis zur Selektion der Bürgermeisterkandidaten auf Provinzebene reicht.

Die Feststellung des nächsten Merkmals, der Transparenz der bürokratischen Strukturen, ist darum mit Schwierigkeiten, weil hier der Unterschied zwischen der „official story“

(Katz/Mair 1992: 7) der Parteistatuten und der parteiinternen Praxis besonders offensichtlich wird. In der ersten Phase war die FI „als reines Wahlkomitee konzipiert, das einzig Silvio Berlusconi zu Diensten zu sein hatte und somit auch keiner festen Regeln bedurfte“ (Grasmück 2005: 368). Offensichtlicher kann die Absenz von transparenten bürokratischen Strukturen nicht dokumentiert werden. Die beiden im Statut vorgesehenen Gremien, der Präsidenten und das Präsidenschaftskomitee, wurden ohne Wahl für drei Jahre festgelegt (vgl. ebd. 368). Sie blieben auch die beiden dominanten Gremien in den folgenden Jahren. Die wichtigsten Entscheidungen traf Berlusconi jedoch alleine (vgl. ebd. 412). Trotz Veränderungen der Statuten, die dem Präsidenschaftskomitee im Laufe der Jahre mehr Befugnisse einräumten, blieb Berlusconi als zentrale Entscheidungsinstanz unangetastet. Dazu gehörte auch, dass die Zusammensetzung des Komitees „zusehend undurchsichtiger“ (ebd. 413) wurde, denn Berlusconi sorgte für den ständigen Wechsel der Besetzung. In der PDL wurde dieses Gremium durch das *Ufficio di Presidenza* ersetzt. Dieses Gremium besteht aus:

„dem Präsidenten, der es einberuft und der ihm vorsitzt, den Fraktionsvorsitzenden und Vize-Fraktionsvorsitzenden in Kammer und Senat, auf einem Repräsentanten der *Popolo della libertà* der Europäischen Union, und aus 30 weiteren Mitgliedern, die vom Kongress auf Vorschlag des nationalen Präsidenten gewählt werden“ (PDL 2011 Art. 16).

Aus seinen Reihen wird der nationale Parteisekretär gewählt (vgl. ebd. 16). Aufgrund dessen weitreichender Befugnisse ist er dem *Ufficio di Presidenza* übergeordnet. Mit der Ernennung Alfanos zum Parteisekretär hat Berlusconi somit abermals seine Macht demonstriert. Denn der Parteisekretär ist die wichtigste Persönlichkeit in der PDL nach Berlusconi selbst. Indes hat die Schaffung dieses Amtes deutlich illustriert, was für alle organisatorischen Veränderungen innerhalb der Partei galt, nämlich dass „improvisation is the only real organizational rule“ (Panebianco 1988: 146). Die *party in central office* zeichnet sich folglich, trotz der Regeln, die in Statuten festgelegt sind, durch Intransparenz aus, weil Berlusconis die letztgültige Entscheidungsmacht hat und nicht an organisatorische Regeln gebunden ist.

Das letzte Merkmal betrifft die Wahl des Parteivorsitzenden. Berlusconis Stellung als Präsident der FI und später PDL war immer unangefochten. So wurde er im ersten Parteistatut ohne Wahl für drei Jahre als Präsident der FI festgelegt (vgl. Grasmück 2005: 368). 1998 wurde er *per Akklamation* im Amt bestätigt (vgl. Mariotti 2011: 44). Das aktuelle Parteienstatut der PDL sieht zwar eine Wahl durch den Parteikongress vor (vgl. PDL 2011 Art. 15), jedoch ist seine Amtszeit nicht begrenzt. Dadurch wird deutlich, dass ein regulärer periodischer Wechsel der Parteiführung nicht vorgesehen ist.

Dies ist ein starkes Anzeichen für die mangelnde Institutionalisierung der Partei. Auch wenn organisatorische Strukturen geschaffen sind, behält Berlusconi doch die Kontrolle über die Partei. Folglich hat auch der „transfer of loyalties from the leader to the organization“ (Panebianco 1988: 147), der die Institutionalisierung einer charismatisch geführten Partei charakterisiert, nicht stattgefunden. Das bestätigen Umfragen unter den Parlamentsmitgliedern, denn „Berlusconi is perceived as the charismatic leader who enables people standing by him to rise“ (Mariotti 2011: 49). Diese Parlamentarier sind sich der absoluten Kontrolle Berlusconis über die Partei durchaus bewusst und sehen dies nicht als Manko, im Gegenteil binden viele ihre Mitgliedschaft direkt an Berlusconi (vgl. ebd. 51). Darum wird das Überleben der Partei nach Berlusconis politischem Ende von einem Großteil der Parteimitglieder als fragwürdig erachtet (vgl. McDonnell 2013: 10f.). Diese Einschätzungen in Verbindung mit der Konzentration von formeller und informeller Macht in den Händen Berlusconis machen die FI/PDL zum Prototyp einer charismatisch geführten Partei.

Ausgangspunkt der Analyse der internen Organisationsstrukturen des M5S stellt sein Parteistatut *Non-Statuto*⁴¹ dar. Es wurde während der offiziellen Gründung des M5S präsentiert und spiegelt den, in Kapitel 4.2.1 dargestellten, Anspruch nach einer schmalen Parteiorganisation wider. Denn es besteht aus lediglich fünf Seiten mit insgesamt sieben Artikeln, in denen nur grundsätzliche Regeln festgeschrieben werden.⁴²

Das erste Merkmal der charismatischen Führung ist, dass der Parteivorsitzende die Spitzenposition in der *party in public office* innehat. Die Einordnung wird durch den Umstand erschwert, dass im *Non-Statuto* kein Parteivorsitzender vorgesehen ist. Da die Partei mit Beppe Grillo *de facto* einen Parteivorsitzenden hat, ist tiefgreifende Analyse notwendig. Auch wenn Beppe Grillo kein gewählter Parteivorsitzender ist, dokumentiert das *Non-Statuto* seine Sonderstellung. Erstens hat Beppe Grillo die Rechte am Namen der Partei und dem Parteisymbol inne (vgl. M5S 2009 Art. 3). Die Partei hat keinen physischen Sitz, sondern der „Sitz“ des ‚MoVimento 5 Stelle‘ fällt mit der Internetadresse

⁴¹ Dt. Nicht-Statut.

⁴² Es gibt jedoch noch ein weiteres Dokument, das zwar ein juristisch offizielles Parteistatut ist, aber von der Partei nicht als solches genutzt wird. In diesem Dokument wird das M5S offiziell und notariell beglaubigt als Verein gegründet (vgl. M5S 2012c). Hierin wird Beppe Grillo als der Präsident des M5S aufgeführt, sein Neffe Enrico Grillo als Vizepräsident und eine dritte Person, namens Enrico Maria Nadasi, als Sekretär der Partei. Teil dieses Dokument ist auch ein offizielles Statut, dessen Charakter formaler ist als der des *Non-Statuto* und indem organisatorische Leitlinien aufgezeigt werden, die sich im *Non-Statuto* nicht wiederfinden. Dieses offizielle Statut wird jedoch weder unter den offiziellen Parteidokumenten auf dem Blog geführt, noch gibt es eine offizielle Stellungnahme dazu. Im Diskussionsforum wird dieses Dokument als Bedingungen dargestellt, die zur Wahlteilnahme erfüllt werden musste, ansonsten aber keine Bedeutung für die Organisation der Partei habe (vgl. Giampapa 2013). Da davon ausgegangen werden muss, dass es sich nur um einen formalen Akt handelt, der keine Konsequenzen für die Organisation hat, kann es nicht in die Analyse miteinbezogen werden.

www.beppegrillo.it zusammen⁴³ (M5S 2009 Art. 1). Die Tatsache, dass der Sitz mit der Internetadresse identisch ist, die den Namen Beppe Grillos trägt, ist ein zweites Argument dafür, dass Grillo die Partei *de facto* anführt. Drittens wird Grillo zunehmend als Parteichef bezeichnet, beispielsweise in dem Dokument, das das Programm offiziell als Wahlprogramm anmeldet: „Das MoVimento 5 Stelle weist Giuseppe Piero Grillo, genannt Beppe [...], als Anführer der politischen Kraft aus“ (M5S 2013a: 1). Das Gleiche gilt für den Blogeintrag, in dem das M5S offiziell seine Teilnahme an der Parlamentswahl ankündigt (vgl. M5S 2012b).

Dass Beppe Grillo zwar nicht offiziell aber faktisch der Parteivorsitzende ist, hängt damit zusammen, dass das M5S sich selbst als Bewegung definiert. Dadurch dass das M5S die Partizipationsmöglichkeiten des Einzelnen hervorhebt und ein direktdemokratisches Organisationsmodell anstrebt, lehnt es Leader ab (vgl. Gualmini 2013: 15). Offiziell sieht Grillo seine Rolle im M5S folgendermaßen:

„Ich muss der politische Anführer einer Bewegung sein, aber ich möchte euch nur sagen, dass meine Rolle die eines Garanten ist, der kontrolliert, aufpasst wer beitrifft, wir müssen sehr wachsam sein“ (Grillo 2012b).

Die Ablehnung von Spitzenpositionen betrifft auch die *party in public office*. So betonte Grillo, dass für das Parlament keine „Führer oder Führerchen“ (Grillo 2012d), sondern *Sprecher* gewählt werden. Der Verhaltenskodex der Parlamentarier schränkt dessen Einfluss abermals durch das Vorschreiben eines viermonatigen Wechsels ein (vgl. M5S 2012a). In diesem Parteigesicht zeichnet sich eine weitere Besonderheit ab: Beppe Grillo kandidiert für kein öffentliches Amt. Begründet wird dies einerseits mit seiner Vorstrafe⁴⁴, denn Verurteilte verlieren nach den Regeln des M5S das passive Wahlrecht, und andererseits mit seinem Alter, denn er betont regelmäßig, dass junge Menschen qualifizierter für ein politisches Amt seien (vgl. Brandau 2013: 96).

Dadurch dass Grillo nicht kandidiert, suggeriert er nicht nur Prinzipientreue, sondern auch dass er nicht an Macht interessiert sei. Stattdessen gibt er, wie oben dargestellt, vor, sich ohne einen persönlichen Vorteil anzustreben, für das ‚Wohl der Gemeinschaft‘ einzusetzen. Er stellt sich als ‚Garant‘ zur Verfügung, der die wichtige Funktion der Kontrolle übernehme (vgl. Grillo 2012b). Dadurch dass er selbst nicht kandidiert, hat er die Möglichkeit seine Distanz zur politischen Klasse aufrechtzuerhalten, was der authentischen Vermittlung von Volksnähe dient. Dadurch stellt sich das Problem nicht eine politische Klasse zu kritisieren, zu der er faktisch gehört, wie es bei Berlusconi der Fall ist. Eine weitere Folge ist, dass er sich nicht dem Urteil der Wähler aussetzt (vgl. Gualmini

⁴³ Anführungszeichen im Original.

⁴⁴ Grillo hat in den 1980ern einen Autounfall mit tödlichem Ausgang verschuldet (vgl. Brandau 2013: 96).

2013: 15). Folglich festigt er mit seiner Enthaltung von öffentlichen Ämtern seine innerparteiliche Macht. Dennoch bedeutet es für die interne Organisationsstruktur, dass das erste Merkmal der charismatischen Führung nicht erfüllt ist.

Das zweite Merkmal der charismatischen Führung ist der Ausschluss von Parteimitgliedern bei Dissens mit den Vorgaben des Parteivorsitzenden. Als Inhaber der Rechte an Namen und Parteisymbol (vgl. M5S 2009 Art. 3) entscheidet Beppe Grillo über deren Nutzung durch Dritte. Seine Entscheidungsgewalt in dieser Hinsicht wird im *Non-Statuto* implizit festgelegt. So soll bei der Kandidatenauswahl vor Wahlen jedes Mal neu entschieden werden, wer autorisiert sei Namen und Logo des M5S zu benutzen (vgl. ebd. Art. 7). Damit ist auch die rechtliche Grundlage für Parteiausschlüsse geschaffen, die Grillo bereits nutzte. Im Dezember 2012 wurde die Kommunalabgeordnete Federica Salsi ausgeschlossen, weil sie entgegen Grillos Verbot in einer Talkshow aufgetreten war (vgl. Brandau 2013: 141). Doch nicht nur ein Verstoß gegen die Regeln des M5S wird als Ausschlussgrund genutzt, sondern auch Kritik. So wurde Giovanni Favia, nachdem er mangelnde innerparteiliche Demokratie und Grillo sowie dessen Mitarbeiter Casaleggio kritisiert hatte, ausgeschlossen. Dieser Fall illustriert, dass sich selbst einflussreiche Vertreter des M5S wie Giovanni Favia (vgl. ebd. 141) im innerparteilichen Konflikt gegen Grillo nicht durchsetzen können. Dabei verschafft Grillo vor allem das Innehaben der Namensrechte eine innerparteiliche Macht, die kein anderes Parteimitglied für sich beanspruchen kann.

Diese Fälle illustrieren Beppe Grillos Rolle als charismatischer Führer, denn der Ausschluss Salsis zeigt deutlich, wie das programmatische Merkmal, Ablehnung der alten Medien, das auf den Parteivorsitzenden zurückzuführen ist, zur Beschränkung der Autonomie der Mandatsträger genutzt wird. Die Tatsache, dass die Kritik Favias an fehlender Demokratie zum Ausschluss geführt hat, demonstriert neben Grillos Macht, dass es dem M5S tatsächlich an innerparteilicher Demokratie mangelt, denn solche repressiven Maßnahmen sind nicht mit demokratischem Meinungspluralismus vereinbar. Dadurch wird die Parallele zu den rechtspopulistischen Parteien offensichtlich, in denen Kritik an der Partei oder ihrem Vorsitzenden nicht geduldet wird. Der Anti-Pluralismus der rechtspopulistischen Ideologie wird hier zum organisatorischen Merkmal, denn der Ausschluss demonstriert, dass pluralistische Meinungen unterdrückt werden.

Das dritte Merkmal ist die Bindung von Ämtern in *party in central office* und *party in public office* an die persönliche Beziehung zum Parteivorsitzenden. Zur Klärung ob dieses Merkmal vorhanden ist, soll zunächst das vierte Merkmal behandelt werden, dass die Absenz von transparenten bürokratischen Strukturen zum Gegenstand hat. Dadurch dass

sich das M5S auf seinen Bewegungscharakter beruft, versucht es „die Entwicklung vertikaler Hierarchien zu minimieren“ (Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 132). Die Folge davon ist, dass es nur rudimentär ausgebildete organisatorische Strukturen auf lokaler und nationaler Ebene gibt.

Die lokalen Gruppen *Meetups* haben keine einheitlichen organisatorischen Strukturen. Verbindlich ist nur, dass alle Ortgruppen einen gewählten Vorsitzenden, den sogenannten *Organizer* haben, der als Einziger das Recht zu direktem Kontakt zu Grillo und seinen Mitarbeitern hat (vgl. Brandau 2013: 52). Die Hierarchie in den *Meetups* bleibt folglich auf ein Minimum beschränkt bleibt, was alle Mitglieder gleichwertig macht. Dabei spielt das Internet eine ausschlaggebende Rolle. Die *Meetups* nutzen webbasierten Kommunikationsformen, die eine „schwache Interaktion zwischen den Teilnehmern, die sich deutlich von dem Beitritt zu einer traditionellen Partei unterscheidet“ (Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 132) begünstigt. Denn zum Beitritt zu M5S und *Meetups* bedarf es nicht mehr als einer „Registrierung auf einer normalen Internetseite“ (M5S 2009 Art. 5). Ein Mitgliedsbeitrag ist nicht vorgesehen (vgl. ebd. Art. 6). Folglich werden durch das Internet nicht nur die Kosten von Beitritt und Interaktion herabgesetzt, sondern auch die Wahrnehmung des Einzelnen gefördert, tatsächlich politisch aktiv zu sein (vgl. Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 133).

Das Internet stellt aus den genannten Gründen einerseits einen Vorteil gegenüber den organisatorischen Strukturen anderer Parteimodelle dar, andererseits ist es ein Nachteil, weil es die Verbindlichkeit der Mitgliedschaft herabsetzt (vgl. ebd. 132f.). So hat der offene Zugang hat in Kombination mit der Absenz von Hierarchien zu Diskussionen geführt, welche Mitglieder für Ämter kandidieren dürfen (vgl. ebd. 134). Zur Vermeidung von Trittbrettfahrern nahmen die *Meetups* eine Unterscheidung in Aktivisten und Sympathisanten vor. Welche Voraussetzungen für einen Aufstieg vom Sympathisanten zum Aktivisten gelten, regeln die Gruppen zwar autonom (vgl. ebd. 135), der offene Charakter der Mitgliedschaft bleibt jedoch dadurch bestehen, dass die Voraussetzungen für einen Aufstieg sehr niedrig sind.⁴⁵

Der transparente Charakter der lokalen Strukturen steht mangelnder Transparenz auf der nationalen Ebene gegenüber. Die Verbindung zwischen den beiden Ebenen ist demokratietheoretisch problematisch. In etablierten Parteien wird die Verbindung von Mitgliederorganisation und nationaler Leitung durch den Parteikongress geschaffen. Der Parteikongress ist das wichtigste Gremium der Mitgliederorganisation, denn er kontrolliert die

⁴⁵ Eine der stricktesten Regeln sieht das *Meetup* Bologna vor: Hier müssen Sympathisanten an drei (offline) Treffen teilnehmen, um den Antrag auf den Status des Aktiven stellen zu können (vgl. Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 137).

Parteileitung (vgl. Poguntke 1998: 161). Da das M5S keinen Parteikongress abhält, hat die Mitgliederorganisation keine Möglichkeit zur Kontrolle der Parteileitung. Fehlende Kontrolle ist indes ein Indiz für fehlende innerparteiliche Demokratie.

Ein starkes Indiz dafür stellt außerdem die Zusammensetzung der Parteileitung dar. Das M5S hat weder ein Präsidium, noch eine nationale Exekutive, was die wichtigsten Strukturen der *party in central office* sind (vgl. ebd. 164). Die Aufgaben eines Präsidiums werden von Grillo und seinen Mitarbeitern erfüllt. Die Zusammensetzung dieser Gruppe, des sogenannten *Staff* ist jedoch weitgehend unklar (vgl. Brandau 2013: 101). Genauso wie Grillo, wurden auch die Mitglieder dieser Gruppe nicht gewählt. Sicher ist nur, dass Grillo sie leitet. Da es keine Wahlen gibt, die ihn legitimieren könnten, gewinnt er Legitimität, dadurch dass er der Gründer und Rechteinhaber des M5S ist. Darüber hinaus verdankt Grillo „der Popularität seines Blogs, der Sichtbarkeit seiner Auftritte, der Effektivität seiner Kommunikation“ (Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 139) Legitimität.

Grillo verdankt seine Zentralität aber auch dem *Staff*, der als „heimliche Organisationsstruktur“ (Brandau 2013: 106) gilt. Dessen Mitglieder wurden weder direkt (durch Wahl) noch indirekt (wie Beppe Grillo durch seine Gründung) legitimiert. Das Fehlen von Legitimation ist ein weiteres Indiz für die fehlende innerparteiliche Demokratie. Dementsprechend kann es nicht verwundern, dass dieser Bereich Kritik ausgesetzt war. Besonders die Rolle Gian Roberto Casaleggios, der als das bekannteste Mitglied des *Staffs* gilt, hat zu Spekulationen, denen zufolge Casaleggio die „wahre graue Eminenz des Movimento“ (Vignati 2013: 40) sei, geführt. Tatsächlich ist die Entstehung des Blogs maßgeblich mit der Arbeit Casaleggios und seiner Firma verbunden (vgl. Biorcio 2013: 47). Seine Rolle für das programmatische und organisatorische Profil der Partei ist jedoch unklar, was Spekulationen Vorschub leistet. Hier wird die Intransparenz besonders deutlich. Wenn ein Leitungsgremium aus unbekannt Personen besteht beziehungsweise deren Rolle unbekannt ist, fehlen transparente demokratische Strukturen der *party in central office*, womit das vierte Merkmal der charismatischen Führung erfüllt ist.

Das Fehlen von formalen Strukturen soll nach dem Selbstverständnis des M5S durch die „Möglichkeit eines effizienten und effektiven Meinungs austauschs und einer demokratischen Konfrontation“ (M5S 2009 Art. 4), die das Internet bietet, ausgeglichen werden. Diese Möglichkeiten zeigen sich jedoch begrenzt, wenn man betrachtet wie die innerparteiliche Kommunikation auf dem Blog vonstattengeht. Die Kommunikation der Parteileitung ist unidirektional. An dessen Anfang steht ein Post von Grillo. Die Kommentare, die auf diesen Post hin von den Mitgliedern getätigt werden, bleiben unbeantwortet (vgl. Brandau 2013: 100). Damit stellt der Blog zwar ein Diskussionsforum zwischen den

Mitgliedern dar, aber keines zwischen den nationaler und lokaler Organisationsstruktur. Damit wird deutlich, dass der Blog nicht die demokratische Funktion organisatorischer Strukturen und Regeln ersetzt.

Dass die Ämter in der *party in central office* an Grillo gebunden sind, sollte durch die oben dargelegte Zusammensetzung des *Staffs* deutlich geworden sein. Auch für die Kandidatenselektion der *party in public office* spielen Beppe Grillo und sein *Staff* eine entscheidende Rolle. Im *Non-Statuto* wird betont, dass sich die Regeln zu Kandidatenselektion mit zunehmender Erfahrung verändern werden (vgl. M5S 2009 Art. 7). Dieser offene Charakter spiegelt sich darin wider, dass das M5S im Laufe seiner Geschichte verschiedene Prozeduren genutzt hat. So traten die ersten offiziell gewählten Mandatsträger mithilfe von Bürgerlisten an, die von Grillo und seinem *Staff* lizenziert werden mussten (vgl. Brandau 2013: 91). Diese Prozedur hat sich für Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene bis Februar 2013 nicht geändert. Die Lizenzierung, die im Wesentlichen in der Erlaubnis zu Nutzung von Name und Parteilogo besteht, gilt pro Person und wird zu jeder Wahl neu erteilt (vgl. M5S 2009 Art. 7). Dadurch wird die enge Bindung der Mandatsträger zu Grillo und dem *Staff* deutlich. Denn so wird ein Instrument geschaffen, das es ihnen ermöglicht bei jedem Wahlantritt neu zu entscheiden.

Zur Auswahl der Kandidaten für die Parlamentswahlen 2013 wurde ein anderes Prozedere genutzt. Die Entscheidung darüber wurde abermals zentral von Grillo getroffen und über den Blog kommuniziert. Kandidieren durften all diejenigen, die bereits bei Kommunal- oder Regionalwahlen angetreten, aber nicht gewählt worden waren (vgl. M5S 2012d). Dahinter steht die Überzeugung, dass Erfahrung mit der politischen Arbeit keine relevante Qualifikation darstellt. Grillos „Sympathie gegenüber Unerfahrenheit und Dilettantismus“ (Gualmini 2013: 18) erinnert an die Ansichten des frühen Rechtspopulisten Guglielmo Gianninis, dessen Überzeugung war, dass man zum Regieren „nicht mehr als eine ausreichende Dosis guten Menschenverstands“ (Tarchi 2003: 83) brauche.

Während politische Erfahrung als unnütz und sogar kontraproduktiv dargestellt wird, gilt jugendliche Unerfahrenheit Grillo und den Aktivisten als besondere Qualifikation (vgl. Gualmini 2013: 19f.). Mit der Kandidatenauswahl wird nicht nur der Dilettantismus gefördert, sondern auch Grillos Macht. Denn dadurch, dass unerfahrene Mitglieder für das Parlament kandidieren, ist eine „größere Abhängigkeit (schon allein wegen mangelnder Vorbereitung) von den zentralen Leitlinien“ (ebd. 18) sehr wahrscheinlich. Das Argument, dass mit diesen Regeln die Kandidatur von Trittbrettfahrer vermieden werden sollen, wirkt in Anbetracht dessen nur schwach. Der These, dass mithilfe dieser Regelung Grillos Macht gestärkt werden soll, kann weitere Evidenz verliehen werden. Im Vorfeld

der Parlamentswahlen betonte Grillo, dass die Parlamentsfraktion keinen Führer, sondern Sprecher haben wird (vgl. Grillo 2012d). Der Verhaltenskodex der Parlamentarier (M5S 2012a) sieht darüber hinaus einen viermonatigen Wechsel dieser Spitzenposition vor. Der regelmäßige Wechsel ist ein Zeichen für die eingeschränkte Befugnis des Sprechers. Während die Regeln zur Kandidatur eindeutig Grillos charismatische Führung bestätigen, gilt dies nicht für das eigentliche Wahlverfahren. Denn die Liste wurde nicht zentral entschieden, sondern die Kandidaten allen Mitgliedern zur Wahl gestellt (vgl. M5S 2012d). Durch die Bedingungen, die an mögliche Kandidaten gestellt wurden und die zentrale Entscheidung dieser Prozeduren, wird jedoch deutlich, dass die Ämter in der *party in public office* an die zentrale Entscheidungsinstanz Beppe Grillo gebunden sind, auch wenn er nicht direkt darüber entscheidet, wer die Mandatsträger sind.

Das letzte Merkmal der charismatischen Führung ist, dass die Wahl der Parteiführung nicht stattfindet. Dieses Merkmal erfüllt das M5S. Dadurch dass Beppe Grillo die Rolle des Parteiführer ablehnt und regelmäßig betont, dass Leader im Organisationsmodell des M5S nicht vorgesehen sind (vgl. Grillo 2012d), ist es logisch, dass keine Wahlen zur Parteiführung stattfinden. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich das M5S noch im Prozess der Institutionalisierung befindet, was eine Prognose der weiteren Entwicklung erschwert.

4.2.2 Zusammenfassung

Die Analyse hat bestätigt, dass Beppe Grillo ein charismatischer Parteivorsitzender ist. Denn seine Erfahrungen als Komiker und sein Auftrittsverbot haben die Positionierung des M5S gegenüber alten und neuen Medien determiniert. Beppe Grillos persönliche Erfahrung schlagen sich aber nicht nur wie bei rechtspopulistischen Parteivorsitzenden im programmatischen, sondern auch im organisatorischen Bereich nieder. Denn die Organisationsstruktur baut auf die Nutzung des Internets auf. Die Analyse hat offenbart, dass Beppe Grillo das M5S charismatisch führt, was die folgende Übersicht dokumentiert (vgl. Tab. 4.3).

Tabelle 4.3 Interne Organisationsstruktur von FI/PDL und M5S

		FI/PDL	M5S
Charismatischer Parteivorsitzender	Personalisierung des politischen Programms der Partei	+	+
Charismatische Führung	1. Parteivorsitzender hat Spitzenposition in <i>party in public office</i> inne	+	–
	2. Dissens mit Vorgaben des Parteivorsitzenden führt zu Parteiausschluss	+	+
	3. Selektion des Spitzenpersonals in <i>party in central office</i> und <i>party in public office</i> durch Parteivorsitzenden	+	+ [p.c.o.] +/- [p.p.o.]
	4. keine transparenten bürokratischen Strukturen	+	+
	5. Wahl des Parteivorsitzenden findet nicht statt	+	+

Legende: + Charakteristikum wird erfüllt, – Charakteristikum wird nicht erfüllt, +/- Charakteristikum wird teilweise erfüllt; Quelle: eigene Darstellung.

Beppe Grillos charismatische Führung fußt auf seine innerparteiliche Macht, deren Stärkung er bewusst zu unterstützen scheint. Durch die Repressionen, denen sich kritische Parteimitglieder ausgesetzt sehen, demonstriert Grillo diese Macht. Auch die Absenz von transparenten bürokratischen Strukturen stärkt seine Macht, denn es gibt keine Gremien, die zur Aggregation von Interessen oder der Ausbildung innerparteilicher Strömungen dienen könnten. Ein führendes Exekutivorgan, wie das Präsidium in anderen Parteien, hat das M5S offiziell nicht. Die Besetzung seines funktionalen Äquivalents, des *Staff* ist intransparent und eng an Beppe Grillo gebunden.

Selbst die Elemente, die ihn von den rechtspopulistischen Parteivorsitzenden unterscheiden und eine Einschränkung seiner Macht suggerieren, dienen letztendlich deren Stärkung. Beispielsweise kandidiert er für kein politisches Amt. Dadurch entzieht er sich den strengen Regeln, die für Mandatsträger gelten. Er muss sich nicht wie ein Fraktionsvorsitzender dem turnusmäßigen Wechsel aussetzen oder sich nach zwei Legislaturperioden zurückziehen. Auch sein Einfluss auf die Kandidatenselektion für die *party in public office* unterscheidet sich von dem der Rechtspopulisten. Denn Grillo wählt die Kandidaten nicht persönlich aus. Stattdessen bedarf es zur Kandidatur bei *second-order elections* der Lizenzierung durch den *Staff*. Diese Lizenzierung ging auch der webbasierten Kandidatenwahl zur einzigen *first-order election*, bei der das M5S bislang teilgenommen hat, voraus. Jedoch entscheidet Grillo nicht zentral über eine Kandidatenliste, ihm obliegt nur die vorausgehende Lizenzierung. Durch die Regeln, dass nur Personen kandidieren dürfen, die dies bereits einmal getan hatten aber nicht gewählt wurden, wurde Grillos inner-

parteiliche Macht abermals gestärkt, da so nur politisch unerfahrenes Personal in öffentliche Ämter gelangt. Somit wird kein politisches Führungspersonal aufgebaut.

Solche Regeln legen den Schluss nahe, dass Grillo der Institutionalisierung der Parteiorganisation bewusst entgegenwirkt. Deswegen überwiegt in der Literatur die Einschätzung, dass das M5S mit dem politischen Ende Beppe Grillos auch zu Ende gehen wird (vgl. Diamanti 2013: 13; Corbetta 2013: 206). Dafür spricht nicht nur die Tatsache, dass er die Rechte am M5S innehat, sondern auch dass er der „vereinende Faktor“ (Diamanti 2013: 13) der rudimentär ausgebildeten organisatorischen Strukturen ist. Darüber hinaus wird der Einfluss von anderen Personen im M5S durch diverse interne Regeln minimiert. Ob es Grillos Motivation ist, den Einfluss anderer Parteimitglieder absichtlich gering zu halten, um seine Machtbasis zu behalten, oder ob dies ein Ausdruck der angestrebten direkten Demokratie ist, in der die Macht auf viele verteilt wird und nie zu lange in den Händen einer einzelnen Person liegen soll, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Das Resultat dieser Regelungen ist jedoch, dass Grillos Position weiter gefestigt wird, weil kein anderer einen ähnlichen Einfluss erlangen kann. Auch der Ausschluss von kritisierenden Parteimitgliedern spricht dafür, dass Beppe Grillo seine Macht mindestens behalten möchte. In diesem Sinne muss Corbetta zugestimmt werden, der schlussfolgert: „Der Widerspruch zwischen theoretischem Ziel und Sachlage ist offenkundig“ (Corbetta 2013: 205). Denn einerseits erhebt das M5S den Anspruch sich basisdemokratisch zu organisieren, andererseits kontrolliert Beppe Grillo alle Bereiche der Partei außer der lokalen Ebene. Denn die *Meetups* agieren tatsächlich autonom und praktizieren direkte Demokratie. Sie werden nur bezüglich der Kandidatenselektion eingeschränkt. Denn für die Kandidatur bedarf es der Lizenz der nationalen Ebene. Deren zentrale Entscheidungsgewalt wird durch das Fehlen einer intermediären Ebene zwischen lokalen Gruppen und nationaler Leitung begünstigt. Dadurch ist auch die Kontrolle unidirektional. Denn da es keinen Parteikongress gibt, hat die Mitgliederorganisation keine Möglichkeit die nationale Leitung zu sanktionieren. So wird sie auch des Rechtes beraubt einen Parteivorsitzenden zu wählen.

Die Absenz eines Parteikongresses soll durch das Internet kompensiert werden. Beispielsweise konnten die Mitglieder mittels des Blogs auf die Gestaltung des Programms einwirken. Wem die Ausformulierung und damit einhergehende Selektion von Themen zustand, ist jedoch unklar. Auf die organisatorische Ausgestaltung der Partei hatte die Mitgliederorganisation wiederum sicher keinen Einfluss, denn das *Non-Statuto* wurde von Grillo und Casaleggio geschrieben (vgl. Vignati 2013: 40). Für die Mitgliederorganisation wird abschließend geschlussfolgert, dass sie zwar autonom agieren kann, ihre

Rechte im Bezug auf die nationale Ebene jedoch gering sind. Damit ist die zweite Hypothese *H2a* bestätigt. Denn die Widersprüchlichkeit zwischen dem charismatischen Parteivorsitzenden Beppe Grillo und der autonomen Mitgliederorganisation des M5S hat sich zugunsten der charismatischen Führung aufgelöst. Damit entspricht die Parteiorganisation des M5S dem dominanten Organisationsmodell der rechtspopulistischen Parteien. Die Mitglieder scheinen sich der Diskrepanz zwischen theoretischem Anspruch und innerparteilicher Praxis (vgl. Corbetta 2013: 205) hingegen nicht bewusst zu sein. Stattdessen herrscht die Meinung vor, dass es auf der nationalen Ebene „weder Nomenklatur noch eine Hierarchie“ (Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 139) gibt. Durch die Partizipationsmöglichkeiten und den offenen Zugang der *Meetups* „wirken Beppe Grillos Taten weniger restriktiv, als sie es in vielen Fällen sind“ (ebd. 139). Momentan profitiert das M5S noch vom Status des Neuen und den Partizipationsmöglichkeiten, die das Internet und die Ortsgruppen ermöglichen. Dadurch eröffnen sie den italienischen Bürgern Partizipationsmöglichkeiten, die weder die etablierten Parteien, noch die Zivilgesellschaft eröffnen. Deshalb gilt auch die Loyalität der Mitglieder sowohl Beppe Grillo als Initiator und Kopf der Partei, als auch den *Meetups*. Das bedeutet, dass der „transfer of loyalties from the leader to the organization“ (Panebianco 1988: 147) bereits eingesetzt hat. Dadurch wäre eine Institutionalisierung möglich, die ein Bestehen der Partei auch nach Grillos politischem Ende ermöglichen würde. In jedem Fall dürfte es für die politikwissenschaftliche Forschung interessant sein, die weitere Entwicklung des M5S das Elemente verschiedener Parteytypen kombiniert, zu beobachten.

Der Vergleich mit FI/PDL hat starke Parallelen offenbart. Sowohl Grillo als auch Berlusconi haben das politische Programm ihrer Parteien so maßgeblich beeinflusst, dass sie zur „personification of party“ (Eatwell 2005: 115) geworden sind, was die Grundlage ihrer innerparteilichen Macht darstellt. Die interne Organisationsstruktur von FI/PDL erfüllt die Kriterien einer charismatisch geführten Partei (vgl. Tab. 4.3.). Befragungen der Parteimitglieder bekräftigten Berlusconis starke Stellung innerhalb der Partei. Damit ist es sehr wahrscheinlich, dass auch die Partei mit Berlusconis politischem Ende zu einem Ende kommen wird. Denn die gesamte Parteiorganisation ist auf ihren Parteivorsitzenden ausgerichtet. Die stark zentralistische Struktur manifestiert sich in eingeschränkten Rechten der Mitgliederorganisation. Ein Parteikongress ist zwar in den Statuten vorgeschrieben, er dient jedoch nur der Zustimmung der von Berlusconi vorgegebenen programmatischen und organisatorischen Leitlinien (vgl. Grasmück 2005: 415). Auch wenn im Laufe der Geschichte von FI/PDL organisatorische Veränderungen stattgefunden haben, bleibt doch das dominante Kennzeichen Berlusconis charismatische Führung der Partei. Die

Entwicklung des M5S steht hingegen noch aus. Denn Grillos Macht ist zum momentanen Zeitpunkt auch durch die kurze Lebenszeit und die geringen Erfahrungen der Parteimitglieder begünstigt. Die Fälle von Dissens haben jedoch gezeigt, dass mit der Erfahrung von politischem Personal auch die Kritik an fehlender innerparteilicher Demokratie steigt. Darum bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen Mandatsträgern und nationaler Führung in den kommenden Jahren entwickelt. Während noch offen ist, ob das M5S auch in Zukunft von der charismatischen Führung Grillos gekennzeichnet sein wird, kann vom momentanen Status ein Teilergebnis für die Hypothese *H3* abgeleitet werden. Es kann bestätigt werden, dass das M5S die Spezifika der internen Organisationsstrukturen des italienischen Rechtspopulismus fortführt.

4.2.3 Kommunikation

Die zentralen Kennzeichen der politischen Kommunikation der Parteien sind im Wahlkampf besonders gut zu beobachten. Darum dienen die Wahlkämpfe von FI/PDL und M5S der folgenden Kommunikationsanalyse beispielgebend.

4.2.3.1 Mediennutzung

Die Mediennutzung Berlusconis ist eine der am kontrovers diskutierten Merkmale seiner gesamten politischen Wirkungszeit. Dieser Umstand ist maßgeblich der Tatsache geschuldet, dass Berlusconis Familie mit *Mediaset* drei private TV-Sender unterhält, was unter dem Gesichtspunkt des Meinungspluralismus fragwürdig ist. Die Dominanz *Mediasets* im privaten TV-Markt führte in Kombination mit Berlusconis Amt als Ministerpräsident, das ihm die Kontrolle auch über das staatliche Fernsehen sicherte, 2004 zur Herabstufung des italienischen Mediensystem durch Freedom House von ‚free‘ auf ‚partly free‘ (vgl. Freedom House 2004). Darüber hinaus stellt die Tatsache, dass *Mediaset* drei TV-Sender unterhält einen Verstoß gegen italienisches Recht dar, das maximal zwei TV-Sender in der Hand einer Gesellschaft erlaubt (vgl. Edwards 2005: 236). Dieser Verstoß wurde niemals aufgelöst, denn Berlusconi nutzte sein politisches Amt zum Schutz von *Mediaset* (vgl. Hibberd 2007: 882). Die Lösung dieses Konflikts steht nach wie vor aus.

Durch die Dominanz des privaten Fernsehmarktes übt Berlusconi langfristig Einfluss auf die italienische Kultur und Gesellschaft aus. Denn die Werte „anti-élitism but also hedonism and success“ (Ruzza/Balbo 2013: 167), die sein Fernsehen vermittelt, bieten einen reichen Nährboden für seinen Rechtspopulismus.

Neben den langfristigen Folgen für die italienische Kultur, gibt es natürlich auf kurzfristige: Berlusconi nutzte seinen Medieneinfluss als Instrument in sämtlichen Wahlkämpfen

seit 1994, denn seine wichtigste Wahlkampfstrategie besteht in der „extensive presence in the media“ (Garzia 2013: 1099). Folglich manifestiert sich Berlusconis Zentralität für die Partei auch darin, dass er sie in allen Wahlkämpfen in den Medien repräsentiert. Der Wahlkampf ist auf seine Person ausgelegt, dabei sind Sachthemen sekundär. Die Fokussierung auf den Parteiführer in der medialen Präsentation geht jedoch über das übliche Maß hinaus, denn Berlusconi ist der wichtigste Wahlkämpfer in „both first- and second-order elections“ (McDonnell 2013: 9).

Berlusconi nutzt nicht nur das Fernsehen, sondern pflegt auch verschiedene Formen der direkten Kommunikation. So wie alle Rechtspopulisten inszeniert er öffentlich abgehaltene Mitglieder- und Wählerversammlung "to stand (and to be seen to stand) amongst ordinary people and to address their constituencies directly“ (Mazzoleni 2008: 56). Dabei dienen ihm die unterschiedlichsten Ereignisse zum Anlass. Beispielsweise wurde auch die Neugründung der PDL bei einer öffentlichen Veranstaltung auf der *Piazza San Giovanni* in Rom verkündet (vgl. Mariotti 2011: 37). Diese Veranstaltungen haben zweierlei zum Ziel. Erstens zeigen sie seine hervorgehobene Stellung: Berlusconi befindet sich auf der Bühne und vor ihm das jubelnde Publikum mit schwenkenden Fahnen der jeweiligen Partei. Dadurch wird die emotionale Beziehung zwischen dem Führer und seinen Anhängern zelebriert. Der emotionale Charakter dieser Beziehung wird durch weitere symbolische Akte, wie gemeinsam gesungene Lieder, unterstrichen. 2008 gehörte die Hymne *„Meno male che Silvio c'è“*⁴⁶ zum festen Wahlkampfrepertoire (vgl. McDonnell 2013: 9). Das zweite Ziel solcher Veranstaltungen ist die Gemeinsamkeit zwischen Führer und Anhänger zu verdeutlichen. Der charismatische Führer stilisiert sich als Teil des Volkes, denn die Identifikation dient der Schaffung einer „leader-follower identity“ (Eatwell 2005: 106). Dabei haben Großveranstaltungen eine besondere Funktion, da sie den Anhängern ihren Führer direkt vor Augen halten. Berlusconi nutzt diese Präsentationsform um sich von dem, was er „the theatre of politics“ (Berlusconi ohne Quelle, zit. nach Ruzza/Balbo 2013: 167) nennt abzugrenzen. So ließ er sich im Dezember 2009 verwundet filmen, nachdem ein geistig verwirrter Mann ihn bei einer Versammlung in Mailand angegriffen hatte (vgl. Ruzza/Balbo 2013: 167). Dadurch präsentierte er sich als „real existence“ (ebd. 167) im Gegensatz zu den unerreichbaren politischen Eliten.

Darüber hinaus pflegt Berlusconi andere Formen von direkter Kommunikation. Im Wahlkampf 2013 sendet er einen Brief an Millionen Italiener, in dem er ihnen die Rückzahlung der Immobiliensteuer versprach⁴⁷ (vgl. Garzia 2013: 1099). Im Wahlkampf 2001

⁴⁶ Dt. ‚Zum Glück gibt es Silvio‘.

⁴⁷ Siehe dazu Kapitel 4.2.3.2.

schickte er eine über 100 Seiten lange Broschüre namens ‚*una storia italiana*‘⁴⁸ an Millionen von Haushalte, in der er als der gutmütige Familienmensch und erfolgreiche Unternehmer portraitiert wurde, als der er sich gerne darstellt. Dieses kitschige Pamphlet ist ein perfektes Beispiel dafür, dass Berlusconi die „personalization of politics a step further than other politicians“ (Ruzza/Balbo 2013: 166) treibt, indem er sein Privat- und Geschäftsleben als die italienische Version des *American Dream* darstellt.

Hingegen haben und hatten die Parteien FI und PDL keine parteieigenen Medien. Die Notwendigkeit ist nicht gegeben, dadurch dass *Fininvest* mit der Mediengruppe *Mediaset* drei TV-Kanäle, mit *Mondadori* das größte Verlagshaus und mit *Medusa Film* eine Produktionsfirma unterhält. Auch wenn diese Medien nicht der Partei gehören, wird doch vor allem das Fernsehen, von Berlusconi auch zu politischen Zwecken und besonders im Wahlkampf genutzt. So wurde beobachtet, dass Berlusconi in den Wahlkampagnen von 1996-2006 „systematisch präsenter auf den *Mediaset*-Kanälen“ (Legnante 2006: 435) ist. Dass das Fernsehen von Berlusconi zu Wahlkampfzwecken extrem genutzt wird, zeigt zuletzt die Kampagne 2013. Denn auf seine Ankündigung erneut zu kandidieren, folgte „a spectacular number of TV appearances“ (Ruggiero 2012: 317).

Das letzte Merkmal der Mediennutzung rechtspopulistischer Parteien ist die Inszenierung medialer Events. Berlusconi bedient sich auch dieser Strategie. Häufig nutzt er TV-Auftritte dazu, seine persönlichen Anliegen zu diskutieren oder seine Sicht auf aktuelle Ereignisse darzustellen, anstatt sich den Fragen der Journalisten oder dem Thema der Ausstrahlung zu widmen. Er rechtfertigt dieses Verhalten damit, dass er nur alleine wisse, „what mattered to Italian voters“ (ebd. 311). Damit bedient er sich einer Argumentation, die Rechtspopulisten ständig nutzen. Geht es darum Volksnähe unter Beweis zu stellen, baut er auf das positive Image eines verständnisvollen Mannes, der sich der Sorgen der Menschen annimmt. Während der Wahlkampagne 2001 unterschrieb er im TV einen ‚Vertrag mit den Italienern‘, der in dem Versprechen bestand, nicht mehr bei den nächsten Wahlen zu kandidieren, sollte er nicht vier von fünf⁴⁹ zentralen Programmpunkten erfüllen (vgl. Grasmück 2005: 251).

Das M5S unterscheidet sich in der Radikalität ihrer Medienkritik von den rechtspopulistischen Parteien, was insbesondere Folgen für ihre Mediennutzung hat. Wie bei rechtspopulistischen Parteien fokussiert diese auf Beppe Grillo, nur dass er bestreiten würde, dass er die Fokussierung aktiv fördert. Seine Ablehnung von TV und Zeitungen erscheint

⁴⁸ Dt. eine italienischen Geschichte.

⁴⁹ Diese Punkte waren: „Senkung der Steuerbelastungen, höhere innere Sicherheit, Erhöhung der Mindestrenten, Halbierung der Arbeitslosenzahlen und Schaffung von mindestens anderthalb Millionen neuer Arbeitsplätze sowie Großinvestitionen in Infrastrukturprojekte“ (Grasmück 2005: 251).

vielmehr als Mittel zum Zweck, denn indem er sich der offenen Konfrontation mit Journalisten entzieht, produziert er gesteigertes Interesse (vgl. Cosenza 2013: 111).

Dass Grillo die Medienlogik verstanden hat, zeigen bereits die V-Days, mit deren Hilfe das M5S nationale Bekanntheit erlangte. So wie Rechtspopulisten bediente sich das M5S diesen „pre-mediated forms of communication“ (Mazzoleni 2008: 56) in ihrer Entstehungszeit. Solche Veranstaltungen sind jedoch auch nach der offiziellen Gründung des M5S und damit im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, zentral für ihre Kommunikation. So sind Beppe Grillos Wahlkampftouren in diese Kategorie einzuordnen. Die *Tour di Sicilia*⁵⁰ bestand aus 38 Veranstaltungen in den knapp drei Wochen vor den Regionalwahlen 2012 (vgl. Cosenza 2013: 112). Die landesweite *Tsunami-Tour* bestand aus rund 100 Auftritten in den fünf Wochen vor den Parlamentswahlen 2013 (vgl. Grillo 2013b). Auch Grillo nutzte diese Veranstaltungen, um seine besondere Stellung zu demonstrieren: Er nahm die Bühne für sich, wobei ihm seine berufliche Erfahrung zugutekam. Die Kandidaten hingegen befanden sich „immer im Hintergrund, unbeweglich in einer Reihe stehend und bereit erst dann einen Schritt nach vorne zu machen, wenn der Wortschwall des Führers beendet ist“ (Gualmini 2013: 25).

Mithilfe solcher Veranstaltung soll auch Volksnähe demonstriert werden. Dies ist in Italien auf besondere Art mit öffentlichen Veranstaltungen verbunden, denn diese finden auf der *Piazza* statt. Die *Piazza* ist nicht nur der wichtigste Versammlungsort in den Kommunen und das Zentrum des Gemeindelebens. Der Begriff ‚*Piazza*‘ wird in Abgrenzung zum Begriff ‚*Palazzo*‘ (Palast) genutzt, um die „Entfremdung der einfachen Bürger von den politischen Eliten“ (Köppel 2007: 31) zu verdeutlichen. Durch die Wahlkampftour wird dieser historisch gewachsene Konflikt wiederaufgegriffen. Grillo solidarisiert sich mit der *Piazza* und stellt in Aussicht, dass eine Entmachtung der politischen Klasse (*Palazzo*) möglich ist.

Das Ziel dieser Veranstaltungen war die bewusste Meidung von medialer Vermittlung, dennoch wurde nicht auf die Übertragung verzichtet, denn die Tour wurde 12 Stunden täglich auf dem *Youtube*-Kanal ‚*La Cosa*‘⁵¹ übertragen. Der Sinn der Übertragung ist die maximale Aufmerksamkeit, bei der jedoch die Verzerrungen, die durch mediale Vermittlung entstehen können, umgangen werden sollen. Dadurch, dass die Veranstaltungen nicht im TV übertragen wurden, wurde die Aufmerksamkeit auf die parteieigenen Medien übertragen.

⁵⁰ Dt. Tour Siziliens.

⁵¹ Dt. Die Sache.

Denn so wie der *Youtube*-Kanal dient auch der Blog nicht nur der innerparteilichen Kommunikation, sondern auch der Präsentation nach außen. Der Blog ist mit den parteieigenen Medien der Rechtspopulisten vergleichbar. Das M5S nutzt lediglich einen anderen Kanal. Denn der Blog dient dem M5S zur Beibehaltung des „right of self-definition“ (Stewart/Mazzoleni/Horsfield 2003: 232), das heißt, dem selben Zweck wie Rechtspopulisten ihre eigenen Medien dienen. Parteieigene Medien dienen Rechtspopulisten außerdem dazu, die Aktionen und Themen der Parteien ohne Mediation darzustellen. Das gilt auch für den Blog. Politische Aktionen auf lokaler und nationaler Ebene werden über den Blog kommuniziert. Dazu werden sowohl innermediale Verbindungen zu *Youtube* oder anderen Blogs, als auch intermediale Verbindungen, wie Ausschnitte aus dem TV, genutzt. Die programmatischen Ziele der Parteien werden im Blog nicht nur vorgestellt, sondern auch diskutiert, wobei sich jeder beteiligen kann. Dadurch werden zwar Partizipationsmöglichkeiten geschaffen, eine Reaktion vonseiten der nationalen Leitung auf die Kommentare gibt es jedoch nicht (vgl. Brandau 2013: 100). Die Internetkommunikation des M5S bleibt aber nicht auf Blog und *Youtube*-Kanal beschränkt. Auch soziale Netzwerke wie *Twitter* und *Facebook* werden genutzt. Für beide Netzwerke wird Grillo eine besondere Expertise attestiert (vgl. Brandau 2013: 99, Bentivegna 2013: 85). Die hier getätigten Posts und *Tweets* verweisen jedoch immer auf den Blog zurück. In einem kurzen Post, der mit einem Link auf den Blog versehen ist, wird die Neugier des Lesers geweckt. Um die vollständige Information zu erlangen, wird er auf den Blog weitergeleitet. Mit der Präsentation von Projekten und der Vermittlung der zentralen Themen des M5S erfüllt der Blog die Funktion, die bei den rechtspopulistischen Parteien die parteieigenen Medien erfüllen. Dafür spricht neben der funktionalen Äquivalenz, die Bezeichnung des Blogs als „das erste nur online erscheinende Magazin“⁵².

Durch die Zentralität von Internet und von Aktionen vor Ort für die politische Kommunikation des M5S, wird die Aufmerksamkeit der alten Medien, als positiver Nebeneffekt begrüßt, aber nicht gesucht. Die Aktionen des M5S dienen primär der Information der Bürger oder einem politischen Ziel, weniger dem Erreichen von medialer Aufmerksamkeit. Eines der wenigen Gegenbeispiele stellt Grillos Durchschwimmen der Meerenge von Messina im Herbst 2012 dar (vgl. Scaglioni/Sfardini 2013: 153), denn dessen Ziel war weder informativer, noch politischer Natur. Es diente dazu, mit einer spektakulären Aktion auf die Wahlteilnahme des M5S aufmerksam zu machen, und wurde in die politische Botschaft des M5S eingeordnet. So betonte Grillo, dass er es dank seines Trainings

⁵² Quelle: www.beppegrillo.it, jeweils im Kopfbereich des Blogs unter ‚Der Blog von Beppe Grillo‘ zu finden.

auch als 64-jähriger noch schaffe, die Meerenge zu durchschwimmen (vgl. Cosenza 2013: 120). Seine Aktion diene als Metapher dafür, dass sich mit Anstrengung auch die italienische Politik verändern könne (vgl. ebd. 120). Ohne die Aufmerksamkeit der alten Medien hätte diese Aktion nur die Nutzer des Blogs, nicht aber den Großteil der sizilianischen Wähler erreicht. Tatsächlich war das Resultat dieser Aktion ein Maximum an medialer Aufmerksamkeit (vgl. Scaglioni/Sfardini 2013: 153). Dennoch genügte diese eine Aktion nicht, um die Inszenierung von medialen Events als ein typisches Merkmal der Mediennutzung des M5S einzuordnen. Die Konzentration auf das Internet erklärt nicht nur den Verzicht auf diese Art der Mediennutzung, sondern auch warum es ausgerechnet zu den Regionalwahlen in Sizilien doch genutzt wurde. Internet ist in Sizilien wie im Großteil von Italiens Süden noch immer nicht flächendeckend und in Breitbandgeschwindigkeit verfügbar (vgl. Pinto/Vignati 2012: 734). Dieser *Digital divide* schlug sich auch in den bis dahin niedrigen Wahlergebnissen des M5S in Süditalien nieder (vgl. ebd. 734). Darum ist es durchaus plausibel anzunehmen, dass zur Eröffnung des Wahlkampfes in Sizilien die Strategie genutzt wurde, die Aufmerksamkeit der alten Medien zu erregen.

4.2.3.2 Sprache

Zur Sprachanalyse werden zwei Dokumente genutzt und deren Inhalt auf sprachliche Charakteristika der beiden Parteivorsitzenden bezogen, die in der Literatur dokumentiert sind. Die Auswahl ist insofern repräsentativ, als diese Dokumente zentral für den Wahlkampf 2013 gewesen sind. Bei dem Dokument der PDL handelt es sich um einen Brief, der am 19. Februar 2013 an Millionen von Italiener gesendet wurde und die Rückzahlung der Immobiliensteuer (IMU) versprach (vgl. Garzia 2013: 1099). Beppe Grillo hat mit dem „Brief an die Italiener von Beppe Grillo“ (Grillo 2013a) ein ähnliches Dokument verfasst. Obwohl dieses Dokument nicht direkt an italienische Haushalte verschickt wurde, sondern am 6. Februar 2013 auf dem Blog veröffentlicht wurde, erinnert es doch in seiner Aufmachung an einen Brief. Seine hervorgehobene Bedeutung schlägt sich darin nieder, dass er als PDF herunterladbar ist und seine Verbreitung in jedem Post bis zu den Wahlen empfohlen wurde. Beide Dokumente sind vor dem Hintergrund der schlechten ökonomischen Lage vieler Italiener Anfang des Jahres 2013 zu interpretieren. Sie werden nach dem Vorhandensein von In- und Outgruppe und dem missionarischen Anspruch untersucht.

Die Bedrohungssituation wird in Berlusconis Brief anhand des Beispiels der Immobiliensteuer illustriert. So sei die Besteuerung des ersten Hauses ein „wahrer und wirklicher

Skandal“ (Berlusconi 2013: 1), für den zwei Gruppen maßgeblich verantwortlich gemacht werden: Die „sogenannten Techniker“ (ebd. 1), womit die Regierung Monti gemeint ist, und die „*tassatori*“⁵³ der Linken“ (ebd. 1). Diese beiden Gruppen stellen die Outgruppe dar, die als der Ursprung für die Bedrohungssituation konstruiert sind. Im Gegensatz dazu steht die Ingruppe, das *Wir*. Mit diesem *Wir* sind Berlusconi und seine Partei gemeint. Ihr politisches Programm sei es nicht nur die IMU abzuschaffen, sondern bestehe auch in einem „konsistenten Paket von Steuersenkungen“ (ebd. 1). Im Gegensatz zu der Outgruppe seien sie sich der Bedeutung des Eigenheims bewusst:

„Wir sind wirklich stolz darauf, dass wir diese Pflicht auf uns nehmen, denn für uns ‚ist das Heim heilig‘ und stellt die Stütze dar, auf der jede Familie das Recht hat die Sicherheit die eigene Zukunft aufzubauen“ (ebd. 1).

Die Konstruktion der Bedrohungssituation reduziert sich nicht auf den Schutz des Hauses, sondern wird durch die Betonung der vermeintlichen Folgeerscheinungen der IMU dramatisiert. Der Wert von Immobilien sei darum gesunken, außerdem seien über 500.000 Arbeitsplätze gefährdet (ebd. 2). Um „dieses Desaster zu vermeiden“ (ebd. 2) sei die Hilfe des Adressaten notwendig. Hier geht der Text über das „*Wir* gegen *Sie*“ hinaus, indem die Anredeform *Sie* gewählt wird. Das ist dem Genre des Briefes geschuldet. Berlusconi richtet sich mit diesem Brief direkt an die Hausbesitzer (vgl. Garzia 2013: 1099). Diese werden zwar in der offiziellen Anrede mit Vornamen, was Vertrautheit herstellt, angesprochen, im Rest des Briefes jedoch mit *Sie*, was respektvoll wirkt. Dies ist ein typisches Merkmal der Sprache Berlusconis. Während er gegenüber seinen Gegner oder bei offiziellen Anlässen mithilfe von Schimpfwörtern, Witzen und schlechten Manieren die „*impoliteness* into the Italian political debate“⁵⁴ (Ruggiero 2012: 305) eingeführt hat, zeigt er sich seinen potentiellen Wählern gegenüber sehr höflich.

Die Mission, die im Brief konstruiert wird, besteht darin im Falle eines Wahlsieges, den Adressaten die im Vorjahr gezahlte IMU zurückzuerstatten. Hier wird die Rettung durch die PDL in Aussicht gestellt: „Wir sind wirklich die einzige Verteidigung“ (Berlusconi 2013: 2). Voraussetzung für die Rettung sei, dass der Adressat die PDL wähle (vgl. ebd. 2). Für den Fall, dass der Adressat eine andere Partei wählen sollte, wird erneut eine Bedrohungssituation konstruiert. Hier werden zwei Gruppen hervorgehoben. Die erste besteht aus denjenigen, „die auf den Wagen der Linken aufspringen wollen“ (ebd. 2). Die zweite Gruppe ist das M5S, das „gefährlich [sei], weil [...] 80% seiner Kandidaten schon Politik gemacht haben und aus den Kreisen der extremen Linken“ (ebd. 2) stammen wür-

⁵³ Neologismus im Italienischen: bestehend aus *tassa* (Steuern) und *-tori*; auf dt. etwa die Steuererstreiter.

⁵⁴ Kursivdruck im Original.

den. Das Feindbild, das in diesem Brief entworfen wird, verweist erneut auf Berlusconis Ablehnung der politischen Linken. Damit wird die Konstruktion von In- und Outgruppe und der Gefahr, die angeblich von der letzten Gruppe ausgeht, genauso deutlich, wie der missionarische Anspruch, der auf der Basis der vermeintlichen Gefahr konstruiert wird.

Auch Beppe Grillos „Brief an die Italiener“ (Grillo 2013a: 2) bezieht sich auf die schlechte ökonomische Lage vor den Parlamentswahlen 2013. Grillo adressiert seinen Brief jedoch nicht an eine bestimmte Gruppe, sondern an alle. So ist er mit „Niemand darf zurückbleiben!“ (ebd. 2) titulierte. Die Outgruppe besteht hier aus den drei Elementen Politikern, Parteien und Medien. Die Politiker werden nicht direkt als solche benannt, sondern indirekt beschreiben als diejenigen, die „sich mit der Eskorte, mit den blauen Autos⁵⁵ ohne jegliche wirtschaftliche Sorge, bewegen“ (ebd. 2). Sie werden damit in Abgrenzungen zu den „Schlangen von *esodati*⁵⁶, Obdachlosen, Arbeitslosen in den Mensen der Caritas“ (ebd. 2) konstruiert. Hier werden die Privilegien der Outgruppe, den schlechten Konditionen, der sich ein Teil der Bevölkerung ausgesetzt sieht, gegenübergestellt. Die Gegenüberstellung dient nicht nur der Unterstreichung der sozialen Ungleichheit, sondern auch der Schuldzuweisung:

„Es ist nicht tolerierbar, unmenschlich, die Schlangen von *esodati*⁵⁷, Obdachlosen, Arbeitslosen in den Mensen der Caritas zu sehen, während diejenigen, die das Land im Elend versinken ließen, sich mit der Eskorte, mit den blauen Autos ohne jegliche wirtschaftliche Sorge, bewegen“ (ebd. 2).

Die Schuldzuweisung wird expliziter, in dem die Parteien als die „ersten Verantwortlichen dieser Situation“ (ebd. 2) dargestellt werden, deren Schuld darin bestehe, dass sie „den Staat besetzt, [...] ihn verramscht, von innen ausgenommen“ (ebd. 2) hätten. Das Tempus des Textes verändert sich an dieser Stelle zum Präsens, womit die aktuelle Situation konstruiert wird, denn er verweist darauf, dass die Politiker sich nun wie „die Retter des Vaterlandes“ (ebd. 2) präsentierten. Diese Präsentation gelinge den Parteien mithilfe der dritten Outgruppe den Zeitungen und dem Fernsehen (vgl. ebd. 2). Der erste Teil des Textes besteht in der Konstruktion der Outgruppen und der Schuldzuweisungen. Den Politikern und Parteien wird die Verantwortung für die schlechte wirtschaftliche Lage übertragen. Die Schuld der dritten Outgruppe, der Medien, wird darin gesehen, dass sie dem Machterhalt der Politiker und Parteien dienen und damit ihre Kontrollfunktion vernachlässigten.

⁵⁵ Der Begriff ‚blaue Autos‘ (*auto blu*) referiert auf die Dienstfahrzeuge der Politiker und Verwaltungsmitarbeiter.

⁵⁶ Der Begriff ‚*esodati*‘ (nicht übersetzbar) referiert auf ältere Arbeitslose ohne Pensionsanspruch oder Aussicht auf Neubeschäftigung.

⁵⁷ Siehe FN 55.

Auf der Basis dieser Schuldzuweisung wird zu Beginn des zweiten Teils eine Bedrohungssituation konstruiert, die mit dem Handlungsaufruf an die Ingruppe verbunden wird: „Es ist Zeit *basta* zu sagen, dieses Theater muss enden oder das Land wird zu Ende gehen. Wir haben keine Zeit mehr, wir müssen sie alle nach Hause schicken“ (ebd. 2). Beppe Grillo geht in seinem Brief jedoch über die *Wir-gegen-Sie*-Gegenüberstellung der rechtspopulistischen Parteien hinaus, indem er auch die *Ich-und-Du*-Kategorie einführt. Das Nutzen der ‚Du‘-Form wurde auch bei Bühnenauftritten beobachtet (vgl. Cosenza 2013: 115-117). Laut Cosenza stehe dahinter die Absicht, sich „an jeden Einzelnen individuell, von gleich zu gleich“ (ebd. 116) zu richten. Daraus schlussfolgert Cosenza (ebd. 117), Grillo wolle sich mit seinem Gegenüber identifizieren. Während die erste Annahme, Grillo richte sich damit persönlich an den Rezipienten auch für den Brief gilt, ist die Schlussfolgerung, Grillo wolle sich mit seinem Gegenüber identifizieren, nicht auf den Brief übertragbar. Das wird an folgender Textstelle deutlich:

„Ich bitte nicht um deine Stimme, deine Stimme interessiert mich nicht ohne deine Partizipation am Staat, deine direkte Beteiligung, wenn deine Stimme für das M5S eine einfache Vollmacht an jemanden, der an deiner Stelle entscheidet ist, wähl uns nicht. Dieses Land können wir nur zusammen verändern, es gibt keine Alternative. Wir entkommen dem Dunkel und sehen die Sterne wieder“ (Grillo 2013a: 2).

Im ersten Satz wird das *Ich* dem *Du* gegenübergestellt, womit die Notwendigkeit der Partizipation eines jeden Einzelnen verdeutlicht wird. Das Gegenüber (*Du*) wird nur für den Fall ausgeschlossen, dass es selbst nicht partizipieren will, denn dann solle es davon absehen, dass M5S zu wählen. In diesem Fall referiert das *Uns* auf das M5S und Beppe Grillo. Dieses *Wir* wird schließt den Leser folglich aus. Die Notwendigkeit seiner Partizipation wird im nächsten Satz untermauert, indem die Veränderung des Landes nur auf der Basis der gemeinsamen Arbeit in Aussicht gestellt wird. Durch die Kombination „wir nur zusammen“ (ebd. 2) wird der Leser wieder miteingeschlossen. Das heißt, die Identifikation von Grillo und seinem Leser wird vom Partizipationswillen des Lesers abhängig gemacht. Diese Notwendigkeit wird zum Schluss des Briefes erneut in der Formel „ich bin der Staat, du bist der Staat, wir sind der Staat“ (ebd. 2) aufgegriffen. Zusammengeführt werden die Bedrohungssituation, die von der Outgruppe ausgeht und die Handlungsaufforderungen, die an die Ingruppe gerichtet werden, im letzten Satz: „Lasst uns uns Italien zurückholen“ (ebd. 2). Der Imperativ verdeutlicht die Dringlichkeit der Handlungsaufforderung. Das „zurückholen“ (ebd. 2) suggeriert, dass es sich um ein natürliches Recht handelt, das der Ingruppe durch die Outgruppe entzogen wurde. Hierin verbirgt sich der missionarische Anspruch dieses Briefes. Dabei ist jedoch die Ingruppe zentral, nicht Grillo selbst. Er stilisiert sich vielmehr als Teil dieser Gruppe, als einer von vielen. Zur Klärung der Frage, wer in diesem Brief einen missionarischen Anspruch er-

hebt, kommt dem Layout des Briefes Bedeutung zu, denn im Hintergrund des Textes ist Grillos Konterfei gezeichnet. Dadurch unterliegt seine Persönlichkeit der Botschaft des Briefes. Er stilisiert sich suggestiv als Anführer der Ingruppe. Da es sich bei dieser Analyse jedoch um eine Analyse der sprachlich konstruierten Zusammenhänge handelt, muss die Aufmachung als sekundär betrachtet werden.

4.2.4 Zusammenfassung

Die Kommunikation des M5S zeichnet sich wie seine interne Organisationsstruktur durch das Nebeneinander von On- und Offlinestrukturen aus, mit deren Hilfe sie wie rechtspopulistische Parteien die vermeintliche Parteilichkeit der alten Medien umgehen wollen. Dieses Muster spiegelt sich auf lokaler und nationaler Ebene in den Wahlkämpfen wider, die sich einerseits durch die Nutzung des Internets, andererseits durch Aktionen vor Ort auszeichnen. Für den Vergleich mit den rechtspopulistischen Parteien und mit FI/PDL hat die Kommunikationsanalyse folgendes Ergebnis offenbart (vgl. Tab. 4.4).

Tabelle 4.4 Kommunikation von FI/PDL und M5S

		FI/PDL	M5S
Mediennutzung	Mediale Präsentation fokussiert Parteivorsitzenden	+	+
	Vor-mediale Kommunikationsformen	+	+
	Parteieigene Medien	+	+
	Inszenierung von medialen Events	+	–
Sprache	Konstruktion von In- und Outgruppe	+	+
	Missionarischer Anspruch	+	–

Legende: + Charakteristikum wird erfüllt, – Charakteristikum wird nicht erfüllt; Quelle: eigene Darstellung.

Die Übersicht (vgl. Tab. 4.4) verdeutlicht starke Parallelen zwischen der Mediennutzung des M5S und den Rechtspopulisten. Die Parallelen in der Sprache sind weniger stark ausgeprägt. Die Gemeinsamkeiten überraschen insofern, als das Nebeneinander von On- und Offlinestrukturen eigentlich ein Alleinstellungsmerkmal des M5S darstellt. Das M5S betreibt diese Art der Mediennutzung jedoch aus der gleichen Motivation wie die Rechtspopulisten: Es möchte die vermeintliche Parteilichkeit der Medien umgehen. Während sich die rechtspopulistische Kommunikation ebenfalls durch die Skepsis gegenüber den Medien auszeichnet, geht das M5S über die diskursiv vermittelte Ablehnung hinaus. Programmatisch fordert es die Einschränkung der Privilegien der Medien. Mandatsträgern wird verboten in Talkshows aufzutreten (vgl. M5S 2012a). Diese Ablehnung geht soweit, dass italienischen Journalisten die Akkreditierung zur Übertragung von Wahlkampfveranstaltungen verweigert wurde. Stattdessen übertrug das M5S diese Veranstaltungen über den parteieigenen *Youtube*-Kanal. In der hier deutlich werdenden Parallelität

von On- und Offlinestrukturen verbirgt sich die Besonderheit der Mediennutzung des M5S.

Das M5S pflegt den direkten Kontakt zur Bevölkerung besonders im Wahlkampf. So belebt Grillo dessen traditionelle Form wieder, indem er „wie die Parteiführer von einst“ (Diamanti 2013: 14) öffentliche Wahlkampfveranstaltungen bestreitet. Auch die *Meetups* führen Wahlkampf mithilfe von Aktionen vor Ort (vgl. Brandau 2013: 71). Sie gehen jedoch darüber hinaus, indem sie auch das Internet zur Wählermobilisierung nutzen. Folglich belebt das M5S traditionelle Wahlkampfmethoden wieder und steigert deren Effektivität durch die Kombination mit neuen Technologien. Dadurch unterscheidet sich ihr Wahlkampf sowohl von den westeuropäischen Rechtspopulisten, als auch von den anderen italienischen Parteien. Zwar nutzen auch die rechtspopulistischen Parteien die Möglichkeiten des Internets (vgl. Mudde 2007: 259f.), dennoch ist deren Gebrauch nicht so effektiv, wie die Internetnutzung des M5S. Das M5S lässt sich trotzdem in das Schema der rechtspopulistischen Mediennutzung einordnen, weil der Blog und der *Youtube*-Kanal die Stellung eines parteieigenen Mediums einnehmen. Die Aufmerksamkeit der Wähler wird, dadurch dass sich das M5S den alten Medien bewusst entzieht, auf diese Formen der neuen Medien gelenkt.

Von geringer Relevanz ist die Wahlkampfkommunikation über die alten Medien, vor allem über das Fernsehen. Als „Mann des Showbusiness“ (Cosenza 2013: 111) weiß Grillo jedoch, was Aufmerksamkeit schafft. Damit ist er trotz seiner Ablehnung der alten Medien Teil der „Mediatisierung und Spektakularisierung, die die italienische Politik seit zwei Jahrzehnten erlebt“ (ebd. 110). Seine Bekanntheit jenseits seines politischen Engagements verhilft ihm zu medialer Aufmerksamkeit. Das erklärt auch, warum die mediale Präsentation des M5S auf Beppe Grillo fokussiert ist. Er verfügt über eine Medienexpertise, die ihn zur Ressource für die Partei werden lässt.

Die Sprachanalyse des von Grillo verfassten Dokuments offenbart Parallelen, aber auch Unterschiede zu den Rechtspopulisten. Sie zeigt, dass Grillo auf die Konstruktion von In- und Outgruppe baut. Sein missionarischer Anspruch wird jedoch nur suggestiv, dadurch dass der Brief auf seinem Konterfei gedruckt ist, ausgedrückt. Das bedeutet, dass Grillo nicht den gleichen Führungsanspruch⁵⁸ erhebt wie die rechtspopulistischen Parteivorsitzenden. Dass der Führungsanspruch nicht sprachlich vermittelt wird, bildet Grillos Selbstverständnis paradigmatisch ab. Denn er verweist bei öffentlichen Auftritten ständig auf die „guten Jungs“ (Grillo ohne Quelle, zit. nach Brandau 2013: 97), womit er die

⁵⁸ Seine Art, die Partei zu leiten, unterscheidet sich hingegen kaum von der charismatischen Führung der Rechtspopulisten, wie die Analyse der internen Organisationsstrukturen verdeutlicht (vgl. Kapitel 4.2.1.2).

Aufmerksamkeit auf die Kandidaten des M5S lenken möchte. Sich selbst bezeichnet er als „Megaphon“ (Brandau 2013: 97), das deren Arbeit kommuniziert. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Hypothese *H2b* nicht bestätigt wurde. Das Gegenteil ist der Fall, denn die Sprache des M5S unterscheidet sich teilweise von der Sprache der Rechtspopulisten, die Mediennutzungen entsprechen sich.

Der Vergleich zu FI/PDL unterstreicht diese Gemeinsamkeit, denn beide Parteien fokussieren ihre mediale Präsentation auf ihren Parteivorsitzenden. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass Grillo sich nicht direkt den Medien stellt. Dennoch versteht er es durch seine Aktionen mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Die Folge davon ist, dass eine Berichterstattung zu Beppe Grillo auch immer eine politische Aktion des M5S zum Gegenstand hat. Berlusconi hingegen nutzt die mediale Fokussierung auf seine Person um sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Dieses Muster spiegelt die gesamte Mediennutzung der FI/PDL wider. So dienen auch öffentliche Veranstaltungen dem Ziel Berlusconis Rolle als charismatischer Führer zu unterstreichen. Wie die anderen italienischen Parteien (außer das M5S) präferiert er im Wahlkampf jedoch die Kommunikation über die alten Medien (vgl. Garzia 2013: 1100). Seine wichtigste Strategie besteht in der „extensive presence in the media“ (ebd. 1099). Dabei profitiert er von seiner Teilhaberschaft an Italiens größtem, privatem TV-Unternehmen *Mediaset*, das er wie ein parteieigenes Medium nutzt. Das schlägt sich darin nieder, dass er sich selten an mediale Vorgaben hält. Stattdessen unterbreitet er seine Standpunkte und nutzt seine Auftritte zur Inszenierung spektakulärer Events.

Auch in der Sprache lassen sich Unterschiede zwischen Berlusconi und Grillo feststellen. Beide beziehen sich in ihren Briefen auf die schlechte ökonomische Lage. Sie haben jedoch verschiedene Adressaten. Während Berlusconi Haus- und Grundbesitzer anspricht, richtet sich Grillo mit dem Titel „Niemand darf zurück bleiben“ (Grillo 2013a: 2) an alle. Dabei wird der offene Charakter der Volkskonzeption des M5S deutlich, denn keine Gruppe wird besonders hervorgehoben. Stattdessen wird das Engagement Aller für die gemeinsame ‚Mission‘, Italien von einer korrupten Elite zu befreien, eingefordert. Den missionarischen Anspruch fordert Grillo folglich nicht für sich persönlich ein. Das Gegenteil ist bei Berlusconi der Fall. Er stellt sich als ‚Retter des Volkes‘ dar, der die Italiener für den „wahre[n] und wirkliche[n] Skandal“ (Berlusconi 2013: 1) der Besteuerung des Eigenheims entschädigen möchte. Bei anderer Gelegenheit versprach er diese Summe persönlich aufzubringen, was sein Selbstverständnis als ‚Retter des Volkes‘ abermals unterstreicht. Auf der Grundlage dieses Vergleichs kann für die Hypothese *H3* dieses

Teilergebnis festgehalten werden: Das M5S führt mit seiner Kommunikation den italienischen Rechtspopulismus fort.

5 Fazit

Gegenstand dieser Untersuchung war die Einordnung der neuen italienischen Partei *MoVimento 5 Stelle* vor dem Hintergrund der rechtspopulistischen Parteien Westeuropas. Mithilfe der Analyse von Parteidokumenten und Experteneinschätzungen wurden die Fragestellungen beantwortet, ob es sich beim *MoVimento 5 Stelle* um eine rechtspopulistische Partei handelt und ob das M5S den italienischen Rechtspopulismus fortführt. Die Analyse hat Übereinstimmungen mit den rechtspopulistischen Parteien bestätigt, aber auch gezeigt, dass das M5S kein Prototyp einer rechtspopulistischen Partei ist (vgl. Tab. 5.1). Der Vergleich mit FI/PDL hat verdeutlicht, dass das M5S mehr ist als nur die Neuauflage einer bereits bestehenden Partei. Folglich führt es den italienischen Rechtspopulismus nur teilweise fort. Wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den rechtspopulistischen Parteien Westeuropas und FI/PDL liegen, dokumentiert die folgende Tabelle.

Tabelle 5.1 Rechtspopulistische Charakteristika von FI/PDL und M5S

		FI/PDL	M5S
Programm	Positionen der horizontalen Abgrenzung	+	+
	Positionen der vertikalen Abgrenzung	+	-
Organisation	Interne Organisationsstruktur	Charismatischer Parteivorsitzender	+
		Charismatische Führung	+
	Kommunikation	Mediennutzung	+
		Sprache	+

Legende: + Charakteristikum wird erfüllt, - Charakteristikum wird nicht erfüllt, +/- Charakteristikum wird teilweise erfüllt; Quelle: eigene Darstellung.

Die stärksten Parallelen finden sich im organisatorischen Bereich, besonders bei der internen Organisationsstruktur, etwas weniger bei der Kommunikation. Die Programmanalyse hat Unterschiede im Bezug auf die ideologische Ausrichtung des Populismus der Partei offengelegt, denn die Programmatik ist zwar populistisch, aber nicht *rechtspopulistisch*. Stattdessen weist sie Parallelen zum Linkspopulismus auf. Im Folgenden sollen die Ergebnisse der einzelnen Analysen kurz zusammengefasst und diskutiert werden. Dabei wird zuerst auf die Bereiche, in denen sich die stärksten Parallelen zeigen, eingegangen. Im Anschluss werden die zentralen Unterschiede und Neuerungen diskutiert.

Im Bereich der Organisation sind wie bereits erwähnt die stärksten Parallelen zu finden. Eine fast perfekte Übereinstimmung mit den rechtspopulistischen Parteien bildet sich bei der charismatischen Führung ab. So wurde die Hypothese *H2a* durch die Untersuchung bestätigt: Bei Beppe Grillo handelt es sich um einen charismatischen Parteivorsitzenden; der Widerspruch zwischen autonomer Mitgliederorganisation und charismatischem Par-

teivorsitzenden hat sich zugunsten der charismatischen Führung auflöst. Die interne Organisationsstruktur zeichnet sich zwar durch die Autonomie der Mitgliederorganisation, die im Bereich der Eigenverwaltung besteht, aus, der Einfluss der Mitglieder auf die nationale Ebene ist jedoch gering. Dies wird dadurch begünstigt, dass es keinen Parteikongress gibt, der die Parteiführung sanktionieren oder politische Leitlinien festlegen könnte. Die Funktion von Meinungs austausch und Konsensfindung soll gemäß dem Parteistatut dem Internet zukommen (vgl. M5S 2009 Art. 4), die tatsächliche Nutzung wird diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Vielmehr begünstigt der Blog die unidirektionale Kommunikation von zentral entschiedenen Leitlinien. Auf diese Weise wurden alle Regeln kommuniziert, die den Einfluss und die Aufstiegsmöglichkeiten von Mandatsträgern einschränken und so die Macht der nationalen Leitung stärken. Die Analyse verdeutlichte weiterhin, dass selbst jenes Element, welches Grillo von den rechtspopulistischen Parteivorsitzenden unterscheidet, nämlich, dass er für kein öffentliches Amt kandidiert, letztendlich der Stärkung seiner Macht dient.

Grillos Zentralität spiegelt sich auch in der Kommunikation des M5S wider. Die Hypothese *H2b*, dass die Sprache Grillos der Sprache der Rechtspopulisten entspricht, aber die Mediennutzung sich unterscheidet, wurde nicht bestätigt. Während die Konstruktion von In- und Outgruppe auch in der Sprache des M5S zu finden ist, erhebt Grillo keinen missionarischen Anspruch. Stattdessen stellt er die Arbeit der lokalen Gruppen in den Fokus der Aufmerksamkeit. Sein persönlicher Führungsanspruch wird nur suggestiv vermittelt. Die Mediennutzung weist hingegen starke Parallelen zu den rechtspopulistischen Parteien auf. Das überrascht insofern, als das M5S die traditionellen Medien ablehnt und stattdessen die kommunikativen Möglichkeiten der neuen Medien betont. Die Kommunikationsanalyse offenbarte jedoch, dass der Blog den Status eines parteieigenen Mediums innehat, was wiederum eine Parallele zu den Rechtspopulisten darstellt. Eine weitere Parallele besteht darin, dass das M5S in seiner medialen Präsentation Grillo fokussiert. Dieser weiß als „Mann des Showbusiness“ (Cosenza 2013: 111), was Aufmerksamkeit schafft. So hat die Analyse bestätigt, dass er trotz seiner Ablehnung Teil der „Mediatisierung und Spektakularisierung, die die italienische Politik seit zwei Jahrzehnten erlebt“ (ebd. 110), ist. Diese Einschätzung wurde durch den Vergleich mit Berlusconis Kommunikation bestätigt.

Anhand von Grillos und Berlusconis Beispiel wird deutlich, dass auch einzelne Individuen mithilfe von Medienerfahrung „with relative ease and with remarkable speed and effectiveness“ (Taggart 2000: 117) Parteien gründen können. Im Zeitalter der Personalisierung der Politik und der gestiegenen Relevanz von Medien stellt ihre „media savvy“

(Mazzoleni 2008: 49) eine zentrale Ressource zur Erlangung nicht nur von öffentlicher Aufmerksamkeit, sondern auch von innerparteilicher Macht dar. So demonstrieren die charismatische Führung Berlusconis und Grillos, wie relevant nicht-institutionalisierte Ressourcenquellen wie Medienzugang für die interne Machtverteilung zeitgenössischer Parteien sind (vgl. Poguntke 1994: 205).

Der größte Unterschied zu den rechtspopulistischen Parteien findet sich in der Programmatik. Die Programmanalyse hat ergeben, dass das M5S zwar populistisch, aber nicht rechtspopulistisch ist, womit die Hypothese *H1* bestätigt wurde. Der Nationalismus ist nicht relevant für die programmatische Positionierung des M5S. Die Programmanalyse offenbarte vielmehr ein universalistisches Gleichheitsprinzip, das eine von vertikalen Spaltungen freie Gesellschaft evoziert und das Volk nicht in kulturellen Dimensionen wie der Nationalität definiert. So wird im Programm die Forderung nach einem Sozialstaat, der der Gesamtbevölkerung beispielsweise einen universalen Zugang zu medizinischen Diensten garantieren möchte, manifest. Auch die Wirtschaftsprogrammatik weist ganz klar eine linke Ausrichtung auf. In der politischen Linken sind auch die zentral vertretenen Umweltthemen zu verorten.

Es wurde weiterhin gezeigt, dass eine kohärente Verbindung zwischen den populistischen und den linkspolitischen Positionen des M5S besteht. Die theoretische Basis für eine solche Verbindung schafft die Tatsache, dass es sich bei Populismus um eine „thin-centred ideology“ (Mudde 2004: 544) handelt, die sich mit anderen Ideologien verbindet. Im Falle des Linkspopulismus verbindet sich der Populismus mit Sozialismus und richtet sich gegen „profiteers, especially in the context of globalization“ (Pelinka 2013a: 7). So entspricht die Elitenkritik des M5S der linken Elitenkritik, denn sie wird nicht mit dem ‚Wohl der Nation‘ begründet. Die Programmanalyse hat bestätigt, dass sich diese Kritik auf eine globale Elite bezieht, die auf Kosten der Armen von einer globalisierten Wirtschaft profitiert. Folglich stellt das M5S der Elite nicht die Nation gegenüber, sondern ein Volk, das nicht in den Kategorien von nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit konstruiert wird. Damit steht das M5S dem „inclusionary populism“ (Mudde/Rovira Kaltwasser 2012b: 206) Lateinamerikas näher als dem „exclusionary populism“ (Betz 2001a: 393) der westeuropäischen Rechtspopulisten. Dieser These wird Evidenz verliehen, wenn man die Ergebnisse der Kommunikationsanalyse mit einbezieht. Denn in Beppe Grillos „Brief an die Italiener“ (Grillo 2013a) wird die Position der wirtschaftlich Benachteiligten eingenommen und mit der Begründung, die ungerechte Verteilung von Gütern aufheben zu wollen, die Einführung eines Grundeinkommens und der Sturz der politischen Elite gefordert. Diese Stellungnahme für unterprivilegierte Bevölkerungsteile unter-

streicht die Parallelen zu den Linkspopulisten Lateinamerikas (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2012b: 221). Gemeinsamkeiten zu den Letztgenannten lassen sich auch vor dem Hintergrund der Medienkritik des M5S, die ganz klar in ihrer Radikalität über die Kritik der Rechtspopulisten hinaus geht, feststellen. Die Medienkritik der lateinamerikanischen Linkspopulisten ist ähnlich radikal, denn sie

„do not only attack the media for its defence of the status quo and the interests of the elites, but they also push for political reforms that aim to create new media companies in tune with the populist ideology“ (Mudde/Rovira Kaltwasser 2012b: 221).

Die Programmanalyse hat ergeben, dass auch das M5S eine grundsätzliche „Veränderung der Medienlandschaft“ (Brandau 2013: 82) anstrebt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen tragen mit der Programmatik des M5S kohärente Züge. Diese Beobachtungen verleihen der These Evidenz, dass es sich beim M5S um eine linkspopulistische Partei handelt.

Diese programmatische Ausrichtung hat auch zur Folge, dass in diesem Bereich die größten Unterschiede zum Rechtspopulismus der FI/PDL bestehen. Auch wenn die PDL Positionen zur Ablehnung von Minderheiten sehr viel schwächer vertritt als andere rechtspopulistische Parteien, hat die Untersuchung doch insgesamt den rechtspopulistischen Charakter der FI/PDL bestätigt (vgl. Tab. 5.1). Dabei wurde insbesondere der Neoliberalismus als zentrale Position herausgearbeitet. Das findet sich auch in der Literatur bestätigt, die die FI/PDL in die Kategorie der „neoliberal populist[s]“ (Mudde 2007: 47) einordnet. Dass der Neoliberalismus in der linken Wirtschaftsprogrammatik des M5S klar abgelehnt wird, unterstreicht die Unterschiede in diesem Bereich. In der Organisation haben M5S und FI/PDL zentrale Gemeinsamkeiten. Darum wurde auch die Hypothese *H3* bestätigt, die besagt, dass das M5S den italienischen Rechtspopulismus in seiner organisatorischen, aber nicht in seiner programmatischen Ausrichtung fortführt.

Dass sich das M5S vor allem aufgrund seiner organisatorischen Charakteristika im Rahmen des italienischen Rechtspopulismus verorten lässt, überrascht insofern, als die Forschung in diesem Bereich die größten Unterschiede sieht. Denn die Relevanz des Internets für den organisatorischen Aufbau und die Kommunikation des M5S wird als die zentrale Neuerung im Vergleich zu den anderen italienischen Parteien gewertet (vgl. Brandau 2013: 90). Im Bezug auf den europäischen Kontext stellt die webbasierte Organisation des M5S jedoch eine Parallele zu primär über das Internet organisierten Parteien wie der deutschen *Piratenpartei* dar (vgl. Biorcio 2013: 47). So argumentiert beispielsweise Biorcio, dass das M5S mithilfe des Internets die „Veränderung der Demokratie auf der ganzen Welt auf- und teilweise vorwegzunehmen“ (ebd. 47) versucht. Auf die gleiche Weise argumentiert die Partei selbst, die „der Gesamtheit der Internetnutzer [die] Rolle als Regierung und Richtliniengeber“ (M5S 2009 Art. 4) einräumt.

Die Programmanalyse bestätigt das langfristige Ziel des M5S mittels des Internets die Partizipation möglichst vieler Bürger an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen (vgl. Brandau 2013: 82). Somit wird eine Vision von direkter Demokratie entworfen, die für das gesamte politische System gelten und damit die demokratische Praxis verändern soll. Im Selbstverständnis des M5S spiegelt sich dieser Anspruch wider. Die innerparteiliche Praxis wird dem jedoch nicht gerecht. Zwar wird der Großteil der partei-internen Kommunikation und Diskussion über den Blog getätigt, jedoch fehlt hier die wechselseitige Verbindung zwischen nationaler und lokaler Ebene. Die nationale Leitung reagiert nicht auf die Kommentare, stattdessen wird mittels des Blogs die unidirektionale Kommunikation von zentral entschiedenen Leitlinien praktiziert. Damit stützt die Internetnutzung des M5S dessen charismatische Führung. Der nationale Blog wird außerdem zur Kommunikation nach außen genutzt. So stellt beispielsweise Brandau fest, dass im Blog Themen angesprochen werden, „über die in den Hauptinformationsquellen der Italiener häufig geschwiegen wird“ (Brandau 2013: 88). Diese Feststellung ist zwar vor dem Hintergrund des nicht pluralistischen Charakters der italienischen Medien relevant (vgl. Freedom House 2013), denn dem Besucher des Blogs steht eine alternative Quelle zur politischen Bildung und Information zur Verfügung, dennoch gilt auch hier, dass die Informationen nicht neutral, sondern ideologisch aufgeladen vermittelt werden. Auf der lokalen Ebene wird das Internet dem Anspruch gerecht, den demokratischen Meinungsaustausch zu fördern, weil in den webbasierten Diskussionsforen lokalpolitische Themen erörtert und gemeinsame Projekte initiiert werden. Das Internet stellt jedoch nicht nur deswegen einen Vorteil für die Mitgliederorganisation des M5S dar, weil es Interaktionskosten senkt, sondern auch weil es die Beitrittskosten senkt. Darüber hinaus wird die Wahrnehmung des Einzelnen gefördert, tatsächlich politisch aktiv zu sein (vgl. Passarelli/Tronconi/Tuorto 2013: 133).

Zwar nutzen auch die rechtspopulistischen Parteien die Möglichkeiten des Internets (vgl. Mudde 2007: 259f.), jedoch nicht mit der gleichen Effektivität, denn das M5S ergänzt die Nutzung durch lokale Strukturen. Hierin liegt die eigentliche Neuerung im Bezug auf die anderen Parteien, die auch die Stärke des M5S demonstriert. Dadurch, dass die lokalen Gruppen Partizipationsmöglichkeiten sowohl im Netz als auch außerhalb fördern, füllen sie „ein lokales Vakuum [auf], das etablierte Parteien durch Vernachlässigung dieser Ebene hinterlassen hatten“ (Brandau 2013: 53). In der Parallelität von On- und Offlinestrukturen verbirgt sich die im Vergleich zu den anderen italienischen Parteien wahre Neuerung. Die Internetnutzung des M5S für sich genommen demonstriert hingegen, dass das Internet sowohl der Aggregation verschiedener Interessen, als auch der Durchsetzung

von Individualinteressen dienen kann. Momentan dominiert auf der nationalen Ebene die letztere der beiden Nutzungsmöglichkeiten.

Diese Untersuchung dokumentiert, dass sich das M5S vor dem Hintergrund verschiedener ideologisch-programmatischer sowie organisatorischer Ansätze verorten lässt. Dadurch, dass das M5S mehr ist als nur die Neuauflage bereits bestehender Parteien, bietet es zahlreiche Anregungen für die politikwissenschaftliche Forschung. Auf der Basis der als neu identifizierten Elemente wie der Parallelität von webbasierten und lokalen Strukturen, der linkspopulistischen Ausrichtung und der Zentralität von Umweltthemen könnten neue Forschungsinteressen abgeleitet werden. Beispielsweise bedarf es weitergehender Analyse, um die These zu bestätigen, dass es sich beim M5S um eine linkspopulistische Partei handelt. Da die überregionale, komparative Populismus-Forschung noch am Anfang steht⁵⁹, bietet sich alternativ auch ein Vergleich mit den wenigen europäischen Linkspopulisten wie der deutschen Linkspartei und der niederländischen *Socialistische Partij* (SP) an (vgl. Voerman 2011: 179f.). Auch die zentral vertretenen Umweltthemen, sowie die webbasierte Organisationsform geben Anlass zu weiterer Untersuchung. Im Hinblick auf die Spannung zwischen autonomer Mitgliederorganisation und charismatischer Führung lohnt es sich außerdem die weitere Entwicklung zu beobachten. Es wäre darüber hinaus interessant die Faktoren, die zur Entstehung des M5S beigetragen haben, vor dem Hintergrund der identifizierten Neuerungen, näher zu untersuchen.

⁵⁹ Ein Ausnahme von diesem Mangel an guten überregional vergleichenden Populismus-Studien stellt Mudde/Rovira Kaltwasser 2012c dar.

Literaturverzeichnis

- Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (2008): Introduction: The Sceptre and the Spectre, in: Dies. (Hrsg.): *Twenty-first Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, New York: Palgrave Macmillan, S. 1-11.
- Albertazzi, Daniele/Mueller, Sean (2013): Populism and Liberal democracy: Populists in Government in Austria, Italy, Poland and Switzerland, in: *Government and Opposition*, 48 (3), S. 343-371.
- Arter, David (2010): The Breakthrough of another West European Populist Radical Right Party? The Case of the True Finns, in: *Government and Opposition* 45 (4), S. 484-504.
- Bachstein, Andrea (2013): Berlusconi versucht die alten Tricks, in: *Süddeutsche Zeitung online*, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wiedergeburt-der-forza-italia-berlusconi-versucht-die-alten-tricks-1.1820314> (17.11.13).
- Bender, Justus/Schmidt, Friedrich (2013): AfD - Einfache Lösungen, viele Fragen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Online*, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-einfache-loesungen-viele-fragen-12593233.html> (29.09.13).
- Bentivegna, Sara (2013): Il „boom“ di Grillo nella twittersfera: Parlare di politica in 140 caratteri, in: *Comunicazione Politica*, 13 (1), S. 85-108.
- Berlusconi, Silvio (1994): Discesa in campo, in: <http://www.youtube.com/watch?v=B8-uIYqnk5A> (15.10.13).
- Berlusconi, Silvio (2013): Rimborso IMU 2012, in: *Il Sole 24 Online*, http://www.ilsole24ore.com/pdf2010/SoleOnline5/_Oggetti_Correlati/Documenti/Notizie/2013/02/imu-lettere.pdf?uuid=aa9d7fce-7aba-11e2-8cc8-4166d9431a80 (10.05.13)
- Betz, Hans-Georg (1994): *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, Basingstoke: Macmillan.
- Betz, Hans-Georg (1998): Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 9-10, S. 3-12.
- Betz, Hans-Georg (2001a): Exclusionary Populism in Austria, Italy and Switzerland, in: *International Journal*, 56 (3), S. 393-420.
- Betz, Hans-Georg (2001b): Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung: Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt: Suhrkamp, S. 167-185.
- Betz, Hans-Georg (2002): Conditions Favouring the Success and Failure of Radical Right-Wing Populist Parties in Contemporary Democracies”, in: Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.): *Democracies and the Populist Challenge*. Basingstoke: Palgrave, S. 197-213.

- Betz, Hans-Georg (2013): Mosques, Minarets, Burqas and Other Essential Threats: The Populist Right's Campaign against Islam in Western Europe, in: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London u.a.: Bloomsbury, S. 71-88.
- Betz, Hans-Georg/Immerfall, Stefan (Hrsg.) (1998): The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies, Basingstoke: Macmillan.
- Biorcio, Roberto (2013): Le tre ragioni del successo del *MoVimento 5 Stelle*, in: Comunicazione Politica, 13 (1), S. 43-62.
- Biorcio, Roberto/Natale, Paolo (2013): Politica a 5 Stelle: Idee, storia e strategie del Movimento di Grillo, Milano: Feltrinelli.
- Bordignon, Fabio/Ceccarini, Luigi (2012): 5 stelle, un autobus in *MoVimento*, in: il Mulino, 5, S. 808-816.
- Bordignon, Fabio/Ceccarini, Luigi (2013): Five Stars and a Cricket: Beppe Grillo shakes Italian Politics, in: South European Society and Politics, S. 1-23.
- Brandau, Bastian (2013): Fünf Sterne gegen Berlusconi: Das *MoVimento 5 Stelle* und sein Weg in die italienische Politik, Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Chiaromonte, Alessandro (2009): Italian Voters: Berlusconi's Victory and the "New" Italian Party System, in: Newell, James L. (Hrsg.): The Italian General Election of 2008: Berlusconi Strikes Back, Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan, S. 193-210.
- Corbetta, Piergiorgio (2013): Conclusioni: un web-populismo dal destino incerto, in: Corbetta, Piergiorgio/Gualmini, Elisabetta (Hrsg.): Il partito di Grillo, Bologna: Mulino, S. 197-214.
- Corbetta, Piergiorgio/Gualmini, Elisabetta (Hrsg.) (2013): Il partito di Grillo, Bologna: Mulino.
- Cosenza, Giovanna (2013): Come comunica Grillo: Dal turpiloquio al linguaggio del corpo, in: Comunicazione Politica, 13 (1), S. 109-124.
- Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, 2. überarb. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung: Theoretische und ländervergleichende Perspektive, in: Ders. (Hrsg.): Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-32.
- Declair, Edward G. (1999): Politics on the fringe: The People, Policies and Organization of the French National Front, Durham, London: Duke.
- Detterbeck, Klaus (2011): Parteien und Parteiensysteme, Konstanz, München: UVK.

- Diamanti, Ilvo (2007): The Italian Center-Right and Center-Left: Between parties and “the party”, in: *West European Politics*, 30 (4), 733-762.
- Diamanti, Ilvo (2013): Una mappa della crisi della democrazia rappresentativa, in: *Comunicazione Politica*, 13 (1), S. 3-16.
- Eatwell, Roger (2005): Charisma and the Revival of the European Extreme Right, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): *Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World*, S. 101-120.
- Edwards, Phil (2005): The Right in Power. The Berlusconi Anomaly: Populism and Patrimony in Italy’s Long Transition, in: *South European Society & Politics*, 10 (2), S. 225-243.
- Eichenberg, Richard C./Russel J. Dalton (2007): Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973-2004, in: *Acta Politica*, 42, S. 128-152.
- Fennema, Meinder (2005): Populist Parties of the Right, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): *Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World*, New York: Nova Science, S. 1-24.
- Fella, Stefano/Ruzza, Carlo (2013): Populism and the Fall of Centre-Right in Italy, in: *Journal of Contemporary European Studies*, 21 (1), S. 38-52.
- Fix, Elisabeth (1999): *Italiens Parteiensystem im Wandel: Von der Ersten zur Zweiten Republik*, Frankfurt, New York: Campus.
- Freeden, Michael (1996): *Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach*, Oxford: Clarendon Press.
- Freeden, Michael (1998): Is Nationalism a Distinct Ideology?, in: *Political Studies*, 46, S. 748-756.
- Freedom House (2004): *Freedom of the Press 2004*, <http://www.freedom-house.org/report/freedom-press/2004/italy> (25.10.13).
- Freedom House (2013): *Freedom of the Press 2013*, <http://www.freedom-house.org/report/freedom-press/2013/italy> (25.10.13).
- Früh, Werner (2011): *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis*, 7. überarb. Aufl., Konstanz: UVK.
- Garzia, Diego (2013): The 2013 Italian Parliamentary Election: Changing Things So Everything Stays the Same, in: *West European Politics*, 36 (5), 1095-1105.
- Geden, Oliver (2006): *Diskursstrategien im Rechtspopulismus: Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Giampapa, Giuseppe (2013): La macchina del Fango colpisce ancora, <http://www.beppe-grillo.it/listeciviche/forum/2013/03/-la-macchina-del-fango-colpisce-ancora-.html> (10.10.13).
- Gibson, Rachel K. (2002): *The Growth of Anti-Immigrant Parties in Western Europe*, Lewiston: Edwin Mellen Press.
- Grasmück, Damian (2005): *Die Forza Italia Silvio Berlusconi. Geburt, Entwicklung, Regierungstätigkeiten und Strukturen einer charismatischen Partei*, Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Grasse, Alexander (2012): *Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie. Fakten – Analysen – Maßnahmen*, in: Ders. (Hrsg.): *Occasional Paper No. 13*, http://fss.plone.uni-giessen.de/fss/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/pifo/occasional/italienische-finanzkrise-und-borsendemokratie/file/pifo13_web.pdf (20.12.12).
- Grillo, Giuseppe Piero (2007): *Parlamento Pulito in cassazione*, http://www.beppe-grillo.it/2007/07/parlamento_puli_3.html (05.11.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2009a): *Grillo 168 – Euro disinformazione*, http://www.beppe-grillo.it/2009/06/grillo168_euro.html (24.10.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2011a): *L'occasione della nostra vita*, http://www.beppe-grillo.it/2011/11/loccasione_della_nostra_vita.html (24.10.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2012a): *Programma a 5 Stelle*, http://www.beppe-grillo.it/2012/04/programma_a_5_stelle.html (21.10.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2012b): *Passaparola – Comunicato politico numero cinquantatre – Beppe Grillo*, http://www.beppegrillo.it/2012/10/passaparola_-_comunicato_politico_numero_cinquantatre_-_beppe_grillo.html (10.05.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2012c): *Il tabu dell'euro*, http://www.beppegrillo.it/2012/04/quando_si_mette.html (24.10.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2012d): *Grillo for dummies*, http://www.beppegrillo.it/2012/11/grillo_for_dummies.html (15.10.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2013a): *20 Punti per uscire dal buio*, <https://s3-eu-west-1.amazonaws.com/materiali-bg/volantinoA4.pdf> (22.10.13).
- Grillo, Giuseppe Piero (2013b): *Tsunami Tour*, http://www.beppegrillo.it/2013/01/tsunami_tour.html (10.11.13)
- Gualmini, Elisabetta (2013): *Introduzione: Da movimento a partito*, in: Corbetta, Piergiorgio/Gualmini, Elisabetta (Hrsg.): *Il partito di Grillo*, Bologna: Mulino, S. 7-27.
- Hartleb, Florian (2004): *Rechts- und Linkspopulismus: Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Hartleb, Florian (2006): Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: *Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen: Vadenhoeck + Ruprecht, S.105-145.
- Heinisch, Reinhard (2004): Die FPÖ – Ein Phänomen im internationalen Vergleich: Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33 (3), S. 247-261.
- Hibberd, Matthew (2007): Conflicts of Interest and Media Pluralism in Italian Broadcasting, in: *West European Politics*, 30 (4), S. 881-901.
- Hix, Simon/Hoyland, Bjorn (2011): *The Political System of the European Union*, Basingston: Palgrave Macmillan.
- Hopkin, Jonathan/Paolucci, Caterina (1999): The business firm model of party organization: Cases from Spain and Italy, in: *European Journal of Political Research*, 35, S. 307-339.
- Ickes, Andreas (2008): *Parteiprogramme: Sprachliche Gestalt und Textgebrauch*, Darmstadt: Büchner-Verlag.
- Ignazi, Piero (2003): *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford u.a.: Oxford University Press.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Politics*, Princeton: Princeton University Press.
- Jamin, Jérôme (2013): Two Different Realities: Notes on Populism and the Extreme Right, in: Mammone, Andrea/Godin, Emmanuel/Jenkins, Brian (Hrsg.): *Varieties of Right-Wing Extremism in Europe*, New York: Routledge, S. 38-52.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1992): Introduction: The Cross-National Study of Party Organization, in: Ders. (Hrsg.): *Party Organizations. A Data Handbook on Party Organizations in Western Democracies, 1960-90*. London: Sage, S. 1-20.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1 (1), S. 5-28.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (2002): The Ascendancy of the Party in Public Office: Party Organizational Change in Twentieth-Century Democracies, in: Gunther, Richard/Ramón-Montero, José/Linz, Juan J. (Hrsg.): *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, S. 113-135.
- Kirchner, Thomas (2013): Allianz der Anti-Europäer, in: *Süddeutsche Zeitung Online*, <http://www.sueddeutsche.de/politik/neue-bewegung-der-rechtspopulisten-allianz-der-anti-europaeer-1.1799362> (21.10.13)
- Kitschelt, Herbert/McGann, Anthony (1995): *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*, Ann Arbor: University of Michigan Press.

- Köppl, Stefan (2007): *Das politische System Italiens: Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kriesi, Hans-Peter (2012): *The Political Consequences of the Financial and Economic Crisis in Europe: Electoral Punishment and Popular Protest*, in: *Swiss Political Science Review*, 18 (4), S. 518-522.
- Krouwel, André (2006): *Party Models*, in: Katz, Richard S./Crotty, William: *Handbook of Party Politics*, London: Sage, S. 249-269.
- Lalli, Roberto Philipp (1998): *Lega Nord, Forza Italia und Movimento Sociale Italiano-Alleanza nazionale: Eine instrumentelle Koalition ohne programmatisch-ideologische Kongruenz?* Diss., Universität Stuttgart, <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn:nbn:de:bsz:93-opus-6189> (14.02.13).
- Lanfrey, Damien (2011): *Il movimento dei grillini tra meetup, meta-organizzazione e democrazia del monitoraggio*, in: Mosca, Lorenzo/Vaccari, Cristian (Hrsg.): *Nuovi media, nuova politica? Partecipazione e mobilitazione online da MoveOn al Movimento 5 Stelle*, Milano: Franco Angeli, S. 143-166.
- Le Pen, Marine (2012): *Pour que vive la France*, Paris: Grancher.
- Lega Nord (2013): *Programma elezioni politiche 2013*, <http://naz-toscana2.leganord.org/wp-content/uploads/2013/01/Programma-Politiche-2013.pdf> (13.02.13).
- Legnante, Guido (2006): *Comunicazione, elettori, allineati e una campagna di mobilitazione*, in: *Rivista italiana di scienza politica*, 36 (3), S. 431-454.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven, London: Yale University Press.
- Lucardie, Paul (2000): *Prophets, Purifiers and Prolocutors: Towards a Theory on the Emergence of New Parties*, in: *Party Politics*, 6 (2), S. 175-185.
- Lucardie, Paul (2011): *Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen*, in: Wielenga, Friso (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie: die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster: Waxmann, S. 17-38.
- Mair, Peter (1994): *Party Organizations: From Civil Society to the State*, in: Katz, Richard S./Mair, Peter: *How Parties Organize: Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*, London: Sage, S. 1-22.
- Maraffi, Marco (1995): *Forza Italia* in: Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): *La politica italiana: Dizionario critico 1945-95*, Rom, Bari: Laterza, S.247-259.
- Mariotti, Claudia (2011): *Berlusconism: Some Empirical Research*, in: *Bulletin of Italian Politics*, 3 (1), S. 35-57.
- Mazzoleni, Gianpietro (2003): *The Media and the Growth of Neo-Populism in Contemporary Democracies*, in: Stewart, Julianne/ Mazzoleni, Gianpietro/ Horsfield, Bruce

- (Hrsg.): *The Media and Neo-Populism: A Contemporary Comparative Analysis*, Westport: Praeger, S. 1-20.
- Mazzoleni, Gianpietro (2008): *Populism and the Media*, in: Albertazzi, Daniele/ McDonnell, Duncan (Hrsg.): *Twenty-first Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, New York: Palgrave Macmillan, S. 49-64.
- McDonnell, Duncan (2013): *Silvio Berlusconi's Personal Parties: From Forza Italia to the Popolo della libertà*, in: *Political Studies*, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1467-9248.2012.01007.x/full>, S. 1-17, (05.05.13).
- Mény, Yvey/Surel, Yves (2002): *The Constitutive Ambiguity of Populism*, in: Dies. (Hrsg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke: Palgrave, S. 1-21.
- Ministero dell'Interno (2013): *Elezioni 2013*, <http://elezioni.interno.it/index.html> (05.03.13).
- Morlino, Leonardo/Tarchi, Marco (1996): *The Dissatisfied Society: The Roots of Political Change in Italy*, in: *European Journal of Political Research*, 30, S. 41-63.
- MoVimento 5 Stelle (2009): *Non Statuto*, <https://s3-eu-west-1.amazonaws.com/materiali-bg/Regolamento-Movimento-5-Stelle.pdf> (25.03.13).
- MoVimento 5 Stelle (2012a): *Codice di comportamento eletti MoVimento 5 Stelle in Parlamento*, http://www.beppegrillo.it/movimento/codice_comportamento_parlamentare.php (14.10.13).
- MoVimento 5 Stelle (2012b): *Elezioni politiche*, <http://www.beppegrillo.it/movimento/elezioni-politiche-2013.html> (10.10.13).
- MoVimento 5 Stelle (2012c): *Costituzione di associazione*, in: *Huffingtonpost Online*, http://www.huffingtonpost.it/2013/03/12/ecco-statuto-movimento-5stelle_n_286035-1.html?utm_hp_ref=italy#slide=2210713 (05.09.13).
- MoVimento 5 Stelle (2012d): *Regole per candidarsi e votare per le liste del MoVimento 5 Stelle alle politiche 2013*, http://www.beppegrillo.it/movimento/regole_politiche_2013.php (05.08.13)
- MoVimento 5 Stelle (2013a): *Programma elettorale del MoVimento 5 Stelle per le elezioni politiche che si svolgeranno in data 24 Febbraio e 25 Febbraio 2013 per l'elezione della Camera dei Deputati e del Senato della Repubblica*, http://www.interno.gov.it/mininterno/export/sites/default/it/assets/files/25_elezioni/6_MOVIMENTO_5_STELLE.PDF (10.05.13).
- MoVimento 5 Stelle (2013b): *Programma*, <http://www.beppegrillo.it/iniziative/movimentocinquestelle/Programma-Movimento-5-Stelle.pdf> (Stand: 13.02.13).
- Mudde, Cas (1996): *The Paradox of the Anti-Party-Party: Insights from the Extreme Right*, in: *Party Politics*, 2 (2), S. 265-276.

- Mudde, Cas (2004): The Populist *Zeitgeist*, in: *Government and Opposition*, 39 (4), S. 541-563.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge: University Press.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012a): Populism and (Liberal) Democracy: A Framework for Analysis, in: Dies. (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge: University Press, S. 1-26.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012b): Populism: Corrective and Threat to Democracy, in: Dies. (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge: University Press, S. 205-222.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012c) (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge: University Press.
- Natale, Paolo (2013): Nascita e crescita del M5S. Verso la maggiore età, in: *Comunicazione Politica*, 13 (1), S. 17-42.
- Newell, James L. (2010): *The Politics of Italy: Governance in a Normal Country*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Oudenampsen, Merijn (2013): Explaining the Swing to the Right: The Dutch Debate on the Rise of Right-Wing Populism, in: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): *Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*, London u.a.: Bloomsbury, S. 191-208.
- Panbianco, Angelo (1988): *Political Parties: Organization and Power*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Pappas, Takis (2012): Il carisma politico, in: *Rivista italiana di scienza politica*, 42 (3), S. 369-384.
- Pasquino, Gianfranco (2008): Populism and Democracy, in: Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (Hrsg.): *Twenty-first Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, New York: Palgrave Macmillan, S. 15-29.
- Passarelli, Gianluca/Tronconi, Filippo/Tuorto, Dario (2013): Dentro il Movimento: Organizzazione, attivisti e programmi, in: Corbetta, Piergiorgio/Gualmini, Elisabetta (Hrsg.): *Il partito di Grillo*, Bologna: Mulino, S. 123-168.
- Pelinka, Anton (2013a): Ring-Wing Populism: Concept and Typology, in: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): *Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*, London u.a.: Bloomsbury, S. 3-22.
- Pelinka, Anton (2013b): „Demonstrativ keine Ahnung von Politik – das ist absurd“, Interview geführt von Manuel Escher, in: *der Standard online*, <http://derstandard.at/1362107795757/Demonstrativ-keine-Ahnung-von-Politik---das-ist-absurd> (20.08.13).

- Pilo, Gianni (1993): [unbekannter Titel], in: Corriere della sera, 10.12.1993.
- Pinto, Luca/Vignati, Rinaldo (2012): Il successo e il dilemma del *MoVimento 5 Stelle*, in: *il Mulino*, 4, S. 731-738.
- Poguntke, Thomas (1994): Parties in a Legalistic Culture: The Case of Germany, in: Katz, Richard S./Mair, Peter (Hrsg.): *How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*, London: Sage, S. 185-215.
- Poguntke, Thomas (1998): Party organisations, in: van Deth, Jan (Hrsg.): *Comparative Politics: The Problem of Equivalence*, London, New York: Routledge, S. 156-179.
- Poguntke, Thomas (2000): *Parteiorganisation im Wandel: Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Popolo della libertà (2011): Statuto del Popolo della libertà, <http://www.pdl.it/libri/statuto/index.html> (15.02.13).
- Popolo della libertà (2013): Programma elezioni politiche 24 & 25 febbraio, <http://www.pdl.it/speciali/programma-elettorale-2013.pdf> (14.02.13).
- Quaglia, Lucia (2005): The Right and Europe. The Right and Europe in Italy: An Ambivalent Relationship, in: *South European Society & Politics*, 10 (2), S. 281-195.
- Quaglia, Lucia (2008): Euroscepticism in Italy, in: Szczerbiak, Aleks (Hrsg.): *Opposing Europe? The comparative party politics of euroscepticism. 1. Case Studies and country surveys*, Oxford: Oxford University Press, S. 58-74.
- Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie, in: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59-80.
- Reuter, Gerd (2011): Unmut zwischen Maas und Marschen. Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden, in: Wielenga, Friso (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie: die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster: Waxmann, S. 55-76.
- Rooduijn, Matthijs/de Lange, Sarah L./van der Brug, Wouter (2012): *A Populist Zeitgeist? Programmatic Contagion by Populist Parties in Western Europe*, in: *Party Politics*, published online 20 April 2012, <http://ppq.sagepub.com/content/early/2012/04/19/1354068811436065>, S. 1-20, (17.02.2013).
- Rooduijn, Matthijs/Pauwels, Teun (2011): Measuring Populism: Comparing Two Methods of Content Analysis, in: *West European Politics*, 34 (6), S. 1272-1283.
- Rubini, Elisabetta (2011): Le vicende giudiziarie di Silvio B.: è andata così, in: Ginsborg, Paul/Asquer, Enrica: *Berlusconismo*, Bari: Gius. Laterza & Figli Spa, S. 132-148.

- Ruggiero, Christian (2012): Forecasting in the Politics of Spectacle. From Berlusconi to Grillo: The Narrative of Impolite Politics, in: *Bulletin of Italian Politics*, 4 (2), S. 305-322.
- Ruzza, Carlo/Balbo, Laura (2013): Italian Populism and the Trajectories of Two Leaders: Silvio Berlusconi and Umberto Bossi, in: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): *Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*, London u.a.: Bloomsbury, S. 163-176.
- Ruzza, Carlo/Fella, Stefano (2009): *Re-Inventing the Italian Right: Territorial politics, populism and 'post-fascism'*, Oxon u.a.: Routledge.
- Rydgren, Jens (2005): Introduction, in: Ders. (Hrsg.): *Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World*, New York: Nova Science Publishers, S. vii-x.
- Rydgren, Jens (Hrsg.) (2005): *Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World*, New York: Nova Science Publishers.
- Sartori, Giovanni (2005): *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Colchester: ECPR Press.
- Scaglioni, Massimo/Sfardini, Anna (2013): La traversata di Grillo. Dall'informazione ai programmi d'infotainment: il pubblico a cinque stelle, in: *Comunicazione Politica*, 13 (1), S. 153-157.
- Schmid-Petri, Hannah (2012): *Das Framing von Issues in Medien und Politik. Eine Analyse systemspezifischer Besonderheiten*, Berlin: Springer, <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-18760-0> (10.10.13).
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Wörterbuch zur Politik*, 3. überarb. und aktual. Ausg., Stuttgart: Kröner.
- Schönau, Birgit (2004): Im Bann des großen Kommunikators: die italienischen Medien und Silvio Berlusconis neuer Rechtspopulismus, in: Cippitelli, Claudia/Schwanebeck, Axel (Hrsg.): *Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien*, München: Reinhard Fischer, S. 81-91.
- Segatti, Paolo (2006): Italy, Forty Years of Political Disaffection: A Longitudinal Exploration, in: Torcal, Mariano/Montero, José Ramón (Hrsg.): *Political Disaffection in Contemporary Democracies: Social capital, Institutions, and Politics*, London, New York: Routledge, S. 244-275.
- Setta, Sandro (1995): Il qualunquismo, in: Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): *La politica italiana: Dizionario critico 1945-95*, Rom, Bari: Laterza, S. 365-375.
- Shin, Michael E./Agnew, John A. (2008): *Berlusconi's Italy: Mapping Contemporary Italian Politics*, Philadelphia: Temple University Press.

- Stewart, Julianne/Mazzoleni, Gianpietro/Horsfield, Bruce (2003): Conclusion: Power to the Media Managers, in: Dies. (Hrsg.): *The Media and Neo-Populism: A Contemporary Comparative Analysis*, Westport: Praeger, S. 217-238.
- Stewart, Julianne/Mazzoleni, Gianpietro/Horsfield, Bruce (Hrsg.) (2003): *The Media and Neo-Populism: A Contemporary Comparative Analysis*, Westport: Praeger.
- Spanje, Joost van (2010): Contagious parties: Anti-Immigration Parties and Their Impact on Other Parties' Immigration Stances in Contemporary Western Europe, in: *Party Politics*, 16 (5), S. 563-586.
- Taggart, Paul (1995): New Populist Parties in Western Europe, in: *West European Politics*, 18 (1), S. 34-51.
- Taggart, Paul (2000): *Populism*, Buckingham, Philadelphia: Open University Press.
- Tarchi, Marco (2002): Populism Italian Style, in: Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke: Palgrave, S. 120-138.
- Tarchi, Marco (2003): *L'Italia populista: dal qualunquismo ai girotondi*, Bologna: Mulino.
- Tarchi, Marco (2008): Italy: A Country of Many Populisms, in: Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (Hrsg.): *Twenty-first Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, New York: Palgrave Macmillan, S. 84-99.
- Tomasi di Lampedusa, Giuseppe (1959): *Der Leopard, aus dem Italienischen von Charlotte Birnbaum*, 6. Aufl., München: Piper.
- Vignati, Rinaldo (2013): Beppe Grillo: dalla TV ai palasport, dal blog al Movimento, in: Corbetta, Piergiorgio/Gualmini, Elisabetta (Hrsg.): *Il partito di Grillo*, Bologna: Mulino, S. 29-63.
- Voerman, Gerrit (2011): Linkspopulismus im Vergleich: die niederländische Socialistische Partij (SP) und die deutsche Linke, in: Wielenga, Friso (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie: die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster: Waxmann, S. 179-204.
- Weber, Max (1976): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, besorgt v. J. Winkelmann, 5. rev. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Wodak, Ruth (2005): Populist Discourses: The Austrian Case, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): *Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World*, New York: Nova Science, S. 121-145.
- Zaslove, Andrej (2008): Here to stay? Populism as a New Party Type, in: *European Review*, 16 (3), S. 319-336.
- Zohlhöfer, Reimut (2006): Das Parteiensystem Italiens, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275-298.

Schriftliche Versicherung

(gemäß §15 (5) Ordnung für die Magisterprüfung der Fachbereiche 02, 05, 07, 09 und 10 vom 11. Oktober 1999, in der jeweils gültigen Fassung)

Hiermit versichere ich, Regine Krollmann, dass ich die Magisterhausarbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in gleicher oder anderer Form an irgendeiner Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Ort, Datum

Unterschrift